WOCHENAUSGABE

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 1.
5. Januar

4. Jahrgang
1924

für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Aus dem Inhalt:

Höllein: Die neuen Hungergehälter der Bamten in Deutschland.

Alexander: Der erste proletarische Gesundheitstag in Berlin.

Lecki: Die englische Arbeiterpartei am Scheidewege.

Vor den Kammerwahlen in Frankreich.

Fink: Soll das Defizit Deutschlands durch Steuern oder durch Inflation gedeckt werden?

Lada: Die Auswirkungen der Weimarer Konferenz.

Grieco: Arbeiterkämpfe und faschistische Gewerkschaften in Italien.

Die Arbeiterhilfe für Deutschland.

Browder: Faschismus in den Vereinigten Staaten.

Masci: Brief aus Italien.

Sinowjew: An die amerikanischen Kommunisten.

Resolution des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der KPC. Rußlands über den Parteiaufbau.

Die Beschlüsse des 11. Parteitages der Kommunistischen Partei Polens.

Erklärung der Kommunistischen Partei Bulgariens.

Rappoport: Die Herrschaft des Mordes.

Aufruf.

Buchbesprechung.

Über die gegenwärtige Lage in der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Von A. Thalheimer.

** Der Rückzug, den die deutsche Arbeiterklasse im Oktober angetreten hat, und der Gegensatz zwischen den hochgespannten Erwartungen und Vorbereitungen der Partei und dem wirklichen Verlauf der Dinge hat natürlich nicht verfehlt, bestimmte Rückwirkungen in unserer Partei auszuüben. Diese Rückwirkungen äußerten sich in einer vorübergehenden Herabsetzung der Aktivität, die ihren ideologischen Ausdruck fand in der Parole: Alles oder nichts. Das heißt, da der Entscheidungskampf nicht geführt werden konnte, ergab sich ein starkes Zögern an die Organisation derjenigen Teilaktionen heranzutreten, die notwendig und möglich waren. Diese herabgesetzte Aktivität machte sich vorübergehend geltend in der Vernachlässigung der elementaren Aufgaben, die der Partei durch ihre Verweisung in die Illegalität und die Repressalien des Faschismus auferlegt waren. So zum Beispiel in der Verbreitung der illegalen Literatur, Plakate, Klebezettel, der Durchführung der illegalen Propaganda und den übrigen Vorbereitungen von Teilaktionen. Man kann sagen, daß dieser Zustand bereits in der Hauptsache überwunden ist und daß das Gros der Partei mit Ernst und Eifer an die gegenwärtigen Aufgaben herangeht. In allen Bezirken wird Initiative entwickelt um illegale Literatur herauszugeben und sie zu verbreiten. So ist es zum Beispiel in Berlin gelungen, die Verbreitung der illegalen Literatur in wenigen Wochen von etwa 5000 auf über 20.000 Exemplare (dreimal wöchentlich) zu steigern. Entsprechende Steigerungen der Tätigkeit der Partei zeigen sich in den übrigen Bezirken. Organisatorisch hat die Auferlegung der völligen Illegalität der Partei nicht die Schwierigkeiten bereitet, die der Gegner vermutet hat. Gestützt auf die Erfahrungen der alten Garde des Kommunismus in Deutschland hat die Partei verstanden in tausend verschiedenen Formen sich auf die illegale Arbeit einzurichten. Die organisatorische Hauptarbeit der Partei gilt im Augenblick der Aufgabe, das Schwergewicht der Parteiarbeit in die Betriebe und speziell in die Betriebszellen zu verlegen. Diese Arbeit ist in der Durchführung begriffen. Sie wird erschwert durch die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in ganz besonderer Weise die Mitglieder der Partei betroffen hat. Die Unternehmer haben systematisch die Gelegenheit benützt, um ihre Betriebe von Kommunisten zu „reinigen". Aber auch für diesen Zustand hat die Partei besondere organisatorische Formen gefunden. Die vielen Verhaftungen von Parteimitgliedern haben so gut wie nirgends Lücken gelassen, die nicht sofort wieder ausgefüllt worden wären. In dieser Beziehung hat die Parteimitgliedschaft eine bewundernswerte Zähigkeit und Opferwilligkeit an den Tag gelegt, die jeden Zweifel darüber zerstreut, als ob etwa die Partei in der langen legalen Periode an ihrem revolutionären Charakter eingebüßt habe. Natürlich zeigen sich noch allenthalben Mängel, die aber bei der Riesenhaftigkeit der Aufgabe unvermeidlich sind. Mitgliederverluste in größerem Umfang sind nicht eingetreten. Die Übertritte aus der SPD. vollziehen sich aber erst vereinzelt.

Parteipolitisch treten gegenwärtig drei Hauptströmungen in der Partei auf. Die parteipolitischen Auseinandersetzungen drehen sich um zwei Hauptfragen: 1. Die Ursachen der Oktoberniederlage; 2. die allgemeinen Perspektiven der Revolution in Deutschland. In dem, was gegenwärtig zu tun ist, besteht weitgehende Übereinstimmung in der Partei. Diese Auseinandersetzungen haben zur Fixierung von Thesen der verschiedenen Gruppen geführt, die demnächst der Parteiöffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen*).

Die bisher führende Gruppe innerhalb der Zentrale vertritt die Ansicht, daß die Ursachen der Oktoberniederlage in erster Linie in objektiven Gründen zu suchen ist. Sie erblickt die Hauptursachen in der von uns unterschätzten, hemmenden Kraft der Sozialdemokratie und der gelben Gewerkschaften. Die in Sachsen und Thüringen sowie die in Hamburg gemachten Erfahrungen zeigen, daß nicht nur die linken sozialdemokratischen Führer nicht bereit waren für die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen den Faschismus zu kämpfen, sondern daß dasselbe der Fall war auch bei der Mehrheit der linkssozialdemokratischen Arbeiter. Infolgedessen war es unmöglich, im Oktober den Entscheidungskampf zu führen. Er hätte bei gespaltener Arbeiterfront und bei unzureichender technischer Vorbereitung zu einer zerschmetternden Niederlage der Partei führen müssen. Was die Partei selbst anlangt, so erkennt sie an, daß sowohl politisch wie organisatorisch eine Reihe Fehler und Schwächen in der Vorbereitung vorhanden waren, die allesamt sich ableiten aus einer Grundtatsache: der Überschätzung des Tempos der Revolution, der Überschätzung der eigenen Kräfte und der Unterschätzung der Kräfte des Gegners, vor allen Dingen der hemmenden Kraft der Sozialdemokratie und der Amsterdamer Gewerkschaften. Gegenwärtig ist die Hauptaufgabe, den fast ohne Widerstand sich vollziehenden Rückzug der Arbeiterklasse zum Stehen zu bringen und an allen Punkten, wo die Offensive einsetzt, zu versuchen, Zentren der Abwehr durch die Partei zu bilden und um diese Zentren die Arbeiterschaft zu sammeln. In der Frage der revolutionären Perspektive ist diese Gruppe der Ansicht, daß keine der grundlegenden politischen oder wirtschaftlichen Fragen Deutschlands durch die schwerindustriell-junkerliche Militärdiktatur gelöst werden kann, daß also die Situation nach wie vor objektiv revolutionär bleibt, daß die Klassengegensätze sich zuspitzen müssen. Dagegen sieht sie keine Möglichkeit, bereits jetzt mit Sicherheit etwas darüber auszusagen, in welchem Tempo die neuen Zuspitzungen vor sich gehen und welche Formen sie im einzelnen annehmen werden. Gewiß ist die Partei ein wesentlicher Faktor, aber sie ist nicht der alleinige Faktor.

Ganz anders betrachtet der bisherige linke Flügel der Partei die Ursachen der Oktoberniederlage und die revolutionären Perspektiven. Er vertritt die Ansicht, daß die Partei im Oktober den Entscheidungskampf hätte aufnehmen müssen, auch auf die Gefahr einer Niederlage hin. Er sieht also in dem Oktoberrückzug nicht ein Ergebnis der vorhandenen Kräfteverhältnisse, sondern im wesentlichen ein Versagen der Partei und insbesonders der Parteileitung. Dieser Flügel verlangt infolgedessen, daß der Linken die Führung der Partei in die Hand gegeben werde. Der Auswirkung dieser Einstellung ist es zu einem wesentlichen Teil zuzuschreiben, daß der Übergang zu den Teilaktionen auf starke Hemmungen in der Partei gestoßen ist. Was die gegenwärtigen Aufgaben anbelangt, so legt dieser Flügel den Hauptnachdruck auf die Propaganda der Endziele, der proletarischen Diktatur und der Sozialisierung. Diese Strömung innerhalb der Partei ist gefühlsmäßig zu einem wesentlichen Teil eingestellt auf die Schichten innerhalb der Arbeiterklasse, Arbeitslose und Kurzarbeiter, die infolge ihrer Lage geneigt sind, die objektiven Schwierigkeiten des revolutionären Weges zu übersehen. Die revolutionäre Perspektive dieses Flügels besagt, daß binnen kürzester Zeit die Situation sich wieder zum Entscheidungskampf zuspitzen werde.

Zwischen diesen beiden Gruppen steht eine mittlere Gruppe, die hauptsächlich bemängelt, daß der Oktoberrückzug nicht unter genügender Ausnützung der Möglichkeit von Teilkämpfen vollzogen worden sei, und die geneigt ist, die Ursachen des Rückzuges ebenfalls hauptsächlich in subjektiven Fehlern der Partei zu suchen. Es ist sehr schwer, die Ansichten dieser Gruppe klar wiederzugeben, da sie nicht einheitlich sind und es in der Natur einer mittleren Gruppe liegt, Widersprechendes zu vereinigen. Sowohl in der linken wie in der mittleren Gruppe sind mehr oder weniger starke Ansätze dazu vorhanden, ähnlich wie nach der Märzaktion, die Analyse der objektiven Verhältnisse zu vernachlässigen und die Rolle der Partei nicht genügend im Zusammenhang der gesamten Kräftefaktoren zu betrachten. Auch diese Gruppe glaubt, jetzt schon mit Sicherheit sagen zu können, daß bereits in den nächsten Monaten die Grundlage für umfassende Massenkämpfe vorhanden sein wird.

Die Auseinandersetzungen, die jetzt in der Partei stattfinden, sind unseres Erachtens unvermeidlich, und sie werden sich für die Klärung der Methoden des revolutionären Kampfes unter den deutschen Verhältnissen fruchtbar erweisen. Der Gang der proletarischen Revolution in Deutschland ist nicht einfach ein Abklatsch des Ganges der russischen Revolution, und so betrachten wir es nur als ein Zeichen der Gesundheit, daß die Partei mit allem Ernst sich bemüht, aus der zurückgelegten Wegstrecke die Lehren für die Zukunft aus eigener Kraft zu ziehen. Bei aller Schärfe der Auseinandersetzungen steht unzweifelhaft fest, daß die übergroße Mehrheit der Partei unter keinen Umständen ein Rütteln an der Parteieinheit duldet.

*) Die Thesen der mittleren Gruppe haben wir bereits in Nr. 185 veröffentlicht. D. R.

Deutschland

Die neuen Hungergehälter der Beamten in Deutschland.

Von Emil Höllein (Berlin).

I.

** Die „legale" Diktatur der Großbourgeoisie in Deutschland macht sich nunmehr auch der Beamtenschaft in nicht mehr mißzuverstehender Weise fühlbar. Durch das Ermächtigungsgesetz vom 8. Dezember, das im Reichstag mit 313, darunter 128 sozialdemokratischen Stimmen, zur Annahme gelangte, erhielt die neue Reichsregierung Marx die praktisch völlig uneingeschränkte Vollmacht, alle „Maßnahmen zu treffen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk und Reich für erforderlich und dringend erachtet". Und als eine solche „dringende" Maßnahme erachtete sie denn auch bereits vier Tage später — am 12. Dezember — gewissermaßen als Korrelat zu ihrer ungeheuerlichen und unsozialen Personalabbauverordnung und ihren rigorosen Arbeitszeitverlängerungsplänen ein womöglich noch ungeheuerlicheres und unsozialeres Attentat auf die Gehaltsbezüge der deutschen Beamtenschaft. Man kann, ohne sich irgendwie der Gefahr eines Vorwurfes der Übertreibung auszusetzen, behaupten, daß die neue Besoldungsverordnung das Gros der deutschen Beamten der denkbar schlimmsten materiellen und kulturellen Verelendung überantwortet.

Als Beweggrund für diesen zweiten Generalangriff auf die Existenzgrundlage der Beamtenschaft gibt die Reichsregierung die katastrophale Finanzlage des Reiches an. Es kann in der Tat nicht verleugnet werden, daß der Stand der deutschen Reichsfinanzen einfach trostlos ist. Doch diese Feststellung allein vermag das Attentat der Reichsregierung auf die Beamtenschaft weder zu rechtfertigen noch zu entschuldigen. Im Gegenteil, sie ist die denkbar schärfste Anklage gegen die Regierung und die hinter ihr stehenden bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie. Denn lediglich durch die notorische Steuerscheu der Bourgeoisie, deren parlamentarische Vertreter und Regierungsmitglieder bisher jede wirksame Besteuerung des Besitzes mit allen Mitteln verhinderten oder sabotierten, und durch die verbrecherische Feigheit der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer, die trotz besserer Einsicht und genauer Erkenntnis der unvermeidlichen Folgen der Steuerpolitik jedem Machtkampf zur Erzwingung von wirklichen Steuerleistungen des Kapitals geflissentlich ausweichen und hintertreiben, ist jene katastrophale Leere in den Kassen des Reiches, der Länder und Gemeinden entstanden, die man jetzt zum Vorwand zur wirtschaftlichen und sozialen Erdrosselung der Beamtenschaft macht. Erst nachdem dem Inflationsschwindel, dessen verheerende Wirkung mit ihrer vollen Wucht ausschließlich auf den Arbeitern, Angestellten, Beamten, Kleingewerbetreibenden, Kleinbauern und Kleinrentnern lastete, durch die vollkommene Repudiation der Papiermark im In- und Ausland ein Ende bereitet war, besannen sich Reichsregierung, Bürgertum und Sozialdemokratie wieder auf ihre Pflicht, für Deckung der Reichsausgaben zu sorgen. Und dabei lieferte man bedenkenlos die Finanzhoheit des Reiches dem Großkapital aus. Die Rentenmark ist die Währung der Schwerindustrie und der Großagrarier.

Sie unterstellt das Reich politisch und wirtschaftlich der Kontrolle und der Herrschaft des Großkapitals. Die Wirtschaftsmagnaten bestimmten fortan ausschließlich den Gang der Reichspolitik nach innen wie nach außen. Sie diktierten absolut und souverän in Deutschland. Sie befahlen die Sanierung der Reichsfinanzen ausschließlich auf Kosten der Hand- und Kopfarbeiter und der immer mehr verelendeten Mittelschichten. Sie betreiben aus niedrigen Besitz- und Profitinteressen selbstherrlich die politische und wirtschaftliche Loslösung von Rhein und Ruhr vom Reichskörper. Sie reißen mit Tücke und Wuchermethoden das letzte wertvolle Vermögensobjekt des Reiches, die Eisenbahnen, an sich, um ganz Deutschland unter ihre Botmäßigkeit zu zwingen. Sie dekreditierten souverän den Beamtenabbau, wonach unbekümmert um alle staatspolitischen und sozialen Interessen binnen kürzester Frist mit eiserner Rücksichtslosigkeit 25% aller Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten — rund 500.000 Menschen — auf die Straße gesetzt werden sollen. Sie erzwangen die Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten auf 54 und mehr Stunden pro Woche. Sie haben auch die völlig beispielslos in der Geschichte dastehende Verringerung der Beamtenbezüge angeordnet und durchgesetzt.

Mit all diesen Einzelmaßnahmen verfolgen sie nur ausschließlich eigennützige Profitinteressen. Sie wollen auch in Zukunft, trotz der Not des Reiches, sich von jeder ernsthaften Steuerzahlung drücken. Sie wollen alle Lasten des verlorenen Weltkrieges, des Versailler Friedensvertrages und des zusammengebrochenen Ruhrkrieges auf die Schultern der werktätigen Massen abwälzen. Für sie sind Beamtenabbau, Arbeitszeitverlängerung und Gehaltsreduzierung für die Beamten nur Waffen in ihrem Kampf zur Niederwerfung der Gesamtarbeiterschaft.

Die Beamten sollen den Prell- und Sturmbock für die bereits im Gange befindliche Generaloffensive gegen das Industrieproletariat abgeben. Von ihnen vermutet man den schwächsten Widerstand gegen den Angriff auf ihre Existenzrechte. Sind sie niedergezwungen, dann ist eine breite Bresche in die Mauer des gesamtproletarischen Widerstandes geschlagen. Dann kann man bequem und mit Erfolg eine Schicht der Hand- und Kopfarbeiterschaft gegen die andere ausspielen. Wie das gemacht wird, zeigte eine regierungsoffiziöse Auslassung in der Abendausgabe des Berliner Tageblatt vom 12. November, worin es hieß:

„Die Regierung vertritt den Standpunkt, daß die unter sehr erträglichen Bedingungen arbeitenden Beamten eine längere Arbeitszeit auf sich nehmen müssen als die Bergarbeiter, die jetzt unter Tage acht Stunden, über Tage sogar zehn Stunden tätig sind. Im übrigen haben die Bergarbeiter, als sie diese Regelung zugestanden, keinen Zweifel darüber gelassen, daß eine entsprechende Erhöhung der Arbeitszeit bei den Beamten Voraussetzung sei. Die dringende Notwendigkeit einer größeren Kohlenförderung, schafft also eine Zwangssituation."

Und was für die Verlängerung der Arbeitszeit gilt, gilt auch für den Gehalts- und Lohnabbau. Überall müssen jetzt bei den Tarifverhandlungen die neuen Hungerbezüge der Beamten herhalten, um den Arbeitern und Angestellten aller Industrien und Gewerbe die gleiche oder eine noch erbärmlichere Entlohnung aufzuzwingen. So wird der Gesamtheit aller derjenigen, die, um leben zu können, gezwungen sind, ihre körperliche oder geistige Arbeitskraft zu verkaufen, in eindringlichster Weise demonstriert, daß nur ihre geschlossene Einheitsfront, nur ihre uneingeschränkteste Solidarität im Klassenkampfe gegen das Kapital in all seinen Formen und Organen, sowohl die einzelnen Berufsgruppen, wie die Gesamtklasse der Angestellten, vor Verelendung und Untergang zu schützen vermag.

II.

Was nun die durch Verordnung vom 12. Dezember 1923 den Beamten mit rückwirkender Kraft ab 1. Dezember aufoktroyierten neuen Gehälter anbelangt, so bedeuten sie für die unteren und mittleren Besoldungsgruppen die denkbar schlimmste Pauperisierung und für die höheren Beamtengruppen die vollkommene Proletarisierung und kulturelle und soziale Deklassierung.

Diese Feststellungen drängen sich geradezu auf aus einem Vergleich der Vorkriegsbezüge der Beamten mit den Gehältern, die ihnen jetzt auf dem Verordnungswege aufgezwungen sind. Es ist bekannt, daß in bezug auf Beamtenentlohnung in Deutschland allezeit der Grundsatz der striktesten „altpreußischen Sparsamkeit" geherrscht hat. Die Gehälter, besonders die der unteren und mittleren Beamtengruppen, entsprachen in der Vorkriegszeit nur einem recht karg bemessenen Existenzminimum. Man begründete die niedrige Entlohnung der Beamten mit dem Hinweis auf die lebenslänglich gesicherte Existenz und die Pensionsanwartschaft der Beamten. Der 25%ige Beamtenabbau, der jetzt in rigorosester Weise durchgeführt wird, und die gleichzeitige radikale Beschneidung der Pensionsbezüge illustrieren jedoch deutlich, wie der Großkapitalsmus mit den „gesetzlich verbrieften Rechten" der Beamtenschaft umspringt, sobald sie ihm lästig werden. Die lebenslängliche Anstellung wurde mit einem Federstrich beseitigt, und die Alters- und Hinterbliebenenversorgung auf klägliche Almosen reduziert.

Weit schlimmer aber ist noch der Abbau der Beamtenbezüge selbst. Obwohl seit 1914 die Weltmarktpreise allgemein gestiegen sind und heute mindestens 60% über dem Friedensniveau liegen, hat die großbürgerliche Koalitionsregierung selbst bei den schlechtbezahltesten Beamtenkategorien die neuen Rentenmarkbezüge zahlenmäßig noch weit unter das Friedensniveau herabgedrückt. Eine schematische Gegenüberstellung von Friedensmark und Rentenmark würde jedoch die materielle Verelendung der Beamtenschaft infolge der neuen Gehälter nicht in ihrer ganzen grausamen Furchtbarkeit erscheinen lassen. Wir haben deshalb die Rentenmarkgehälter in Friedensmark umgerechnet und dabei lediglich die allgemeine Weltteuerungsziffer (160 im Jahre 1923, gegenüber 100 im Jahre 1914), nicht aber die nachweislich weit höhere innerdeutsche Teuerungsziffer zugrunde gelegt, wodurch der Friedenskaufkraft-Prozentsatz der neuen Beamtengehälter höher erscheint, als er tatsächlich ist.

In der nachstehenden Übersicht sind zur Erleichterung des Urteils die Beamtengehälter in Wochenbezügen ausgedrückt. Die Zahlen umschreiben die Gesamtbezüge eines verheirateten Beamten mit 2 Kindern von 6 und 14 Jahren in der höchsten Ortsklasse A, und zwar sowohl im Anfangs- (A) wie im Endgehalt (E). Wir bringen untenstehend die Bezüge folgender Besoldungsgruppen: II (Postschaffner, Amtsgehilfen), IV (Betriebsassistenten, Lokomotivheizer), VII (Obersekretäre, Volksschullehrer), X (Regierungsräte, Oberlehrer) und XIII (Ministerialräte).

Übersicht über die Wochenbezüge eines verheirateten Beamten mit 2 Kindern in Ortsklasse A.

Gruppe		im Frieden Mark	ab 1. Dez. 1923 in Rentenmark	in Friedensmark	% der Friedenskaufkraft
II	A	30·38	22·15	13·84	45
	E	36·15	27·57	17·23	42
IV	A	36·15	25·96	16·22	44
	E	49·61	31·84	19·90	40
VII	A	51·32	37·50	23·43	44
	E	97·50	46·84	29·27	30
X	A	94·23	55·30	34·56	37
	E	151·92	69·92	43·70	28
XIII	A	186·15	83·—	51·87	28
	E	263·07	108·—	67·50	25

Aus obiger Gegenüberstellung ergibt sich: Die Wochenbezüge, von denen noch die sehr drückende Lohnsteuer und ab 1. Januar 1924 eine von Monat zu Monat bis 1. Oktober progressiv bis zur Friedenshöhe steigende Goldmiete (von der 50% als Steuer vom Reich einbezogen werden sollen) in Abzug zu bringen sind, sind für die ersten beiden Gehaltsgruppen buchstäbliche Hungergehälter, die nicht einmal zur Beschaffung der primitivsten Nahrung, geschweige denn von Kleidung, Heizung, Beleuchtung usw. notdürftig ausreichen. Ebenso ist für die Gruppe VII noch nicht einmal ein dürftiges Existenzminimum gewährleistet. Die Gruppe X, die schon akademische Bildung voraussetzt, erhält noch nicht einmal die Friedensbezüge eines qualifizierten Metallarbeiters oder Buchdruckers. Und selbst die höchste Gehaltsgruppe der aufsteigenden Gehälter muß sich mit einer Bezahlung begnügen, die nach Bestreitung des „standesgemäßen" Aufwands an Kleidung und Wohnung nur einen sehr einfachen Lebensunterhalt gestattet. Die sozialen Folgen dieser planmäßigen Unterbezahlung der Beamtenarbeitskraft bei gleichzeitiger gesteigerter Arbeitszeit und Arbeitsintensität können gar nicht düster genug ausgemalt werden. Pauperisierung, rascher Verbrauch der Lebensenergien infolge Unternernährung

und ständiger Nahrungssorgen, geistiges und kulturelles Verkommen, Krankheit und Siechtum sind unausbleiblich, besonders bei den unteren und mittleren Beamtengruppen. Aber auch die höheren Beamten, bisher die treuesten Stützen des kapitalistischen Klassenstaates, werden auf eine Lebensstufe herabgedrückt, die vollkommen proletarisch ist.

Die Erregung in der Beamtenschaft über den gegen sie gerichteten Angriff ist ungeheuer. Überall zeigen sich starke radikalisierende Tendenzen, die wegen des Anhaltens, ja sogar der weiteren Steigerung der drückenden Lebensnöte sich nicht vermindern, sondern eher noch steigern werden. Die Sozialdemokratie, die eine Zeitlang bei den Beamten große Sympathien hatte, hat heute bei ihnen vollkommen abgewirtschaftet. Auch die bürgerlichen Parteien haben viel an Ansehen und Einfluß bei der Beamtenschaft verloren. Der politisch unreife Teil der Beamtenmassen zeigt starke national-sozialistische und antisemitische Neigungen, während der urteilsfähigere Teil unter dem Druck des Angriffes sich immer mehr zu der Erkenntnis durchringt, daß die Beamtenschaft einen wichtigen Teil der Arbeiterklasse bildet, daß ihr Schicksal mit dem des übrigen Hand- und Kopfproletariats auf Gedeih und Verderb verbunden ist und daß weder Reichstag, noch bürgerliche Parteien, noch die Sozialdemokratie sie vor dem Untergang retten werden. In den überfüllten Massenversammlungen der Beamten in den letzten Wochen fanden die Kommunisten überall starken Beifall, als sie den Kampf gegen die Beamten als einen Teilausschnitt der Generaloffensive des Kapitals gegen die Gesamtarbeiterklasse kennzeichneten, die Abwendung der Niederlage und deren Folgen für die Beamtenschaft nur durch die Austragung des Machtkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat betonten und die Beamten zur geschlossenen solidarischen Unterstützung der Kommunisten, die diesen Machtkampf planmäßig vorbereiten, aufforderten.

Der kapitalistische Klassenstaat vernichtet durch seinen Gewaltstreich gegen die Beamten, nach der schon vorausgegangenen Expropriierung und Pauperisierung der Kleinrentner und Kleingewerbetreibenden, eine weitere starke und wichtige Schicht des Mittelstandes und untergräbt so einen der wichtigsten politischen Pfeiler seiner Macht. An uns Kommunisten liegt es, diesen Pfeiler vollends herauszuziehen und so den Zusammensturz des dem Tode geweihten Systems zu beschleunigen.

Der erste proletarische Gesundheitstag in Berlin.

Von G. G. L. Alexander.

** Der Proletarische Gesundheitsdienst rief zum 23. bis 25. Dezember seine Vertreter aus dem Reich zu einer ersten Tagung im Reichsmaßstabe zusammen. Sie waren trotz der Festzeit zahlreich erschienen. Außer ihnen auch die Vertreter anderer Verbände, mit denen eine engere Zusammenarbeit im proletarischen Sinne besprochen werden sollte. Eine engere Tagung der Mitglieder des PGD. in Kliems Festsälen besprach am 24. Dezember die Organisationsfragen und die Möglichkeiten eines intensiven Ausbaues der Tätigkeit, der werbenden und schaffenden Aktionsmöglichkeiten der schon bestehenden Ortsgruppen, die jetzt die Zahl von 56 erreicht haben. Zur Charakterisierung der politischen Verhältnisse in Deutschland verdient es in aller Welt angeprangert zu werden, daß diese Tagung des Proletarischen Gesundheitsdienstes, also einer gemeinnützigen Organisation nur unter Bewachung durch zwei Kriminalbeamte der Abteilung Ia stattfinden durfte.

Am 25. Dezember fand im Herrenhaus der Ärztekongreß des PGD. statt. Es waren zahlreiche Ärzte, im ganzen ungefähr einige Hundert Besucher erschienen. Die Tagesordnung versprach die Erörterung der brennendsten Fragen, Fragen der Sozialhygiene, die gegenwärtig Schicksalsfragen für das deutsche Proletariat sind.

Nach den Begrüßungsreden des Vorsitzenden Deutschmann und der Vertreter verschiedener Körperschaften sprach Dr. med. Klauber als erster Referent über die Gesundheitslage der werktätigen Massen Deutschlands. An Hand reichen Zahlen- und Erfahrungsmaterials zeichnete er die Verelendung der verschiedenen Gruppen der „20 Millionen auf dem Aussterbeetat“ des Herrn Gruber (München), angefangen bei den Kindern und Jugendlichen, deren schwere Bedrohung durch Gewichtsunterschiede zwischen Volksschulkindern und denen der höheren Schulen von zwölf Pfund gekennzeichnet wird. Auch die Tuberkulose, die schon Kinderkrankheit geworden ist, hat soziale Ursachen und ist nur durch deren Beseitigung zu beheben. Dagegen stellt das Zentralkomitee für Tuberkulosebekämpfung seine Tätigkeit ein. Der Referent brandmarkt alle schamlosen Maßnahmen des kapitalistischen Staates, die Entlassung ganzer Scharen von Arbeitern — in Berlin 300.000, um sie dann als Erwerbslose zu Notstandsarbeiten (Straßenreinigung) zu niedrigen Löhnen zu verwenden. Dagegen sind $3^1/_2$ Millionen Golddollars ins Ausland verschoben worden, was eine Plünderung des Nationalvermögens bedeutet. Angesichts dieser Tatsache, erzählt Dr. Klauber, haben die Amerikaner den Vorschlag gemacht, daß die Zinsen dieses deutschen im Ausland investierten Vermögens zur Linderung der Not in Deutschland verwendet werden sollten.

Abbau des Gesundheitswesens auf der ganzen Linie, das bedeutet gegenüber diesem Vorschlag die Hilfe des kapitalistischen Systems. Auch das Inventar von Krankenhäusern samt Wäsche und Medikamenten ist ins Ausland verschoben worden. So wie in Holland Lebensmittel verbrannt wurden, weil die hohen Transportkosten die Ausfuhr nach Deutschland nicht lohnen. Mitten in diesem Chaos wird auf der Tagung der Hygieniker in Berlin Planwirtschaft gefordert! Jetzt wo es zu spät ist. Planwirtschaft auf einem einzelnen Gebiete nützt uns jetzt nicht, auch nicht für die Krankenkassen, sondern nur die allgemeine Sozialisierung auf wissenschaftlicher Grundlage.

Dr. Klauber führt noch einige Beispiele aus Hamburg und Prenzlau an, wie Arme den Armen im Rahmen der IAH. und des PGD. geholfen haben und begründet daraus die Notwendigkeit des Abbaues und der Unterstützung dieser Proletarischen Organisationen. Er schließt mit einem Protest gegen die Verhinderung und polizeiliche Schikanierung des Rettungswerkes des PGD. und einem Aufruf an die Ärztevertreter den PGD. zu unterstützen.

Darauf spricht Dr. med. L. Wolf für die Ärztegemeinschaft des PGD. und über ihre Aufgabe: die Bekämpfung der Mißstände vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes aus. Er skizziert die bisherige Tätigkeit: 1. Der Arbeitersamariterkurse durch proletarisch eingestellte Ärzte. 2. Die Broschüren Dr. Klaubers vom radikalsozialistischen Standpunkt aus. 3. Das Gesundheitsprogramm des PGD. mit der Grundtendenz: Sozialisierung des Heilwesens. Wolf spricht weiter über die Bedeutung des Ärztestandes für eine mögliche soziale Umwälzung; daher gilt es eine planmäßige Überzeugungskampagne unter den Ärzten und Intellektuellen, es gilt sie von der Bedeutung der kommunistisch gesinnten Ärzte für das Wohl des gesamten Standes zu überzeugen und die Ärzteschaft bei ihrem wirtschaftlichen Interesse zu fassen und aufzuklären. Er schildert das Verhalten der kommunistischen Ärzte während der verschiedenen Konflikte und Streiks gegenüber den kranken Proletariern und die Zusammenarbeit der Ärzte des PGD. mit der IAH. zur Linderung der Not. Er spricht die Hoffnung aus, daß die Ärzteschaft, durch ihre eigenen Kämpfe getrieben, bald einsehen wird, wie notwendig die Arbeit und die Ziele des PGD. sind, daß es nur Untergang in die Barbarei oder Aufstieg durch den proletarischen Klassenkampf gibt.

Über „Die Sozialisierung des Gesundheitswesens“ spricht Dr. Fränkel. Er spricht von der Rolle des historischen Materialismus für die medizinische Wissenschaft und die Gesundheitspflege, von dem Interesse des kapitalistischen Staates an der Förderung dieser Wissenschaft, weil er gesunde Arbeitsware braucht, während er an den Ärzten, je mehr das Überangebot wuchs, kein Interesse hat. Die Sozialisierung des Heilwesens kann im bürgerlichen Staat nichts bedeuten, da dieser weder den Willen noch die Macht dazu hat. Das Proletariat hat schon heute Aufgaben, das Versagen des bürgerlichen Staates zu korrigieren und die Sozialisierung vorzubereiten. Es soll den Staat damit nicht entlasten, sondern entlassen. Es gilt private Funktionen zu gesellschaftlichen zu machen. Das Alte muß unterhöhlt und in ihm schon das Neue entwickelt werden. Es darf keine Sozialisierung mehr ohne das Proletariat geben, alle Fürsorgeeinrichtungen gehören unter die Kontrolle des Proletariats. Die Gesundheitspflege muß zu einem brennenden Diskussionsstoff in den Betrieben werden. Alle Fragen und Institutionen: Fürsorge, Schulhygiene, Krankenhäuser, Krankenkassen, müssen eng mit dem Leben des Proletariats verknüpft werden und dem Einfluß der Betriebsräte, der Elternbeiräte, der Kranken- und Kassenräte unterstellt sein. Notwendig ist eine Erfahrungssammlung über die Wirkungen der Arbeit und Arbeitszeit in den Betrieben. Positive Leistungen des PGD. im Sinne der Sozialisierung sind: Errichtung von Behandlungsstätten, Haus-, Siechen- und Jugendpflege, Schutz gegen geistige und körperliche Verwahrlosung als Konkurrenzunternehmen gegen die bürgerliche Wohlfahrtspflege. Die grundlegenden Leit-

sätze legt Dr. Fränkel in einem Programm fest und fordert die Heranbildung von proletarischen Sozialhygienikern, im Hinblick auf die Sozialisierung der Gesundheitspflege.

Darauf spricht Dr. Roeder vom Bund Sozialistischer Ärzte. Seine Kritik richtet sich nicht gegen die Ärzte, sondern geht von der Frage aus: Ist der Beruf richtig organisiert? Er stellt fest, daß die Regelung der Prophylaxe und der Heilungsmöglichkeiten im freien Berufe unmöglich sind und entwickelt dann den großzügigen Plan eines Gesundheitsausschusses mit 40 Ärzten, in dem Gemeinschaftsarbeit ebenso möglich ist wie freie Ärztewahl. Trennung von Fürsorge und Heilung hört auf und die Psyche des Arztes wird von Grund aus verändert durch dies System, in dem es keine Erwerbsfrage mehr gibt. Dr. Roeders Gesamteinstellung, vom Standpunkt sozialistischer (nicht kommunistischer) Ärzte aus, hebt sich dadurch von der Dr. Fränkels ab, daß er gegen die Heranziehung breiter Proletarierkreise zur aktiven, respektive kontrollierenden Mitarbeit auf dem Gebiete des Heilwesens ist, und nur Sachverständige beigeordnet haben will. Die Diskussion zeigt, wie notwendig und wichtig es ist, gerade die Frage der Sozialisierung in breiten Kreisen zu erörtern und zu klären; es kommen die merkwürdigsten Irrtümer an den Tag, zum Beispiel meint einer der sozialistischen Diskussionsredner, daß das von Roeder skizzierte Gesundheitshaus nicht anderes sei als eine erweiterte Poliklinik, und daß wir also so etwas schon haben. Dr. Klauber klärt die verschiedenen Irrtümer auf. Das Ergebnis ist, daß nur von einer klaren, prinzipiellen, proletarischen Bundeinstellung vom Gesichtspunkt des Klassenkampfes aus diese Fragen aufgerollt und gelöst werden können und die Diskussion enthüllt die Verwaschenheit der sozialdemokratischen Ideologie und ihre verhängnisvolle Wirkung bei der Lösung der praktischen Aufgaben.

Das Referat Dr. Goldenbergs über die Tätigkeit des Narkomstraws, des russischen Kommissariats für Volksgesundheit, klärt besser als die Diskussion es ermöglicht, über die großzügige Auffassung der Gesundheitsfragen und ihre Lösung durch den Arbeiterstaat auf, vor allem demonstriert es die praktische Mitarbeit der Arbeiter selbst am Aufbau des Gesundheitswesens durch eine großzügige Wort- und Tatpropaganda. Nur durch die höchste Aktivisierung der breiten Massen konnten die Seuchen bekämpft, durch Aufklärung — von der Schule angefangen — und durch Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Geschlechtskrankheiten und die Prostitution eingeschränkt werden. Dr. Goldenberg sagt: In Rußland hat man voll das Bewußtsein davon, wieviel noch zu leisten ist und daß das Geleistete nur erst eine Illustration sei des allgemeinen Umschwungs auf dem Gebiete der Sozialhygiene, seitdem die Macht in den Händen der Arbeiter und Bauern ist.

Am Schlusse nimmt der Kongreß zwei Resolutionen an: „Für ein Alkoholverbot und gegen die Abschaffung des Achtstundentages durch die Regierung."

Politik

Die englische Arbeiterpartei am Scheidewege.

Von Jack V. Leckie (London).

** Mit weniger als einem Drittel der Stimmenstärke des ganzen Unterhauses ist die Britische Arbeiterpartei im Begriffe, die parlamentarische Macht zu übernehmen. Sie kann nur mit Zustimmung und Unterstützung der bürgerlichen Oppositionsparteien im Amte verbleiben. Wie wird sie unter diesen Umständen handeln?

Drei Wege können gegangen werden; zwei von ihnen sind für das inländische und für das internationale Proletariat verhängnisvoll. Innerhalb ihrer eigenen Reihen sind nur sehr wenige Stimmen zu vernehmen, die sich dagegen wenden, das Ministerium zu übernehmen. Zuerst soll die Partei in die Regierung eintreten und sich dann zu einem von ihr selbst gewählten Zeitpunkte mit einem klaren Programm für die Arbeiterklasse an die Wählerschaft wenden, ihr eine Arbeitsmehrheit über das ganze Haus zu geben. Eine solche Taktik würde die Liberalen und Konservativen zwingen, ihre Kräfte offen gegen die Arbeiter zu vereinigen. Dies würde jedoch die Losungen in beträchtlichem Maße klarstellen und sogar, wenn eine Niederlage eintreten sollte, würde sich aus der Unfähigkeit des Kapitalismus, seine eigenen gesellschaftlichen Gebrechen zu überwinden, eine baldige Rückkehr der Arbeiterpartei zur Macht ergeben.

Der zweite Weg läuft parallel mit jenem, den die SPD. verfolgt hat. Gewisse Elemente sind mehr an der Festigkeit des Kapitalismus oder an dem Innehaben einer Ministerstelle in Seiner Majestät erster Arbeiterparteiregierung interessiert als an der dauernden Lösung von Fragen der Arbeiterschaft. Nur feile Dienstfertigkeit für die bürgerlichen Interessen könnte der Arbeiterklasse eine solche Ehre einbringen!

Der dritte Weg ist der, zögernd und ziellos, der mächtigen Opposition auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, sich treiben zu lassen. In einer solchen Notlage, technisch überlistet und gezwungen, sich an das Land mit unwesentlichen Losungen zu wenden, würden die Ergebnisse für das erwachende Klassenbewußtsein verhängnisvoll sein. Es würde die kapitalistische Behauptung, daß „die Arbeiter zum Regieren unfähig" sind, bekräftigt werden, die Massen würden kraftlos gemacht und die Arbeit der kommunistischen Fraktionen gehemmt werden.

Die Zukunft der Arbeiterpartei hängt von der Geschicklichkeit der anwachsenden revolutionären Minderheit und ihrer Fraktionen ab, drei Hauptfaktoren gründlich zu verstehen: erstens die Arbeiterpartei als Kampfinstrument, und wie sie am besten zu vervollkommnen und zu kontrollieren ist; zweitens, wie durch sie die unmittelbaren Bedürfnisse der Arbeiterklasse verdolmetscht und zum Ausdrucke gebracht werden sollen; drittens die organischen Tendenzen des britischen Kapitalismus.

Die Begrenzung der Sichtweite der Arbeiterschaft auf nationale Horizonte ist besonders gefährlich. Die hungernden Massen Deutschlands werden für den letzten kapitalistischen Krieg verantwortlich gemacht und sind entsprechend zu bestrafen. Das Prinzip, die Nation und das Reich als mit wohlbestimmten kapitalistischen Rechten ausgestattet anzusehen, muß in seinen letzten Folgerungen — trotz allen Geredes über den Völkerbund — zur Bereitschaft führen, sie zu verteidigen. Das erklärt Poincarés tiefe Bestürzung über die Erfolge der Arbeiterschaft. Weiters das verhältnismäßig geringe Interesse des britischen Kapitalismus im Bereiche auswärtiger Angelegenheiten. So paradox es scheinen mag, so könnte die angeblich pazifistische Arbeiterpartei mit größerem Erfolge als jede andere gegenwärtig das Land nötigenfalls in eine Kriegspolitik führen.

Um Britannien in die Lage zu versetzen, mit Erfolg im Auslande zu konkurrieren, braucht es zu seiner Sicherung die Grundlage eines geschützten Heimatlandes. Der Zollschutz ist die finanzielle Reorganisation und Politik, die am meisten mit den Bedürfnissen des modernen Kapitalismus übereinstimmt.

Die Geschichte der Handelspolitik zeigt auf, daß der Freihandel in Europa in den Jahren 1860 bis 1870 vorherrschend war. Ein paar Jahre später ging der Schwerpunkt von der Textilmanufaktur auf die Eisen- und Stahlproduktion über. Bis zum Ende des letzten Jahrhunderts hatten die meisten wichtigen kapitalistischen Länder — mit Ausnahme Großbritanniens — Schutzzollsysteme eingeführt.

In Deutschland herrschte von 1903 angefangen das Hochschutzzollsystem vor. Es wurde in einem Augenblick eingeführt, als die Anwendung der Kartelle in der Industrie und bei den Prozessen der Massenproduktion sich in voller Entwicklung befand. In Britannien hinkten die industrielle Entwicklung und die kapitalistische Expansion nach. Die Vorteile einer Massenproduktion wurden in großem Maßstabe zum erstenmal während des Krieges ausgenützt. Das Kartell als ein Instrument zentralisierter Organisation ist im ausgedehnten Gebrauch erst seit 1918 gekommen. Die Forderung der britischen Kapitalisten nach Anwendung des Zollschutzes ist im Grunde genommen ein Ausdruck der organischen Bedürfnisse des britischen Kapitalismus.

Die Verständigung der französischen, englischen und deutschen Kapitalisten über die Ausbeutung des Ruhrgebietes erhöht noch mehr das Bedürfnis nach Schutzzoll als Instrument der Kapitalisten; erstens, um den britischen Ausbeutern einen Anteil an der Beute zu ermöglichen; zweitens, um die Überflutung des Inlandsmarktes mit fremden, billig hergestellten Stahlwaren zu verhindern.

Auf der vor kurzem abgehaltenen britischen Reichskonferenz beharrten die Kolonien auf Anwendung von Reichsvorzugszöllen als eines Mittels, sich das Monopol der britischen Inlandsmärkte zu sichern. Wie weit dies die Forderungen des in den Kolonien heimischen Kapitals in Opposition gegen oder in Übereinstim-

mung mit dem in den Kolonien angelegten britischen Kapital zum Ausdruck brachte, ist eine Sache bloßer Vermutung.

Die politischen Bedürfnisse von Finanzkapital und Schwerindustrie sind die Hauptinteressen der Konservativen Partei. Die Liberale Partei ist gewissermaßen ein Anachronismus, ein Überbleibsel aus der Periode, die der zweiten industriellen Umwälzung voranging, als die Textilien noch die Hauptmanufaktur waren. Im besten Falle verkörpert sie, die Bedürfnisse der Mittelklasse vertretend, einen Protest nach zwei Seiten. Auf der einen Seite versucht sie die Fertigwarenindustrie vor der Herrschaft der Schwerindustrie zu schützen, auf der anderen Seite scheint sie mit ihren Plänen von Inflation und leichten Krediten einen rettenden Ausgang aus der Tyrannei der Banken zu bieten.

Die revolutionären Elemente geben zu, daß Inflation und Schutzzoll nicht entgegengesetzte oder einander notwendigerweise ausschließende Systeme sind. Sie stellen vielmehr augenblicklich einen politischen Konflikt in den Reihen des britischen Kapitals dar. Es ist richtig, daß der Erfolg der einen oder anderen oder beider Bestrebungen der Arbeiterklasse auch nicht die leichteste dauernde Besserung ihrer Verhältnisse bringen wird. Bis zu einem bestimmten Punkt kann die Inflation dadurch, daß sie die Preise und Arbeitskräfte verbilligt, allen Kapitalisten Vorteile bringen. Der Schutzzoll jedoch versucht nicht nur die produzierende Klasse, sondern auch ebenso einen Teil der kapitalistischen Klasse zu versklaven. Er ist die organisierte staatliche Herrschaft besonderer Finanz- und Industriegruppen über alle anderen Formen.

Dies erklärt vollauf, warum die Arbeiterpartei von allen offenen und anderen fesselnden Bündnissen mit der liberalen Partei ferngehalten werden muß. Die liberale Partei ist wirtschaftlich zu einem baldigen Verschwinden in der Versenkung bestimmt, wenn nicht opportunistische Fehler auf Kosten der Arbeiterpartei ihr eine neue Lebensfrist verschaffen. Die Frage, wie weit es zu rechtfertigen ist, gewisse Teile der Losungen der liberalen Partei aufzunehmen, um damit ihre besten Elemente zu gewinnen, ist eine Sache, die sorgfältige Behandlung erfordert. In Verbindung damit entsteht eine interessante Frage. Werden im Bestreben, diese Elemente einzufangen, die Nationalisten der Arbeiterpartei so sehr die große Trommel des Freihandels rühren, daß sie die einheimischen Kapitalisten in bedenklichen und ständigen Nachteil bei ihren Konkurrenzkämpfen mit dem ausländischen Kapital versetzen?

Mit anderen Worten, wird die Arbeiterpartei als die Regierung Seiner Majestät sich bloß mit liberalen Fetzen schmücken? Wird sie erkennen, daß das britische Kapital in seinen Kämpfen gegen besser ausgestattete Länder sich taktisch im Nachteile befindet? Wenn der britische Kapitalismus den britischen Arbeitern unter dem Schutzzollsystem mehr Beschäftigung gewähren kann, wie weit ist es tunlich oder gerechtfertigt für die Arbeiterpartei, sich ihm mit Freihandelsquacksalbereien zu widersetzen? Was ist die Entscheidung der Arbeiterpartei in der Frage: Freihandel oder Schutzzoll?

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Konservativen, indem sie auf lange Sicht arbeiten, auf die Wahrscheinlichkeit spekulieren, daß die Opportunisten der Arbeiterpartei zu einem Bündnis mit der liberalen Partei genötigt werden oder sich damit fügen, die Gebärden der liberalen Partei nachzuahmen. Da außerordentliche wirtschaftliche Macht besitzen, können sie Arbeitslosigkeit noch weiter vermehren und darauf bauen, das Rückschwingen des politischen Pendels ihnen bald die Durchführung ihres Schutzzollprogramms notwendige Mehrheit verschaffen wird.

Es ist wesentlich, daß der linke Flügel und die kommunistischen Fraktionen innerhalb der Arbeiterpartei auf die Ausschaltung der liberalen Partei von der politischen Arena hinarbeiten. Das Programm der Arbeiterpartei muß für die Elemente des Mittelstandes anziehend gemacht werden. Da die Arbeiterpartei weder organisch noch zahlenmäßig bereits stark genug ist, eine Politik staatlicher Kontrolle des gesamten Außenhandels und die Regulierung der Preise des heimischen Marktes durchzuführen, kann sie noch gezwungen werden, ein gewisses Maß von Zollschutz für das einheimische Kapital zuzulassen. In diesem Falle wäre die Einkommensteuer in Hinsicht auf die Pläne zur gesellschaftlichen Entwicklung beträchtlich zu erhöhen. Es ist jedoch vielmehr vorzuziehen, wenn die Arbeiterpartei veranlaßt werden kann, die Sozialisierung der Industrie und die Arbeiterkontrolle aufzunehmen.

Da die Kolonien gegenwärtig für Vorzugszölle im Reiche und Schutzzoll Sturm laufen, ist es die Pflicht der Partei, die Entwicklung ihrer Bruderparteien in den Kolonien zur Übernahme der Macht zu fördern.

Wie die Haltung der Arbeiterpartei gegenüber Indien, Ägypten und den unterdrückten Nationalitäten überhaupt sein wird, ist schwer vorauszusagen. Wird sie die Forderungen des in den Kolonien heimischen Kapitals gegen das britische Anlagekapital unterstützen oder wird sie gegen beide die Entwicklung einheimischer Gewerkschaften, Arbeiter- und Revolutionsparteien begünstigen? Bei der Frage der Ausgaben für Heer und Flotte, bei der Verwendung von Truppen und Polizei während industrieller Konflikte wird es interessant sein festzustellen, welche besondere Ideologie und welche Gruppen vorherrschen.

Unbeschadet dieser Schwierigkeiten stehen indessen die Hauptaufgaben der revolutionären Fraktionen klar da. Die Ausschaltung der Liberalen Partei und die Durchdringung der Arbeiterpartei, um sie unter Kontrolle zu bringen, sind Aufgaben allerersten Ranges. Da das revolutionäre Tempo wächst und die Illusionen dahinschmelzen, müssen die zahlenmäßige Größe und die Macht der Kommunistischen Partei wachsen. Verstärkte marxistische Erziehung hat den Prozeß zu vertiefen und zu beschleunigen. Mit dem Eintritte der Britischen Arbeiterpartei in das Amt als Seiner Majestät Regierung ist die Morgendämmerung der Britischen Kommunistischen Partei angebrochen. Bei verständiger Ausnützung der Lage muß das britische Proletariat wieder zur kämpfenden Vorhut gemacht werden. Sollte diese Aufgabe wirklich zu schwer sein?

Vor den Kammerwahlen in Frankreich.*)

Gegen die Bürgerlichen Blocks für den Arbeiter- und Bauernblock.

** Die Mehrheit des Parlaments hat den Grundsatz des Verhältniswahlverfahrens abgelehnt, weil es allen Parteien erlaubt hätte, im Frühjahr in den Wahlkampf unter ihrer eigenen Flagge einzutreten. Sie hat ein Wahlverfahren beibehalten, das die Vertretung der Parteien verfälscht und sie zu Koalitionen drängt, das heißt zur unvermeidlichen Konfusion der Programme.

Die Kommunistische Partei ist der Ansicht, daß die Wahlen des Jahres 1924 eine Bedeutung haben, die weit über jene der vorangegangenen Abstimmungen hinausgeht.

Besser noch als im Jahr 1919 wird das Land die Politik des Krieges und derjenigen, die ihn herbeigeführt haben, beurteilen können. Der Friede von Versailles hat den Sieg des französischen Imperialismus besiegelt, dessen Politik seit dem Kriegsende die Welt zur Verwüstung, Frankreich zum Bankrott geführt und Aussichten auf neue Kriege geschaffen hat.

Im Innern ist diese imperialistische Politik der Bourgeoisie ihrem Wesen nach arbeiterfeindlich.

Der Wahlkampf muß gegen die für diese Politik Verantwortlichen die Masse ihrer Opfer ins Feld führen: Arbeiter, Beamte und Kleinbauern, Mieter und Verbraucher mit geringem Einkommen. Das Land muß die Schuldtragenden an dieser Politik des Bankrotts, der Teuerung und des Krieges wegfegen.

Schon treten die Stellungen deutlich hervor. Dem Nationalen Block, der seit 1919 der Machtträger des französischen Imperialismus war, und für die jetzige Lage unmittelbar verantwortlich ist, stellt sich der Block der Linken entgegen, der, wenn auch noch nicht offiziell, die Führer der sogenannten linken Bourgeoisie und die Führer der sozialistischen und der sozialistisch-kommunistischen Partei umfaßt.

Die Kommunistische Partei hat sich geweigert, in einen derartigen Block einzutreten, und hat immer wieder die Arbeiter und die Bauern vor einem solchen Hereinfall gewarnt....

Die Scheidung der Bourgeoisie in eine Bourgeoisie der „Rechten" und eine Bourgeoisie der „Linken" ist eine oberflächliche. In Wirklichkeit haben alle Kapitalisten gemeinsame Klasseninteressen. Die Unternehmer der Rechten und der Linken haben das gleiche Interesse, ihre Arbeiter auszubeuten, die Hausbesitzer der Rechten und der Linken haben den gleichen Willen ihre Mieter auszuplündern, die Händler und Spekulanten der Linken betreiben die Teuerung gerade so wie jene von der Rechten.

---

*) Die KPF. hat an die übrigen proletarischen Parteien einen Offenen Brief gerichtet, der die politische Lage gut beleuchtet. Der obige Artikel ist im wesentlichen eine Wiedergabe dieses Offenen Briefes. D. R.

Dieser Kampf zwischen der rechten Bourgeoisie und der linken Bourgeoisie ist bloß ein oberflächlicher politischer Kampf, um Machtprivilegien zu begünstigen. Im Grunde ist die Klasse der Bourgeoisie immer bereit, ihre Vorrechte gegen die Klasse der Arbeiter und Bauern, die sie ausbeutet, zu verteidigen. Diese oberflächliche Scheidung wird nur deshalb unternommen, um die wirkliche Klassenscheidung zu verhüllen und um zu verhüten, daß der Kampf im nächsten Frühjahr seinen wahren Charakter, den Charakter des Klassenkampfes aller Ausgebeuteten gegen ihre Ausbeuter, annimmt.

Große Massen von Arbeitern, Angestellten, Bauern, Beamten und Kleinbürgern sind mit dem Regime, das ihr Leben immer unsicherer gestaltet, unzufrieden, und bereit, sich nicht nur gegen den Nationalen Block, sondern auch gegen das kapitalistische Regime — den wirklichen Verantwortlichen — aufzulehnen.

Der Block der Linken.

Der Block der Linken ist nur ein Manöver eines Teiles der Bourgeoisie, um zu verhüten, daß der Ausdruck dieser berechtigten Unzufriedenheit den Lebensinteressen der Bourgeoisie Schaden bringe, und um unter der Maske der „Linken" die Unzufriedenen weiter dazu zu verhalten, dem Profit des kapitalistischen Systems als Dividenden- und Kanonenfutter zu dienen. Die proletarischen Parteien, die sich diesem Vorgehen anschließen, liefern der kapitalistischen Klasse einen Teil des Proletariats aus und verraten die Arbeiterklasse.

Es ist durchaus wahr, daß die Bourgoisie der Linken sich nicht von der Regierung des Nationalen Blocks unterscheidet, daß sie nicht aufgehört hat, die imperialistische Außenpolitik Poincarés zu unterstützen, daß sie sich mit der arbeiterfeindlichen Politik des Nationalen Blocks unmittelbar nach den Streiks des Jahres 1920 solidarisiert hat und auch heute noch durch drei radikale Mitglieder das Ministerium mitunterstützt. Der Senat, der eine linke Mehrheit hat, hat soeben eine skandalöse Erhöhung der Mieten um 104% angenommen. Renauld Jean hat auf der Tribüne der Kammer die Einzelheiten dieser durch und durch kapitalistischen und arbeiterfeindlichen Politik enthüllt.

Die Gegensätzlichkeit zwischen der Rechten und der Linken ist so künstlich, daß ihre Grenze noch sehr ungenau ist und sich jeden Tag mehr nach rechts verschiebt. Das geht so weit, daß schließlich noch Poincaré als ein „linkes" Element angesehen werden wird. In einer redaktionellen Bemerkung, die die „Ere Nouvelle" kürzlich gelegentlich einer Rede von Herrn Chaumet machte, konnte man folgende bezeichnende Zeilen lesen: „Sobald sich Poincaré auf die Seite der Republik gegen die Reaktion stellt, wird er bei uns keine Gegner mehr finden."

Und das ist die äußerste Linke der radikal-sozialistischen Partei, ihr sozialistelnder Flügel, der derartige Erklärungen abgibt!

Nicht der Block der Linken ist es, der die Interessen der Arbeiter von Stadt und Land gegen diejenigen verteidigen wird, die sie versklaven.

Die Arbeiter und die Bauern haben ihre eigenen Forderungen.

Die Arbeiter und die Bauern haben ihre eigenen Forderungen, für die sie sich auf dem festen Boden des Klassenkampfes gegen die gesamte Bourgeoisie vereinigen können.

Sie müssen gemeinsam:

1. Sich einer abenteuerlichen Außenpolitik widersetzen, die in der Welt Verwüstung und den Bankrott in den öffentlichen Finanzen schafft;
2. für die Aufhebung des Vertrages von Versailles und seiner unheilvollen Folgen kämpfen;
3. die internationale Solidarität und den Friedenswillen der Werktätigen bekräftigen;
4. die offizielle Anerkennung der Sowjetrepublik fordern;
5. die Arbeiterklasse, die Angestellten, die Beamten, die Kleinbauern gegen Spekulation, Teuerung, gegen die hohen Preise der Mieten und gegen die Vorstöße auf den Achtstundentag verteidigen;
6. für die Beamten die Meinungs- und Koalitionsfreiheit und die Zulage von 1800 Francs verlangen;
7. ein System der Sozialversicherung fordern, das kein Betrug oder Diebstahl an ihnen sein darf;
8. eine Finanzpolitik verlangen, die die Besteuerung der Löhne und die indirekten Steuern beseitigt und an die Erfassung der großen Kapitalien der Kriegsgewinner, der Händler und der Spekulanten geht;
9. die Gleichheit der politischen und wirtschaftlichen Rechte für Arbeiter und Arbeiterinnen anstreben.

Der Arbeiter- und Bauernblock.

Der Bildung eines Blocks der Linken setzt die Kommunistische Partei den Gedanken der Schaffung eines Arbeiter- und Bauernblocks entgegen. Der Block der Linken bedeutet naturnotwendig die Zusammenarbeit und die Vermischung der Klassen, der Arbeiter- und Bauernblock ist im Gegenteil dazu der deutliche und unversöhnliche Klassenkampf.

Die Kommunistische Partei verlangt von den beiden anderen proletarischen Parteien, der künstlich in eine Rechte und eine Linke geschiedenen Bourgeoisie, die Einheitsfront aller Arbeiter entgegenzusetzen.

Tiefgehende Meinungsverschiedenheiten trennen uns in den Fragen der Vaterlandsverteidigung, der Diktatur des Proletariats und der revolutionären Methoden. Sie machen eine organisatorische Einheit der politischen Parteien des Proletariats unmöglich. Aber für eine genau umschriebene und wichtige Aktion, bei der es sich darum handelt, die Gesamtheit des Proletariats zum Kampfe gegen die Bourgeoisie mitzureißen, ist die Kommunistische Partei bereit, die Fragen, die uns trennen, zurückzustellen, um für ein Minimalprogramm des Kampfes die Einheit der proletarischen Kräfte zu verwirklichen. Indem sie dieses Opfer bringt, beweist sie ihren Willen, die Einheit der Kräfte der Arbeiterschaft auf der soliden Grundlage des Klassenkampfes verwirklicht zu sehen.

Die Kommunistische Partei schlägt daher allen proletarischen Organisationen eine gemeinsame Konferenz vor, um die Platttorm und die praktischen Probleme zu untersuchen, die bei der Bildung eines Arbeiter- und Bauernblocks zur Frage gestellt werden.

Diese gemeinsamen Besprechungen und die Bildung eines Klassenblocks der Arbeiter und der Bauern haben naturnotwendig zwei elementare Bedingungen zur Voraussetzung:

1. **Eine einheitliche Taktik im ganzen Lande.** Es hieße, aus dem Block der Arbeiterklasse ein Possenspiel machen, wenn er nur teilweise in gewissen Departements durchgeführt würde, während sich in anderen der Block der Linken bilden würde. Der Arbeiter- und Bauernblock muß den Klassenkampf bei den nächsten Wahlen im Landesmaßstabe hervorrufen.

2. **Eine Praxis des wirklichen Klassenkampfes, die den absoluten Bruch mit den bürgerlichen Linksparteien beinhaltet.** Eine gewisse Anzahl von sozialistischen und sozialistisch-kommunistischen Föderationen hat bereits mit der Radikalen Partei den Block der Linken in ihrem Departement geschaffen. Obgleich die beiden Parteien nicht offiziell Stellung genommen haben, arbeiten ihre angesehensten Führer täglich an der Schaffung des Blocks der Linken mit den Führern der Radikalen mit, sowohl in Versammlungen und öffentlichen Kundgebungen wie auch in der besonderen Presse des Blocks der Linken: „Ere Nouvelle", „Quotidien", „Paris-Soir" usw....

Man kann nicht zugleich den Block der Linken und den Arbeiter- und Bauernblock, die Zusammenarbeit und den Kampf der Klassen handhaben. Dadurch, daß die Kommunistische Partei den anderen proletarischen Parteien die Bildung des Arbeiter- und Bauernblocks vorschlägt, stellt sie diese Parteien vor die notwendige Wahl: **Mit der Kommunistischen Partei die Einheit des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie der Rechten und der Linken zu schaffen;** oder aber mit der Radikalen Partei gegen die Kommunistische Partei, die sich unbedingt weigert, die Zusammenarbeit der Klassen mitzumachen.

Die Kommunistische Partei ist bereit, die notwendigen Opfer für die Bildung des Arbeiter- und Bauernblocks zu bringen, der die Aufgabe haben wird, die Gesamtheit des kapitalistischen Regimes in den Anklagezustand zu versetzen.

Wirtschaft

Soll das Defizit Deutschlands durch Steuern oder durch Inflation gedeckt werden?

Von G. Fink (Berlin).

** Die Finanzen des Deutschen Reiches sind nicht erst seit heute bankrott. Durch die Einstellung des Banknotendrucks zum Zwecke der Defizitdeckung ist aber die Frage, auf welche Art und Weise das Defizit gedeckt werden soll, aufgeworfen worden. Bis zum 15. November 1922 wurden in immer steigendem Maße die Ausgaben des Reichs durch Banknotenemission gedeckt. Die Einnahmen betrugen zeitweilig nur 1% der Ausgaben. Seit dem 15. November 1923 ist nicht der Banknotendruck an sich

stellt — allein in der Zeit vom 15. bis 30. November ist der Banknotenumlauf von 100 auf 400 Trillionen gestiegen — aber nur durch Reichsschatzanweisungen gedeckte Banknoten dürfen nicht mehr gedruckt werden. Dem Reich standen zur Deckung seines Defizits und zur Einlösung der Reichsschatzanweisungen 1200 Millionen Rentenmark zur Verfügung. Diese Summe, die mindestens bis zum 1. April 1924 reichen sollte, war schon Ende Dezember vollkommen aufgebraucht. Nur mit Hilfe einmaliger Steuern, der letzten Rate der Rhein-Ruhrabgabe, konnte die Reichsregierung die fälligen Beamtengehälter auszahlen.

In den letzten Monaten betrug das Defizit des Reiches etwa 500 bis 600 Millionen Goldmark. Durch einen scharfen Beamtenabbau, durch Hungergehälter für die Beamten und Angestellten, durch Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützungen, durch Einschränkung aller Ausgaben für kulturelle und soziale Zwecke will die Reichsregierung dieses Defizit möglichst verringern. Der Beamtenabbau bringt aber im Augenblick keine wesentliche Erleichterungen, da nach bürgerlichen Berechnungen etwa 25 bis 30 Millionen Goldmark an Gehältern durch den Abbau erspart werden können, wovon aber ein Teil wieder zur Bezahlung von Pensionen und Ruhegehältern, ein anderer Teil, wenigstens für die nächsten zwei Monate, für Abfindungen ausgegeben werden muß. Auch die schärfste Einschränkung der Ausgaben könnte nicht darüber hinweghelfen, daß wenn eine neue Inflation vermieden werden soll, die deutsche Bourgeoisie Steuern bezahlen müßte.

In dem letzten Jahre hat die deutsche Bourgeoisie infolge der Inflation und infolge der Steuergesetzgebung so gut wie überhaupt keine Steuern bezahlt. Das Reich wurde durch Steuerzahlungen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und des Kleinbürgertums und durch die Inflation finanziert. In den ersten zehn Monaten von 1923 gingen zum Beispiel an Lohnsteuer ein 188 Millionen Goldmark, an Einkommensteuer 30 Millionen Goldmark. Während in allen Industrieländern das Aufkommen an direkten Steuern durch die Lohn- und Gehaltsempfänger in den Gesamtsteuereinnahmen fast verschwindet, ist die Lohnsteuer eine der hauptsächlichsten Stützen der deutschen Steuergebarung. Die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen zwei Steuerverordnungen und die angekündigte dritte Steuerverordnung lassen erkennen, daß die deutsche Bourgeoisie nach wie vor keine Steuern bezahlen wird.

Die Steuernotverordnungen bedeuten eine Verschärfung der bisherigen Belastung der werktätigen Massen, während sie dem Besitzenden keinerlei Steuerlasten und einzelnen Schichten sogar Erleichterungen bringen. Die neue Form der Lohnsteuer bedeutet für die Empfänger eines geringen Lohnes mit einer größeren Familie eine schärfere Belastung als bisher, während die Empfänger der großen Gehälter besser wegkommen. Während bisher der Lohnabzug in der Weise gehandhabt wurde, daß jeweils eine bestimmte Summe für Frau und Kinder steuerfrei gelassen wurde, ist jetzt das steuerfreie Minimum mit 12 Mark pro Woche oder 50 Mark pro Monat festgesetzt, alle Beträge darüber sind mit 10% zu versteuern. Bei Verheirateten, respektive Familienvätern mit ein, zwei oder drei Kindern beträgt der Steuersatz 9, 8, 7 usw. Prozent. Die steuerfreie Grenze ist so niedrig angesetzt, daß sogar die Kurzarbeiter vielfach zur Steuerleistung noch herangezogen werden. Während 1913 das steuerfreie Einkommen 900 Mark betrug, ist es jetzt auf 600 Mark herabgesetzt worden, trotzdem 900 Mark von 1913 in ihrem Realwert jetzt etwa 1800 Mark entsprechen würden. Eine Verschärfung tritt auch bei den indirekten Steuern ein. Die Umsatzsteuer wird auf Gold umgestellt und von 2 auf 2½% erhöht; dabei muß aber bedacht werden, daß infolge der andauernden Entwertung der Mark bisher die Umsatzsteuer vom tatsächlichen Verkaufspreis nur einen Bruchteil von 2% betragen hat. Sämtliche anderen indirekten Steuern werden ebenfalls auf Gold umgestellt. Eine neue, besonders scharfe Belastung der werktätigen Massen wird aber die Neuregelung der Mietwirtschaft bringen. Die Mieten sollen auf den Stand von 1914 gebracht, 50% als Mietzinssteuer abgeführt werden. Die Regierung rechnet damit, daß Lohnsteuer und Umsatzsteuer die Hauptstützen ihrer Einnahmen auch im Steuerjahre 1924 sein werden. Die Lohnsteuer soll trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ein Viertel der gesamten Steuereinnahmen einbringen und wird auf 900 Millionen Goldmark im Jahre veranschlagt.

Die Einkommensteuerbelastung für die Besitzenden steht in keinem Verhältnis zur Belastung der Arbeiter. Die Abschlußzahlung für 1923 beträgt 40 Goldpfennige für 1000 Mark Jahressteuerschuld 1922. Soweit aber für die Einkommenfestsetzung ein Geschäftsabschluß vor dem 1. Juli 1922 zugrunde lag, wird das Vierfache, 1·60 Goldmark erhoben. Das bedeutet aber eine ungeheuere Bevorzugung derjenigen, die ihr Geschäftsjahr nicht nach dem Kalenderjahre festgelegt haben, was in den letzten Jahren vielfach nur mit Rücksicht auf die Steuern geschehen ist. Am 1. Juli 1922 betrug nämlich der Dollarkurs 375 Mark, am 31. Dezember 1922 7350 Mark. Gewerbliche und industrielle Unternehmungen zahlen 1924 2% Bruttoeinnahmen, von denen Lohn- und Gehaltsaufwendungen abgezogen werden können. Die Vermögenssteuer ist nach oben wenig progressiv. Während die kleinen Vermögen unter 25.000 Mark 3 Mark pro Tausend Vermögenssteuer zu zahlen haben, zahlt die höchste Gruppe mit Vermögen über 5 Millionen Goldmark 7·5 vom Tausend. Während alle indirekten Steuern erhöht werden, wird die Erbschaftssteuer herabgesetzt. Sie betrug bisher 6 bis 17%, jetzt nur 2 bis 10%. Besonders interessant ist auch die Herabsetzung der Fusionssteuer von 7 auf 4%. Damit wird der Konzentrationsprozeß, die Expropriation der kleinen und mittleren Kapitalisten durch die Schwerindustrie, erleichtert. Um dem Versicherungsgewerbe wieder auf die Beine zu helfen, wird die Versicherungssteuer herabgesetzt. Eine Börsensteuer wird vorläufig nicht vorgesehen, sondern soll vom Reichsfinanzminister bis zum 15. Februar 1924 erlassen werden. Die Landabgabe, die 75 Pfennige pro 1000 Mark des beim Wehrbeitrag geschätzen Grundstückwertes betrug, wird aufgehoben und durch eine Steuer von 1 Mark pro Vierteljahr ersetzt.

Diese Steuerpolitik zeigt, daß die deutschen Kapitalisten nach wie vor keine Steuern bezahlen wollen. Das Schwergewicht der entscheidenden Gruppen des deutschen Kapitals beündet sich heute, zumal nach Ablösung des Ruhrgebietes vom Reich, nicht mehr in Deutschland. Die soziale Zuspitzung besteht weiter und wird durch den rigorosen Abbau der Ausgaben des Reichs, durch den Personalabbau und durch die Arbeitszeitverlängerung weiter zugespitzt. Die Reparationsfrage ist nach wie vor nicht gelöst. So wird die deutsche Bourgeoisie auch weiterhin keine Steuern bezahlen. Eine äußere Anleihe ist in größerem Maße nicht zu erlangen, da bei den bestehenden Verhältnissen größere Summen für Deutschland nicht aufzubringen sind und schon deswegen nicht aufgebracht werden können, weil die französische Regierung solchen Anleihen kein Prioritätsrecht vor den Reparationsschulden einräumen wird. So bliebe zur Deckung des Defizits nur der Weg einer neuen Inflation, in welchem Zahlungsmittel auch immer, übrig. In einem gewissen Sinne hat schon eine Inflation durch die Ausgabe ungedeckter Reichsschatzanweisungen mit dreimonatiger Laufzeit begonnen.

Die Finanz- und Währungsfrage ist aber auch deswegen von so großer Bedeutung, weil von ihr mitabhängt, ob der Sanierungsversuch durch die Arbeitszeitverlängerung gelingen wird. Da die Bourgeoisie keine Steuern bezahlt, eine Anleihe nicht zu erhalten ist, so wird über kurz oder lang eine neue Inflation schon aus diesem Grunde beginnen. Eine Inflation der Rentenmark aber würde nicht nur einen neuen Lohnbetrug und eine weitere Expropriation des Kleinbürgertums bedeuten, sondern auch eine Enteignung der kleinen und mittleren Bauern. Damit aber wird die Basis der Herrschaft der Schwerindustrie in Deutschland noch enger, die Kaufkraft des inneren Markts noch geringer.

Arbeiterbewegung

Die Auswirkungen der Weimarer Konferenz.

Von Lada.

** Die Auswirkungen der Weimarer Konferenz lassen sich in diesem Moment noch nicht mit aller Genauigkeit darstellen. Unter dem Kürassierstiefel der Militärdiktatoren stößt jegliche freie Betätigung der Arbeiterschaft auf unüberwindliche Schwierigkeiten; unter diesen Umständen kann auch keine genaue Berichterstattung von allen Arbeiterversammlungen erwartet werden. Es ist jedoch bekannt, daß in zahlreichen Ortschaften in vielen Gewerkschaftsversammlungen Stellung zu der Weimarer Konferenz genommen wird, wobei die Beschlüsse überall dort begrüßt und gutgeheißen werden, wo sich nur der oppositionelle Geist in den Gewerkschaften regt. Dort, wo die Gewerkschaftsbureaukratie die Mitgliedschaft noch im Zaume hält — sei es dank einer geschickten Gehirnverkleisterung oder dank allerlei Machenschaften und Schiebungen — dort wird am

liebsten die Weimarer Konferenz totgeschwiegen. Die Tatsache aber, daß das Publikationsorgan des ADGB., der „Vorwärts", sich wiederholt gezwungen sieht, auf die Weimarer Konferenz zurückzukommen, um sie als „kommunistische Spaltungskonferenz" zu beschimpfen, zeugt davon, daß von dieser Taktik des Totschweigens nicht allzuviel erwartet wird, weil die Bewegung immer weitere Kreise ergreift. Die Unzufriedenheit dieser weiten Kreise der Mitgliedschaft mit der Gewerkschaftsbureaukratie macht sich auch öfter in der Forderung Luft, daß ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß schon in den nächsten Wochen von der Opposition einberufen werde. Es ist auf anderer Seite hervorzuheben, daß neben jenen Gewerkschaftskreisen, die unter dem Zeichen der Weimarer Konferenz wirken, auch andere Kreise einen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß als eine unumgängliche Notwendigkeit betrachten, ohne dennoch für zweckmäßig zu erachten, sich der Weimarer Bewegung anzuschließen. Hier sind in erster Linie die Chemnitzer Gewerkschaften zu erwähnen, die ihrer Stellung in einer einstimmig angenommenen Entschließung am 22. November Ausdruck gaben. Es ist deshalb verständlich, daß die Bundesleitung nicht umhin können wird, sich mit der Weimarer Konferenz in der nächsten Bundesausschußsitzung zu befassen, um zu ihr Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme wird von den Ortsausschussen abgewartet, die die Leitung der mit der Weimarer Konferenz begonnenen Bewegung innehaben, damit sie ihrerseits weitere Schritte beschließen können. Bekanntlich hat sich die Weimarer Konferenz trotz der Ungeduld einzelner ihrer Mitglieder durch keinen Termin binden lassen; die Zwölfer-Kommission wird in voller Freiheit und nach reiflicher Prüfung der Gesamtlage in den nächsten Tagen (noch vor Neujahr) beschließen, ob und in welcher Art weitere Schritte zur Vorbereitung des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses getroffen werden sollen.

Nachstehend lassen wir kurz einige Mitteilungen über die Stellungnahme von verschiedenen Gewerkschaftsversammlungen zu der Weimarer Konferenz folgen.

In einer gut besuchten Versammlung der Funktionäre der Gewerkschaften des unteren Kreises Solingen berichtete ein Kollege über die Weimarer Konferenz in einem ausführlichen Referat. Er hob scharf hervor, daß Massenaustritt aus den Gewerkschaften Rechtlosmachung der Arbeiterklasse herbeiführen würde. Unsere Aufgabe ist, aus den Tausenden und Millionen von Buchsoldaten aktive revolutionäre Mitarbeiter zu erziehen.

Auch in Remscheid und vielen anderen Ortschaften Rheinland-Westfalen wird die Bewegung mit größtem Enthusiasmus begrüßt; die Mitgliedschaften sind in ihrer großen Mehrheit der reformistischen Politik der Gewerkschaftsbureaukratie gegenüber sehr feindlich gestimmt.

In Württemberg ist die Berichterstattung über die Weimarer Konferenz vom General Reinhard verboten worden. Im Zeppelinwerk Friedrichshafen ist der Bericht trotzdem erstattet worden. Der Betrieb ist „zur Strafe" mit Schupo besetzt. Die Leiparts und Nörpel können sich bei Reinhard für die Hilfe bedanken!

In Insterburg hat sich das Ortskartell für die Weimarer Konferenz ausgesprochen.

In Erfurt hat der Schuhmacherverband die Weimarer Beschlüsse begrüßt und gutgeheißen.

In Berlin wurde über die Weimarer Konferenz referiert: in fünf großen Versammlungen der Buchdrucker, in einer großen Versammlung der Branche der Eisen- und Revolverdreher des D. M. V. am 9. Dezember (700 bis 800 Anwesende), in der Mitgliederversammlung des Fleischerverbandes, in der Versammlung der Holzarbeiter am 18. Dezember. Die DMV.-Versammlung nahm trotz des gegnerischen Korreferats von Ziska einstimmig eine Resolution an, in der die Weimarer Konferenz begrüßt, ihre Beschlüsse gutgeheißen werden. Die Versammlung des Fleischerverbandes hat ähnliche Beschlüsse gefaßt. Auch die mittlere Ortsversammlung des DMV. befaßte sich mit der Konferenz, jedoch lehnte die Ziska-Mehrheit den Anschluß an ihre Beschlüsse ab. In vier Versammlungen, die am 2. Dezember stattfanden, und an denen sich die Berliner Buchdrucker aus sechs Bezirken beteiligten, wurde Stellung genommen zum letzten Streik und zur Weimarer Konferenz. Die angenommene Resolution stellte unter anderm fest, daß die von dem ADGB. befolgte Taktik sich direkt arbeiterfeindlich auswirkt. Die Versammlungen begrüßten die Weimarer Konferenz und erklärten sich mit ihrem Appell an die deutsche Arbeiterschaft einverstanden. Nur die fünfte Versammlung, in der die Buchdrucker aus den drei südlichen und westlichen Bezirken vertreten waren, lehnte die Resolution ab. In der Versammlung der Holzarbeiter ist eine Entschließung, die von der Ortsverwaltung fordert, daß sie sich auf den Boden der Weimarer Beschlüsse stellt, trotz dem heftigen Einspruch des ersten Bevollmächtigten mit einer großen Mehrheit gegen nur 12 Stimmen angenommen worden.

In Neustettin hat eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung sich am 9. Dezember ganz auf den Boden der Beschlüsse der Weimarer Konferenz gestellt.

In Stettin erklären sich die Bauarbeiter, Holzarbeiter, Bäcker und Buchdrucker mit der Weimarer Konferenz einverstanden. Eine von ihnen einberufene Versammlung von 500 Gewerkschaften erklärte sich einstimmig für die Weimarer Beschlüsse. Auch in Köln erklärt sich der Ortsausschuß mit ihr solidarisch.

In Kiel und Neumünster erklärten sich die Kartellsitzung und eine Gewerkschaftsversammlung mit den Beschlüssen der Weimarer Konferenz einverstanden. In Pinneberg hat das Gewerkschaftskartell sich mit allen Stimmen gegen zwei für die Weimarer Beschlüsse ausgesprochen.

In Limbach hat sich das Gewerkschaftskartell die Beschlüsse von Weimar einstimmig zu eigen gemacht. Eine Resolution in diesem Sinne, die außerdem noch dem ADGB.-Vorstand das Vertrauen abspricht, ist einstimmig von der Versammlung angenommen worden, in der ungefähr 1000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter anwesend waren.

Nach diesen ersten Erfolgen der Bewegung ist zu erwarten, daß sie immer weitere und weitere Kreise ziehen wird, bis die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft hinter ihr steht. Dann gilt es, für die gegenwärtige abgewirtschaftete Bundesleitung, für alle Leipart, Graßmann und Wissell zu sagen: Vogel friß oder stirb. Entweder sich dem Willen der Mehrheit unterwerfen und den Kongreß einberufen oder — abdanken!

Arbeiterkämpfe und faschistische Gewerkschaften in Italien.

Von Ruggiero Grieco.

** Seit zwei oder drei Monaten macht sich in Italien ein Wiederaufleben der Arbeiterbewegung bemerkbar. Die Erregung der Arbeiter kommt vorläufig nur in einer Polemik zwischen Unternehmern und Lohnarbeitern zum Ausdruck, doch nimmt diese Polemik oft scharfe Formen an, und es ist sehr wichtig, sie ständig zu verfolgen, da sich in ihr die Stimmung des gewerkschaftlichen Faschismus, ferner das Verhältnis der Besitzer zu den faschistischen Arbeiterorganisationen widerspiegeln. Diese Stimmung und dieses Verhältnis müssen unbedingt zu einer Revision und zu einer Krise der gelben Gewerkschaftsbewegung führen und die zukünftigen Beziehungen zwischen dieser und der nationalen Faschistenpartei beeinflussen.

Die wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft zwischen Lohnarbeitern und Arbeitgebern.

Eine der Grundprinzipien der faschistischen Gewerkschaftsbewegung besteht in der Arbeitsgemeinschaft, die zwischen den Arbeitgebern und ihren Arbeitern zu bestehen hat. Aus dieser Voraussetzung ergibt sich der typische Charakter der Körperschaften, in denen (wenn auch in untereinander verschiedenen Gewerkschaften) sowohl die Industrie- und Landarbeiter als auch die Industriellen und Agrarier (Bauern, Pächter usw.) organisiert sind. Eine so verstandene Arbeitsgemeinschaft hat den Zweck, „den Burgfrieden der Arbeit" herbeizuführen, der „eine wichtige Vorbedingung der Volkswirtschaft und des sozialen Friedens" ist.

Unter diesem Banner wurde die faschistische Gewerkschaftsbewegung organisiert und subventioniert, die Hand in Hand mit den militärischen Organisationen der Faschisten, den Zerstörern der Klassenorganisationen, arbeiteten. Durch die Zerstörung der Klassenorganisationen wurden auch die Arbeitsverträge gebrochen, die diese mit den Unternehmern in den Jahren von 1918 bis 1922 abgeschlossen hatten. Die neuen, von den faschistischen Organisationen zustande gebrachten Verträge haben die Löhne auf ein Minimum reduziert und haben, was die moralischen Klauseln anbetrifft, die Arbeiter und Bauern in jenes Stadium zurückversetzt, in dem sie sich zu Beginn ihres Kampfes befanden.

Nachdem der Faschismus die Staatsmacht ergriffen hat, entstand für ihn die Notwendigkeit, seine Parteiorgane zu erhalten

und zu stärken und den in der Machtergreifung vorangegangenen Kämpfen zum Ausdruck gebrachten Gewerkschaftsprinzipien konkrete Form zu verleihen. So wurden innerhalb der Nationalen Föderation der faschistischen Korporationen Gewerkschaften von Arbeitern, Bauern, Handwerkern, Industriellen, Landwirten gegründet. Trotz der gegenteiligen Versicherungen des Generalsekretärs des Nationalkomitees der ehemaligen Frontkämpfer, Rossoni, in der Sitzung des Genfer Arbeitsbureaus, des Völkerbundes ist es eine klare und offenkundige Tatsache, daß die faschistischen Gewerkschaftsorganisationen sowohl Arbeiter als Unternehmer umfassen.

Aber eine Gewerkschaftsorganisation, die leben, das heißt bestimmte Interessen verteidigen muß, erprobt ihre Lebensfähigkeit in der Aktion.

Die faschistische Theorie hatte die Behauptung aufgestellt, daß der Streik eine politische und antinationale Waffe sei; aber die faschistischen Organisationen waren durch den Druck der Massen, die sie nicht verlieren wollten, selbst von Zeit zu Zeit gezwungen, zu dieser Waffe zu greifen. In der ersten Zeit der Faschistenherrschaft zwangen Partei und Regierung die Unternehmer, den Forderungen der faschistischen Gewerkschaften nachzugeben, um zu vermeiden, daß die organisierte Masse die so sehr verpönte Taktik der „bolschewistischen Periode" wiederhole; die Unternehmer gingen, wenn auch widerwillig, darauf ein, auch deshalb, um denjenigen ihre Dankbarkeit zu zeigen, die die „rote Gefahr" verhindert hatten und die jetzt, von der Höhe ihrer Macht herab, die Unantastbarkeit der Rechte des Unternehmertums verkündeten.

Unter dem Drucke der faschistischen Organisationen hatte dann für einige Zeit jede Lohnbewegung der Arbeiter aufgehört. Die faschistischen Redner und Zeitungen legten diesen Umstand als Beweis dafür aus, daß die „nationale" Gewerkschaftsmethode die richtige sei. Aber nach und nach haben die Lohnbewegungen der in den Korporationen organisierten Arbeiter wieder begonnen, und in letzter Zeit häufen sie sich zusehends.

Die faschistischen Schriftsteller sind über diese Erscheinung absolut nicht erstaunt, sie erklären sie sogar als eine Notwendigkeit. Sie behaupten jetzt, die faschistische Methode wolle den Kampf der Arbeiter um gerechte wirtschaftliche Forderungen nicht verhindern, sondern sie in einer besonderen und siegreichen Art zum Abschluß führen, ohne die Ordnung zu verletzen und den Produktionsprozeß zu stören.

Das von Edmondo Rossoni redigierte Blatt der Föderation der Korporationen „Lavoro d'Italia" bringt in seiner Nummer vom 17. November einen Artikel unter dem Titel: „Die Idee und die Erfahrung" (man könnte ihn auch betiteln: „Der Wunsch und die Wirklichkeit"), in dem es heißt:

> „In Turin haben die faschistischen Gewerkschaften eine Versammlung abgehalten, in der die Redner verschiedene Industrielle scharf aufs Korn nahmen.
>
> In Genua haben die Sekretäre der faschistischen Gewerkschaften, die eine Konferenz abhielten, eine lange — viel zu lange — Resolution angenommen, in der darüber geklagt wird, daß die Organisation der Industriellen Liguriens nicht genügend vom Geist der Arbeitsgemeinschaft beseelt sei.
>
> In Florenz besteht kein gutes Einvernehmen zwischen dem Verband der Industriellen und dem faschistischen Gewerkschaftsverband. Wird etwa aus diesem Grunde der Arno aus den Ufern treten und die schöne Hauptstadt von Toskana überschwemmen?
>
> In den Abruzzen bekämpfen die faschistischen Gewerkschaften den „antisozialen" und „antinationalen" Fürsten Torlonia, den Besitzer fast des gesamten Fucino-Gebietes. Wird aus diesem Grunde das Wasser zurückkehren, um den trocken gelegten Boden von neuem zu überfluten?
>
> Keine dieser Erscheinungen ist ernst genug, um fürchten zu lassen, daß in der nächsten oder entfernteren Zukunft eine Katastrophe eintreten könnte. Die Katastrophe besteht nur in den Köpfen der sozialistischen Politikanten, die in jedem — absolut natürlichen — wirtschaftlichen Gegensatz eine Tragödie sehen, weil sie dummerweise noch Revanchehoffnungen hegen."

Das Faschistenblatt versucht, einen Trumpf gegen uns auszuspielen, es zeigt indessen die Notwendigkeit für den Faschismus, seine Prinzipien und sein Programm zu revidieren — doch kann er das nicht. Denn gleichzeitig mit dem Beginn der Polemik zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen macht sich auch eine tiefere Furche in den Korporationen selber bemerkbar, die die Gefahr einer Spaltung in sich birgt, so daß nicht nur das faschistische Prinzip angegriffen wird, sondern auch das künstlich hergestellte, organisatorische Band zerrissen werden muß, wodurch die beiden Parteien in ihre ursprünglichen Stellungen zurückgetrieben werden. Dieser Prozeß ist kein sehr rascher, aber er ist nicht mehr zu vermeiden. Wir müssen die einzelnen Phasen seiner Entwicklung geduldig abwarten, denn dieser Prozeß wird eine große Erfahrung für das Proletariat sein, das in dem Zusammenbruch des Experiments der Arbeitsgemeinschaft der Klassen einen klaren Beweis für die Richtigkeit unserer Kritik und die Notwendigkeit der unabhängigen Klassenorganisation sehen wird.

Und die Arbeiter werden zu ihren proletarischen Organisationen zurückkehren, die nur geschwächt, nicht aber vernichtet sind.

„Gewerkschaftliche Freiheit."

Nach der systematischen Zerstörung der gewerkschaftlichen Klassenorganisationen und der Arbeitergenossenschaften sahen die wenigen übriggebliebenen Arbeiterorganisationen ihre Reihen stark gelichtet. Doch wäre es ein Irrtum, wollte man denken, daß die Arbeiter die roten Organisationen verlassen haben, um den faschistischen Korporationen beizutreten. Der größte Teil von denjenigen, die den „alten" Organisationen den Rücken kehrten, blieben außerhalb sowohl dieser als auch der neuen Organisationen. Es muß hier darauf hingewiesen werden, daß in den Jahren 1921 und 1922 die Emigration sehr stark war (besonders nach europäischen Ländern) und daß besonders die von der Regierung nicht kontrollierte Auswanderung (vor allem nach Frankreich und Belgien) Tausende von italienischen Arbeitern, die von den wütenden Verfolgungen fliehen mußten, als Arbeitskraft auf den Markt warf. Es muß zugegeben werden, daß eine bestimmte Anzahl von Arbeitern sich spontan den faschistischen Korporationen angeschlossen haben, doch stellen sie nur eine Zahl dar, nicht aber eine proletarische Kraft, denn es sind entweder Elemente, die durch den Hunger gezwungen wurden, ins feindliche Lager überzugehen, oder es sind „deklassierte", verkommene Elemente, die den Industriellen oft vom politischen Faschismus für ihre Betriebe aufgezwungen werden. Diese mit Zwangsmitteln ausgeübte Rekrutierung dauert jetzt noch an, doch trägt sie wenig dazu bei, die faschistischen Korporationen innerlich stark zu machen.

Vor kurzem erschien im „Popolo", dem Organ der Klerikalen Partei, folgende Notiz:

> „In den letzten Tagen hat der faschistische Verband der Hafenarbeiter in Ancona eine schwere Krise durchgemacht, die als eine Auflehnung der Arbeiterklasse gegen das faschistische System betrachtet werden kann."

Der an Zahl sehr starke Hafenarbeiterverband, der unter der Herrschaft der Roten eine der stärksten gewerkschaftlichen Kräfte des Bezirkes darstellte, mußte, als der Faschismus ans Ruder kam, gute Miene zum bösen Spiel machen. Der Verband schloß sich den faschistischen Korporationen an. Wenn letztere aber auch den Verband absorbiert haben, so ist es der faschistischen Partei doch nicht gelungen, die einzelnen Mitglieder für sich zu gewinnen, obgleich sie ihnen neue Führer gab, die das absolute Vertrauen der Partei genossen. Man tat alles, um eine Assimilation herbeizuführen: zunächst versuchte man es mit Versprechungen, dann mit Zwang, indem man die Arbeiter aufforderte, an allen faschistischen Manifestationen teilzunehmen. Wie leicht vorauszusehen war, erreichte kein Mittel seinen Zweck. Zwar ist ein wichtiger Arbeiterverband vom Faschismus aufgesogen worden, doch sind seine Mitglieder nicht zu Faschisten geworden. Bald entstand unter den Arbeitern des Verbandes Unzufriedenheit, die jedesmal besonders scharf hervortrat, wenn die Hafenarbeiter gezwungen wurden, an politischen Umzügen der Faschisten teilzunehmen.

Als vor kurzem der Jahrestag des „Marsches auf Rom" gefeiert wurde, sollten die Arbeiter wiederum — und zwar mittels Androhung von Strafen — gezwungen werden, an der Feier teilzunehmen. Da in den Feierlichkeiten auch eine religiöse Messe mit inbegriffen war, so sollten die Arbeiter gezwungen werden, auch diese religiöse Feier mitzumachen. Die Arbeiter beschlossen, an der religiösen Zeremonie nicht teilzunehmen, um sich auf diese Weise auch der Pflicht der Teilnahme am Umzug zu entziehen. Das gefiel den Führern nicht; sie hielten es für notwendig, zu Strafmaßnahmen zu greifen, um ihre Herrschaft im Verband zu behaupten. Einige Tage später fand eine Versammlung statt, in der Herr Liverana und der zweite Generalsekretär des Verbandes, Herr Tommasi, referierte, dieser letztere über das Thema: „Gewerkschaftliche Pflichten".

An der Versammlung nahmen etwa 800 Hafenarbeiter teil. Als Tommasi in seinem Referat auf das oben geschilderte Ereignis zu sprechen kam und darauf hinwies, wie notwendig es sei, an den politischen Kundgebungen der Partei teilzunehmen, hielt er es für angebracht, in diesem Zusammenhang mitzuteilen, daß allen denjenigen, die der Feier des ‚Marsches auf Rom' ferngeblieben sind, ihre Arbeit gekündigt werden würde.

Das war das Zeichen für eine sehr geräuschvolle Protestkundgebung von seiten der Arbeiter gegen die Führer des Verbandes. Es erschallten Rufe ‚Es lebe die Freiheit!' man verlangte mit lauter Stimme, daß die Strafmaßnahmen zurückgezogen werden und daß es jedem Verbandsmitglied erlaubt sei, an politischen Kundgebungen teilzunehmen oder nicht, je nach seiner Überzeugung. Schließlich gingen die Arbeiter unter lautem Schreien und Pfeifen auf die Straße, während die Führer, von neuem durch die Rufe: ‚Es lebe die Freiheit!' unterbrochen, die Auflösung des Verbandes verkündeten.

Diese mutige Auflehnung der Hafenarbeiter bedeutet wohl eine stolze Tat — denn die Tatsache der Messe war nur ein Vorwand, um sich gegen das ganze System aufzulehnen — aber auch ein sehr gefährliches Unternehmen, das eine schwierige Lage schaffen und unvermeidliche Repressalien hervorrufen mußte.

In der Tat beschlossen die faschistischen Führer sofort, den Verband durch individuelle Beitrittsmeldungen neu zu gründen, um unliebsame Elemente auszuschalten. Wer aber nicht mehr im Verband ist, dem wird es auch nicht mehr gelingen, Arbeit zu finden.

Ein ähnliches Ereignis hat in Spezia stattgefunden, wo der Ex-Sozialist Professor Rossi, Sekretär des Bezierksverbandes der Kommunalbeamten, alle Mitglieder des Verbandes schriftlich aufgefordert hatte, an der Feier des „Marsches auf Rom" teilzunehmen. Die Kommunalbeamten erschienen jedoch nicht. Der Faschist Rossi versandte hierauf an die Verbandsmitglieder folgenden Brief: „Ich finde keine Worte für das Verhalten der Kollegen, die der gestrigen Feier ferngeblieben sind. Am ersten Jahrestag des Marsches auf Rom haben die Kommunalbeamten Spezias den Wunsch empfinden müssen, sich um das faschistische Banner zu scharen und an der stolzen Feier teilzunehmen. Die Kollegen, die gestern diesen Wunsch nicht empfanden und dem Befehl des Verbandssekretariats nicht nachgekommen sind, haben sich als unserer Sache unwürdig erwiesen. Ich fordere sie auf, sich ein höheres Bewußtsein ihrer Pflicht anzueignen. Ich teile außerdem mit, daß alle gestern abwesenden Kollegen, die sich nicht genügend entschuldigen können, eine Strafe von fünf Lire zu zahlen haben (die vom Gehalt des kommenden Monates abgezogen werden) und daß in Zukunft in ähnlichen Fällen die strengsten Maßnahmen angewandt werden."

Hingegen sind die Faschisten stets in der Minderheit in den internen Kommissionen (Fabrikkomitees), wenn die Arbeiter die Möglichkeit haben, an den Wahlen teilzunehmen. Wo jedoch die Wahlen unter der Kontrolle und dem damit verbundenen Terror der Faschisten vor sich gehen, dort bleibt die Mehrheit der Arbeiter den Wahlen fern, und mit einem geringen Prozentsatz der Stimmen erhalten die Faschisten die Sitze in der internen Kommission.

Sehr bezeichnend war die Wahl im Lancia-Werk in Turin, die vom Metallarbeiterverband jetzt angefochten wird. „Am 28. Oktober" — so teilt der Verband mit — „begaben sich mehrere den faschistischen Gewerkschaften angehörende Arbeiter des Werkes Lancia zur internen Kommission und forderten diese unter Drohungen auf, zu demissionieren. Die Mitglieder der Kommission, die alle zum Metallarbeiterverband gehörten, folgten dieser Aufforderung, um den regelmäßigen Gang der Arbeit nicht zu stören und um Zusammenstöße zu vermeiden, vor allem aber weil sie überzeugt waren, bei der Neuwahl wiedergewählt zu werden. Am 6. November fragte ein Vertreter des Metallarbeiterverbandes bei der Direktion des Werkes telephonisch an, ob der Tag der Neuwahl bereits festgesetzt sei; er erhielt die Antwort, daß man, im Einverständnis mit den faschistischen Gewerkschaftskorporationen, noch zwei bis drei Wochen damit warten wolle. Am 8. November jedoch verlangten die den faschistischen Gewerkschaften angehörenden Arbeiter von der Direktion, daß die Wahlen für den nächsten Tag angesetzt werden. Die Direktion antwortete, daß das Fabrikreglement dies nicht gestatte (Art. 30: acht Tage vor den Wahlen müssen diese bekanntgegeben und die Liste der Wähler und der Wahlkandidaten ausgelegt werden). Aber die faschistischen Arbeiter erklärten, kein anderes Reglement, als ihren eigenen Willen anerkennen zu wollen. Am Morgen des 9. November wurden einige Mitglieder der alten Kommission von den faschistischen Arbeitern benachrichtigt, daß man sie ‚faschistisch' behandeln würde, wenn sie sich als Kandidaten in die Wahlliste eintragen lassen werden, und am Nachmittag desselben Tages — in offenem Gegensatz zu dem, was das Fabrikreglement vorschreibt und ohne jede Kontrolle — schritt man zur Wahl. Um zu zeigen, wie die Wahlfreiheit geachtet wurde, genügt es, darauf hinzuweisen, daß die Arbeiter an einer doppelten Reihe von Faschisten vorbeischreiten mußten und daß selbst ein Mitglied der alten Kommission — unter Androhung von Schlägen — gezwungen wurde, für die faschistische Liste zu stimmen. Selbstverständlich wurde auf diese Weise die innere Kommission des Lancia-Werkes von Faschisten besetzt."

Die italienischen Arbeiter aber, die in die faschistischen Organisationen hineingezwungen wurden, lassen keine Gelegenheit vorübergehen, um zu zeigen, daß sie ein Abgrund von den Prinzipien und Methoden des Faschismus trennt.

In diesen Widersprüchen liegt eine der stärksten Ursachen für die unvermeidliche Krise des Faschismus in Italien.

Deutschlandhilfe

Die Arbeiterhilfe für Deutschland.

** Es sind erst wenige Wochen vergangen, seit das Exekutivkomite der Internationalen Arbeiterhilfe in Aufrufen an die Arbeiter aller Länder die Hilfsaktiou für die hungernden Arbeiter Deutschlands begann. Heute ist die Aktion soweit vorgeschritten, daß die von der Internationalen Arbeiterhilfe geleistete Hilfe in ihrem Umfang alles weit übertrifft, was von anderen privaten Organisationen geleistet wird. Über 50 Küchen wurden von der Internationalen Arbeiterhilfe in Berlin und in anderen deutschen Städten gegründet, über 15.000 Arbeiter, Arbeiterfrauen und Arbeiterkinder werden durch die Internationale Arbeiterhilfe täglich gespeist. Man hat zwar in der bürgerlichen Presse auch die Tätigkeit der Internationalen Arbeiterhilfe für das hungernde Rußland nicht völlig totschweigen können. Heute aber vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Zeitungen aller Parteirichtungen von dem Hilfswerk, das die Internationale Arbeiterhilfe für Deutschland leistet, Notiz nehmen müssen.

Der Umfang dieser Hilfstätigkeit für die deutschen Arbeiter hat eine Neuorganisation der Internationalen Arbeiterhilfe notwendig gemacht. Besondere Hilfskomitees der Internationalen Arbeiterhilfe wurden in den einzelnen deutschen Städten gegründet, denen die Aufgabe zufällt, an der Organisierung der Sammel- und Hilfstätigkeit mitzuwirken. Diese Komitees umfassen Vertreter nicht nur beider proletarischen Parteien, sondern auch derjenigen bürgerlich-intellektuellen Kreise, die für das spezifisch proletarische Hilfswerk der Internationalen Arbeiterhilfe Verständnis bezeugen und an ihm teilnehmen wollen.

Es ist selbstverständlich, daß die Tätigkeit der Internationalen Arbeiterhilfe sich grundsätzlich von allen philanthropischen Unternehmungen bürgerlicher Art unterscheidet. Ganz klar kommt in der Hilfsaktion zum Ausdruck, daß es sich hier nicht um Almosengeben und Almosennehmen handelt, sondern daß hier Arbeiter Arbeitern helfen, daß hier die Solidarität der Arbeiter aller Länder zu einer realen Tat wird — im Interesse des gegenwärtig am schwersten kämpfenden deutschen Proletariats.

Während noch in manchen Schaufenstern Berlins die berüchtigten Plakate kleben: „An Franzosen und Belgier wird hier nicht verkauft", sieht man in einer Berliner Speisestelle der Internationalen Arbeiterhilfe die Bezeichnung „Speisestelle Frankreich der Internationalen Arbeiterhilfe", sehen täglich 250 Proletarier während ihrer Mahlzeit die Inschrift: „Die französischen Arbeiter helfen den deutschen Brüdern". Und sie verstehen auch, worum es sich handelt, wenn es auch zum Teil politisch indifferente Arbeiter sind, die an der Speisung teilnehmen. Mit großem Enthusiasmus stimmten alle zu, als einer von ihnen vorschlug, durch die Internationale Arbeiterhilfe dem französischen Proletariat folgende Adresse zu übermitteln:

„Die in der Speisestelle Frankreich, in Berlin-Weißensee von der Internationalen Arbeiterhilfe gespeisten Proletarier und Proletarierfrauen sprechen den Arbeitern Frankreichs für ihre Hilfe ihren heißen Dank aus. Sie verstehen diese Hilfe nicht als ein Almosen, sondern als einen Beweis der brüderlichen Solidarität französischer Arbeiter, dazu bestimmt, die Kampfkraft des deutschen Proletariats gegen Kapitalismus und Imperialismus zu erhalten. Sie geloben

den Arbeitern Frankreichs, sich stets dieser Solidarität würdig zu erweisen und reichen ihnen über alle Grenzpfähle und Bajonette hinweg mit Dank die Bruderhand."

Es sind natürlich in erster Linie die kämpfenden Arbeiter, denen die Internationale Arbeiterhilfe zu helfen sucht. So wie sie während des Buchdruckerstreiks in Berlin einen Teil der Berliner streikenden Buchdrucker speiste, eilte sie in Leipzig den ausgesperrten Metallarbeitern zu Hilfe. 6000 Ausgesperrte werden aus den Mitteln der Internationalen Arbeiterhilfe täglich in Leipzig gespeist.

Wie großen Erfolg auch die Propaganda der Internationalen Arbeiterhilfe in allen Ländern bisher gehabt hat, sie muß weit stärker die Unterstützung aller kommunistischen Parteien des Auslandes finden. Es handelt sich nicht darum — man muß es immer wieder betonen — einzelnen notleidenden Arbeitern aus philanthropischen Gründen zu helfen, es handelt sich vielmehr darum, die Kampfkraft der deutschen Arbeiterklasse zu erhalten. Es handelt sich um die Vorbereitung einer größeren Aufgabe: daß die Arbeiter aller Länder durch brüderliche Solidarität verbunden werden, auch für den gemeinsamen Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus.

Aus der Internationale

An die amerikanischen Kommunisten *).

Von G. Sinowjew.

** Das Erscheinen einer englischen kommunistischen Tageszeitung in Amerika ist ein großes Ereignis nicht nur für die amerikanische Arbeiterbewegung, sondern auch für die ganze Kommunistische Internationale. Und besonders, weil dem Erscheinen dieser Zeitung eine ernste und langwierige Arbeit der amerikanischen Kommunisten unter den Massen, die Sammlung von Geldmitteln unter den Arbeitern, eine lange Agitation in den Gewerkschaften usw. vorausging. Die amerikanischen Arbeiter, deren Geist während langer Jahre durch die Gompers und Hilquitt beherrscht wurde, beginnen jetzt zu erwachen und sich um die junge amerikanische Kommunistische Partei zu scharen; die zur Herausgabe einer großen Tageszeitung notwendigen Geldmittel durch Sammlungen unter der Arbeiterschaft aufzubringen, ist keine leichte Arbeit. Die amerikanischen Genossen haben mit zäher Energie und mit Erfolg diese Aufgabe erfüllt. Unsere besten Glückwünsche zu diesem ersten Erfolg.

Wir erinnern uns noch lebhaft daran, wie wir vor zehn bis elf Jahren unter der Führung des Genossen Lenin eine ähnliche Arbeit in Rußland begannen, wie die Vorhut der russischen Arbeiter die zur Herausgabe der ersten bolschewistischen Tageszeitung, der Petersburger „Prawda", erforderlichen Geldmittel kopekenweise zusammenlegte, wie Genosse Lenin seine ganze Seele in dieses Werk legte, wie er persönlich jene Arbeitergruppen zusammenzählte, die auf den Aufruf der Bolschewiki geantwortet und ihr Scherflein zur ersten kommunistischen Tageszeitung beigetragen haben. Es war ein großes Werk, es war eine wirkliche Vorbereitung des Sieges unserer Revolution. Von diesem Gesichtspunkt müssen auch die amerikanischen Arbeiter ihr Werk betrachten.

Die Arbeiterbewegung in Amerika ist verhältnismäßig sehr jung, der amerikanische Kapitalismus ist der stärkste der ganzen Welt.

> „Wir wissen, daß Euere Hilfe, amerikanische Arbeitergenossen, erst später kommen wird, und zwar nicht bald, da die Entwicklung der Revolution in den verschiedenen Ländern in verschiedenen Formen und mit verschiedener Geschwindigkeit vor sich geht (und es ist auch nicht anders möglich)."

So schrieb Genosse Lenin an die amerikanischen Arbeiter in seinem bekannten Briefe vom 20. August 1918. Seitdem sind jedoch fünf Jahre verflossen. Im Jahre 1918 standen die amerikanischen Kommunisten noch vereinzelt in der Arbeiterklasse Amerikas da. Jetzt ist das schon nicht mehr der Fall. Durch angestrengte Arbeit gelang es dem besten Teil der amerikanischen Revolutionäre, unter den breiten Arbeitermassen Amerikas einen ernsten Einfluß für den Kommunismus zu gewinnen. Besonders schwierig waren die ersten Erfolge. Die weiteren Schritte werden zweifelsohne leichter sein.

Es ist ganz natürlich, daß die amerikanischen Kommunisten ihre Tätigkeit vor allem auf die Arbeiterklasse, auf die Arbeitergewerkschaften konzentrieren. Nur von hier aus kann die Arbeit der revolutionären Aufklärung und Zusammenfassung des amerikanischen Proletariats unter der Fahne des Kommunismus begonnen werden. Die Erfolge, die die amerikanischen Kommunisten in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung bisher errungen haben (Zusammenfassung des linken Flügels), dürfen keinesfalls unterschätzt werden. Aber noch wichtiger ist es, daß die amerikanischen Kommunisten unter den Ersten waren, die die Frage der Arbeit unter der Bauernschaft (kleine Farmer) zu stellen und dem Ziele näher zu bringen wußten. Diese Tatsache beweist am besten die große Lebensfähigkeit des amerikanischen Kommunismus.

Ihr dürft darüber nicht hinwegsehen, daß die Tradition des Verhaltens der Sozialdemokratie zur Bauernschaft in einigen Sektionen der Kommunistischen Internationale noch stark nachwirkt. Die Kommunistische Internationale ist im Schoße der II. Internationale geboren. Es ist nichts Verwunderliches daran, daß einzelne kommunistische Parteien den sozialdemokratischen Traditionen noch immer einen reichlichen Tribut zahlen, und zwar besonders in der Bauernfrage. Die sozialdemokratischen Parteien der II. Internationalen waren selbst in ihren besten Zeiten wesentlich nichts anderes, als bloße Zunftparteien, die sich nicht den wirklichen Sturz der kapitalistischen Herrschaft zur Aufgabe gestellt haben, sondern sich nur auf den Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse innerhalb des kapitalistischen Systems beschränkten. Und diese menschewistische Zunfttradition wirkt sich heute vor allem in der Behandlung der Bauernfrage aus.

Vor kurzem hatten wir Gelegenheit, mit einigen hervorragenden Funktionären der kommunistischen Bewegung Rumäniens zu sprechen. Die rumänischen Genossen haben die Mehrheit der Gewerkschaften erobert, und das ist ihnen hoch anzurechnen. Ihr Verdienst muß besonders hoch eingeschätzt werden, wenn wir bedenken, daß sie ihre Arbeit unter einem Hagel von Repressalien seitens der vereinigten Gutsbesitzer, Kapitalisten und gelben Sozialdemokraten leisten mußten. Dutzende rumänischer Kommunisten sind erschossen worden oder werden in rumänischen Kerkern gefoltert, viele erhielten lebenslängliche Zuchthausstrafen. Die Mehrheit der Gewerkschaften unter solchen Verhältnissen zu erobern, ist ein großes Verdienst. Aber bei der Unterredung mit denselben rumänischen Genossen stellte es sich mit voller Klarheit heraus, daß sich unsere Genossen über die Aufgaben der revolutionären Arbeit unter der Bauernschaft noch nicht im klaren sind. Dazu noch in einem solchen Lande wie Rumänien, wo die Mehrzahl der Bevölkerung aus Bauern besteht.

Ähnliches kann auch oft in anderen Parteien beobachtet werden. An die Arbeit unter den Arbeitern in den Gewerkschaften haben wir uns schon gewöhnt, hier fühlen wir uns wie zu Hause. Aber die Arbeit unter der Bauernschaft wird bei uns allzusehr vernachlässigt. Das ist auch in Ländern mit überwiegender Bauernbevölkerung, zum Beispiel in Italien, der Fall. Hauptsächlich dadurch wurden seinerzeit die Fehler der bulgarischen Kommunisten verursacht. Daran versündigte sich auch von Zeit zu Zeit die KP. Deutschlands.

Die unlängst in Moskau abgehaltene erste internationale Bauernkonferenz hat ein viel größeres Echo gefunden, als jeder von uns zu hoffen wagte, besonders in Deutschland (wo die allgemeine Lage am revolutionärsten ist), und wie wir hören, auch in Amerika. Schon heute ist es ganz klar, daß diese erste internationale Bauernkonferenz von großer Bedeutung sein und daß die zu ihrer Einberufung aufgebrachte Arbeit sich hundertfach belohnen wird.

Wer der kommunistischen Partei helfen will, keine Zunftorganisation zu sein, die nur die eng begriffenen „Klassen"-Interessen des Proletariats verteidigt, sondern zur Partei der proletarischen Revolution, des sozialistischen Umsturzes, der Hegemonie des Proletariats zu werden, der muß nach der Schaffung einer Arbeiterpartei seine Aufmerksamkeit auch der Eroberung der Bauernschaft zuwenden.

In dieser Beziehung haben die amerikanischen Kommunisten zum erstenmal neue Wege betreten. Die amerikanischen Kommunisten schufen eine Arbeiter- und Farmerpartei, ohne ihre kommunistische proletarische Partei als selbständige Organisation aufzugeben. Nicht immer und nicht überall ist gerade diese Form die geeignetste. Aber die diesbezügliche amerikanische Erfahrung verdient ernstes Studium und ernste Aufmerk-

*) Auf Wunsch der amerikanischen Genossen schrieb Genosse Sinowjew obenstehenden Artikel für die am 1. Januar 1924 erscheinende erste Nummer der neuen englischen kommunistischen Zeitung in Amerika: „Daily Worker".

Die Redaktion.

samkeit seitens der ganzen internationalen kommunistischen Bewegung.

Die Unterschätzung der Rolle der Bauernschaft ist die größte, die Ursünde des internationalen Menschewismus. Das Wesen des Bolschewismus besteht eben darin, daß ihm die Diktatur des Proletariats zu Fleisch und Blut geworden ist, daß er die Hegemonie des Proletariats in der Revolution zu verwirklichen begann, und er sucht gerade darum einen Verbündeten in der besitzlosen Bauernschaft. (In Amerika den kleinen Farmer, der, wenn wir eine richtige Taktik befolgen, dem Proletariat helfen wird, seine historische Mission zu erfüllen.)

Die wichtigsten Meinungsverschiedenheiten zwischen den russischen Bolschewiki und Menschewiki führten letzten Endes ebenfalls zur Bauernfrage zurück. Die Menschewiki verstanden und verstehen die Rolle der Bauernschaft noch immer nicht. Selbst die sehr „linken" Menschewiki im Jahre 1905, die sich einbildeten, daß sie mehr links stehen als die Bolschewiki, standen der revolutionären Bedeutung der Bauernbewegung vollkommen verständnislos gegenüber und führten in Wirklichkeit eine opportunistische Sprache. Fast alle Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei der russischen Bolschewiki hatten eigentlich denselben Grund: ein (sehr kleiner) Teil der Genossen unterschätzte und unterschätzt die Rolle der Bauernschaft und versteht jene tief revolutionäre und dabei tief realistische Fragestellung über die Bauernschaft nicht, die der Bolschewismus, durch den Genossen Lenin, schon vor zwanzig Jahren diesem Problem gab.

Mögen die amerikanischen Genossen mit einer noch größeren Energie daran arbeiten, um vor allen Dingen das Herz der amerikanischen Proletarier zu gewinnen, die amerikanische Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften aus der tödlichen Umarmung der Gompers und anderer Agenten des Kapitals zu entreißen. Aber die fortschrittlichen amerikanischen Arbeiter mögen gleichzeitig auch bestrebt sein, die kleinen Farmer für die Sache der Arbeiter zu gewinnen. Sobald sich die erste Gelegenheit bieten wird, müssen die amerikanischen Genossen eine besondere kommunistische Massenzeitung herausgeben, die mit einem Leserkreis von mehreren Hunderttausenden von kleinen Farmern rechnet. Ihr habt einer Arbeiter- und Farmerpartei zum Entstehen verholfen; Euere Erfahrungen wird jeder denkende Kommunist in Europa und in der ganzen Welt mit Aufmerksamkeit verfolgen. Jeder Euerer Erfolge erfüllt uns alle mit Stolz.

„Wir wissen, daß die europäische proletarische Revolution vielleicht noch nicht in den nächsten Wochen aufflammen wird, wie schnell sie auch in der letzten Zeit heranreift. Wir setzen unsere Hoffnung auf die Unvermeidlichkeit der Weltrevolution, aber das bedeutet keineswegs, daß wir so dumm sind, unsere Hoffnung darauf zu setzen, daß die Revolution in einer bestimmten kurzen Frist zum Ausbruch gelangt. Wir sahen in unserem Lande zwei große Revolutionen, 1905 und 1917, und wissen, daß Revolutionen weder auf Bestellung noch auf Vereinbarung gemacht werden können. Trotzdem wissen wir es genau, daß wir unbesiegbar sind... unbesiegbar ist ja die proletarische Weltrevolution."

So schrieb Euch Genosse Lenin in dem obenerwähnten Briefe. Ihr werdet, Genossen, mit mir darin zweifelsohne einer Meinung sein, daß diese Worte unseres Lehrers auch heute noch volle Geltung haben.

Resolution des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der KP. Rußlands über den Parteiaufbau.

Gegenwärtig wird in der Russischen Partei, sowohl in den Organisationen als auch in der breiten Öffentlichkeit ein Meinungsstreit über Organisationsfragen der Partei ausgefochten. Die nachfolgenden Thesen wurden in einer gemeinsamen Sitzung des Politischen Büros des ZK. und der zentralen Kontrollkommission der Partei einstimmig angenommen. D. R.

1. Die Partei während der neuen Wirtschaftspolitik.

a) Die neue Wirtschaftspolitik, die dem Wachsen der Produktivkräfte einen starken Anstoß gab, hat sich als eine notwendige Etappe auf dem Wege des langen Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus bewährt. Sie trug zum Aufschwung der gesamten Volkswirtschaft bei, sie förderte die Entwicklung der Bauernwirtschaft, der Staatsindustrie, des staatlichen Handels und des Genossenschaftswesens. Wir sehen eine stufenweise Erhöhung des Arbeitslohnes, die Rückkehr der qualifizierten Proletarier in die Stadt, die Hebung des Kulturniveaus unter den breiten Proletariermassen und insbesondere das Entstehen neuer Kaders einer aus dem Proletariat und aus der Bauernschaft hervorgehenden Intelligenz, dank der systematischen Ausbildung von Arbeitern und Bauern in den höchsten Lehranstalten.

b) Schon der XII. Parteitag, der eine bedeutende Belebung des Wirtschaftslebens des Landes feststellte, wies zugleich auf die Notwendigkeit hin, den Wert jeder Etappe der wirtschaftlichen Entwicklung vom Gesichtspunkte des sozialistischen Aufbaues zu prüfen. Die Diktatur des Proletariats, die sich nicht befestigen und entwickeln hätte können ohne das Wachsen des materiellen Wohlstandes des Landes, hätte sich auch nicht halten können, wenn dieser zunehmende Wohlstand das Übergewicht des Privatkapitals über das Staatskapital mit sich gebracht hätte. Die außerordentlichen Schwierigkeiten, die die Wirtschaft des Landes heute durchmacht, finden vor allen Dingen darin Ausdruck, daß die Erzeugnisse unserer Staatsindustrie keinen genügenden Absatz finden können. Wenn der Absatz während des letzten Jahres auf immer größere und größere Schwierigkeiten stieß, so findet diese Tatsache ihre Erklärung zum großen Teil in dem außerordentlich hohen Produktionsselbstkostenpreis der Waren, in den außerordentlich hohen kaufmännischen Betriebsunkosten und dazu noch in den unzulässigen Methoden der Berechnung der Preiszuschläge für den Verbraucher. Diesen Schwierigkeiten liegt zugrunde: das Mißverhältnis und die mangelhafte Koordinierung zwischen den verschiedenen Elementen der Staatswirtschaft und dem Markte, die unrationelle oder ungenügend rationelle Leitung der Industrie- und Handelsunternehmungen, dann insbesondere der Umstand, daß unsere noch immer bureaukratischen Handels- und Genossenschaftsunternehmungen nicht verstehen, den Weg zum Bauernmarkt auszubauen.

Die zentrale Aufgabe bleibt, wie bisher, der Zusammenschluß der Staatsindustrie mit der Bauernwirtschaft, das heißt in erster Linie die Herstellung eines richtigen Verhältnisses zwischen der Produktion unserer Staatsindustrie einerseits und den Bedürfnissen und dem Umfang unseres hauptsächlich bäuerlichen Marktes andererseits. Aber diese Aufgabe kann nur in dem Maße gelöst werden, in dem die richtige und systematische Koordinierung verschiedener Faktoren und Elemente der Staatswirtschaft gesichert wird.

Aus all dem muß die ganze Partei die Schlußfolgerung ziehen, daß eine weitere wirtschaftliche Belebung, die in der mehr oder weniger nahen Zukunft die jetzige Krise ablösen wird, nur insoweit der Sache des sozialistischen Aufbaues dienen wird, insoferne wir wirklich lernen werden, die Elemente der Staatswirtschaft sowohl in ihrer ständigen Wechselwirkung als auch mit dem Markte in Einklang zu bringen.

Das ist der Grund der außerordentlichen Wichtigkeit der staatlichen Planwirtschaftskommission — des wirtschaftlichen Stabes des sozialistischen Staates — und aller Planwirtschaftsorganisationen in der Provinz. Es muß diesen Institutionen unbedingt jene Stelle gesichert werden, die ihnen die Resolution des XII. Parteitages zugewiesen hat. Die in der letzten Zeit im Interesse der Preisherabsetzung der Fabrikate und des Getreideexports getroffenen Maßnahmen führten bereits zu einer gewissen Belebung des Handelsumsatzes und zur Erhöhung der Getreidepreise. Der Kampf gegen die Hauptursachen der Absatzkrise fordert jedoch von der Partei eine komplizierte und systematische Arbeit an der Durchführung der vom XII. Parteitag beschlossenen Maßregel bezüglich der Konzentration der Industrie, der richtigen Organisierung des Industrie- und Handelsapparates, der Hebung der Landwirtschaft, der Erhöhung ihres technischen Niveaus und ihrer Befähigung zur Konkurrenz auf dem Weltmarkt, eventuell mittels Erhöhung des landwirtschaftlichen Kredits usw. Diese Aufgaben stehen jetzt in ihrer ganzen Größe vor der Partei und fordern unaufschiebbare Lösung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Partei einmütig die wirkliche Lösung dieser Aufgaben in Angriff nehmen wird.

c) Die objektiven Widersprüche in dem gegenwärtigen Stadium der Übergangsperiode, die im gleichzeitigen Bestehen der verschiedensten Wirtschaftsformen, in dem Vorhandensein von Marktverhältnissen und darin ihren Ursprung haben, daß die Staatsbehörden bei der praktischen Arbeit kapitalistische Methoden anzuwenden gezwungen sind und sich dabei auf verschiedene dem Proletariat noch fremd gegenüberstehende ausübende Organe stützen müssen — diese objektiven Widersprüche treten in einer ganzen Reihe von negativen Tendenzen zutage. Der Kampf gegen diese Tendenzen muß auf die Tagesordnung

gesetzt werden. Zu diesen Tendenzen gehören: die materiellen großen Unterschiede der Parteimitglieder bei den verschiedenen Funktionen, die sie bekleiden (die sogenannten „Extravaganzen"), das Wachsen der Beziehungen zu den bürgerlichen Elementen und deren ideologischem Einfluß; die bureaukratische Verengerung des Gesichtskreises, die man von der notwendigen Spezialisierung gut unterscheiden muß, und die dadurch entstandene Vernachlässigung der Beziehungen zwischen den in verschiedenen Arbeitszweigen beschäftigten Kommunisten; die Gefahr des Verlorengehens der Perspektive des sozialistischen Aufbaues und der Weltrevolution; die bereits durch den Parteitag erkannte Gefahr der Entartung eines Teiles der Funktionäre, die bei Ausübung ihres Berufes infolge der NEP. mit den bürgerlichen Kreisen in engste Berührung kommen; die merkliche Bureaukratisierung des Parteiapparates und die daraus entspringende Loslösung der Partei von den Massen.

2. Die Partei und die werktätigen Massen.

Das Vertrauen der proletarischen Massen zu der Partei hat zugenommen. Das kommt bei den Sowjetwahlen, in der Zersetzung der Menschewiki- und SR.-Partei und im Entstehen eines Kaders von parteilosen Arbeitern, die die Partei aktiv unterstützen, zum Ausdruck. Gleichzeitig werden die aktiven kommunistischen Arbeiter, die naturgemäß das Verbindungsglied zwischen der Partei und den parteilosen Massen bilden sollten, fast vollkommen in der administrativen und wirtschaftlichen Arbeit aufgehen und sich dadurch, unvermeidlicherweise, von der Produktion loslösen. Die Hauptaufgabe ist daher die Werbung neuer Parteimitglieder unter den im Betriebe stehenden Arbeitern. Die Aufgabe der Parteiorganisationen besteht darin, gerade dieser Kategorie von Funktionären besondere Aufmerksamkeit zu widmen und alles mögliche zu tun, um sie von der Arbeit in der Produktion nicht zu isolieren, ihnen behilflich zu sein, ihr Kulturniveau zu heben und es ihnen in jeder Weise zu erleichtern, sich an allen Parteiangelegenheiten tatsächlich beteiligen zu können. Die Vergrößerung des proletarischen Kerns der Partei muß während der nächsten Monate eine der wichtigsten Aufgaben aller Parteiorganisationen sein. Organisationen, die bereits in dieser Richtung ihre Tätigkeit entfaltet haben, müssen durch alle industriellen Organe unserer Partei unterstützt werden. Die Partei muß den Zustrom der Industriearbeiter zu den Parteiorganisationen und die Aufnahme der aus der Industriearbeiterschaft hervorgehenden Kandidaten als Parteimitglieder erleichtern. Der Arbeit unter der heranwachsenden proletarischen Jugend muß ebenfalls gesteigerte Aufmerksamkeit zugewendet werden.

Unter der Bauernschaft, wo die proletarischen und halbproletarischen Schichten der landwirtschaftlichen Arbeiter wieder im Anwachsen sind, muß der qualitative Bestand der Dorfzellen in jeder möglichen Weise gebessert, ihre Arbeit in das Geleise der kulturellen und politischen Tätigkeit gelenkt werden; insbesondere muß die Arbeit auf dem Gebiete der Verbreitung von agronomischen Kenntnissen, auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens, der Organisation des landwirtschaftlichen Kredits usw. gesteigert werden. Dabei ist eine allgemeine Unterstützung der Dorfarmut (besonders der Ausbau der Komitees der armen Bauern in der Ukraine) und die Heranziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter sowohl in unsere Parteiorganisation wie auch in den Verband der Land- und Forstarbeiter notwendig.

Unter der Intelligenz ist ein allgemeiner Umschwung zugunsten der Sowjetmacht zu vermerken. Dieser Umschwung ist außer durch die allgemein bekannten Gründe auch durch die Besserung der Lage der Intelligenz bei uns (bei gleichzeitiger Verelendung der Mittelschichten in Deutschland) zu erklären. Besonders wichtig ist der Stimmungsumschwung der Dorflehrerschaft und des agronomischen Personals, die zu Hauptverbindungsgliedern zwischen Stadt und Dorf werden können. Der Stimmungsumschwung breiter Schichten der Intelligenz zugunsten der Sowjetmacht, der eine äußerst positive Erscheinung ist, kann jedoch auch negative Folgen haben, da er die Gefahr der ideologischen Einkreisung der Kommunisten erhöht. Der Kampf um die ideologische Reinheit der Partei gegen kleinbürgerliche Verdunkelungstendenzen und gegen die Tendenzen der „Smena Wech" ist daher gleichfalls eine der aktuellen Aufgaben der Partei.

3. Die Partei und die Arbeiterdemokratie.

Die negativen Erscheinungen der letzten Monate sowohl im Leben der gesamten Arbeiterklasse wie auch innerhalb der Partei führen notwendigerweise zu der Schlußfolgerung, daß sowohl im Interesse des erfolgreichen Kampfes der Partei gegen die Einflüsse der neuen Wirtschaftspolitik wie auch im Interesse der Steigerung ihrer Kampffähigkeit auf allen Arbeitsgebieten ein ernster Wechsel des Parteikurses erforderlich ist, und zwar in der Richtung der wirklichen und systematischen Durchführung der Prinzipien der Arbeiterdemokratie. Von diesem Standpunkte ging die gemeinsame erweiterte Sitzung des Zentralkomitees und der zentralen Kontrollkommission im Oktober aus, als sie folgenden Beschluß faßte:

„Die erweiterte Sitzung des ZK. und der ZKK. billigt vollkommen den durch das Politische Bureau rechtzeitig eingeschlagenen Kurs der innerparteilichen Demokratie und auch die vom Politischen Büro vorgeschlagene Steigerung des Kampfes gegen die „Extravaganzen" (mit dem Wort Extravaganzen wird in der russischen Partei eine für Mitglieder einer revolutionären proletarischen Partei ungeziemende Lebensweise, Anschaffung von Luxusgegenständen usw. bezeichnet. Die Red.) und gegen den zersetzenden Einfluß der neuen Wirtschaftspolitik auf einzelne Elemente der Partei."

Die Arbeiterdemokratie bedeutet das Recht aller Parteimitglieder auf öffentliche Besprechung der wichtigsten Fragen des Parteilebens, die Diskussionsfreiheit über diese Fragen, ferner die Wählbarkeit der führenden Funktionäre und Kollegien von unten hinauf. Keineswegs aber setzt die Arbeiterdemokratie die Freiheit der Fraktionsgruppierungen voraus, die für eine herrschende Partei äußerst gefährlich sind, da sie immer mit der Gefahr der Spaltung oder Zersplitterung der Regierung und des ganzen Staatsapparates drohen.

Es ist selbstverständlich, daß innerhalb einer Partei, die ein freiwilliger Zusammenschluß von Personen auf einer bestimmten ideellen und praktischen Grundlage darstellt, keine Gruppierungen geduldet werden können, deren ideeller Inhalt sich gegen die Partei im ganzen und gegen die Diktatur des Proletariats richtet, wie zum Beispiel die „Rabotschaja Prawda" (Arbeiterwahrheit) und die „Rabotschaja Gruppa" (Arbeitergruppe).

Nur ein ständiges lebhaftes geistiges Leben kann die Partei als die Partei erhalten, die sie vor und während der Revolution war, mit einem ständigen kritischen Studium ihrer Vergangenheit, der Korrigierung ihrer Fehler und der kollektiven Beurteilung der wichtigsten Fragen. Und nur diese Arbeitsmethoden können die Verwandlung der episodenhaften Meinungsverschiedenheiten in Fraktionsgruppierungen mit allen ihren oben erwähnten Folgen wirksam verhüten.

Um Fraktionsgruppierungen vorzubeugen, ist es erforderlich, daß die führenden Parteiorgane für die Stimme der breiten Parteimassen Verständnis haben, nicht jede Kritik als Zeichen des Fraktionsgeistes betrachten, und dadurch die wohlgesinnten und disziplinierten Parteigenossen veranlassen, sich abseits zu halten oder Fraktionen zu bilden.

Die Partei darf keinesfalls als eine Behörde oder Instanz, sie darf aber auch nicht als Diskussionsklub für allerlei Richtungen betrachtet werden. Der X. Parteitag legte die Prinzipien der Arbeiterdemokratie fest, aber derselbe und auch der XI. und XII. Parteitag haben auch verschiedene Beschränkungen für die Anwendung der Prinzipien der Arbeiterdemokratie beschlossen: das Verbot der Fraktionsbildung (vergleiche die Resolution des X. Parteitages „Über die Einheit der Partei" und die entsprechende Resolution des XI. Parteitages); die Parteisäuberung; beschränkte Aufnahme nichtproletarischer Elemente in die Partei; Festsetzung einer gewissen Mitgliedschaftsdauer für die Bekleidung gewisser Kategorien von Parteifunktionen; die Bestätigung der Sekretäre durch die nächsthöhere Parteiinstanz (vergleiche Parteistatuten). Obwohl unter der neuen Wirtschaftspolitik die Beibehaltung gewisser Einschränkungen auch in der Zukunft für notwendig erscheint, ist es zugleich erforderlich, daß die Zweckmäßigkeit einiger dieser Einschränkungen auf Grund der bereits vorhandenen Erfahrungen, besonders in den unteren Organisationen, einer Revision unterzogen wird, so zum Beispiel das Recht der Bestätigung der Sekretäre durch die nächshöhere Instanz. Unter keinen Umständen darf es zugelassen werden, daß das Recht der Bestätigung der Sekretäre in Wirklichkeit auf deren Ernennung hinausläuft.

4. Die nächsten Maßnahmen zur Durchführung der Arbeiterdemokratie.

Im Interesse des Kampfes gegen die falsche Anwendung der Richtlinien der Partei, zum Zwecke der tatsächlichen Durchführung der Arbeiterdemokratie, und damit für die ganze Masse der Mitglieder die Möglichkeit der Ausübung eines systemati-

schen Einflusses auf die Richtung der gesamten Parteipolitik gesichert werde, müssen in erster Linie folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

a) Es ist auf die strenge Durchführung der Wählbarkeit der Funktionäre mit den oben erwähnten Einschränkungen zu achten; unzulässig ist eine Ernennung dieser Personen gegen den Willen der Organisation; besonders aufmerksam muß darauf geachtet werden, daß das Prinzip der Wählbarkeit der Zellensekretäre durchgeführt werde.

b) Alle wesentlichen Fragen der Parteipolitik müssen — insoweit es durch außerordentliche Verhältnisse nicht verhindert wird, den Parteizellen und der gesamten Parteimasse zur Beratung vorgelegt werden; das Netz der Diskussionsklubs der Partei ist zu erweitern; es darf nicht vorkommen, daß man sich in unrichtiger Weise auf die „Parteidisziplin" beruft, wenn es sich den Parteimitgliedern um das Recht und die Pflicht der Beratung der sie interessierenden Fragen und der Beschlußfassung handelt.

c) Es ist unbedingt dafür zu sorgen, daß neue Funktionäre besonders aus Arbeiterschichten herangezogen werden.

d) Mit besonderer Aufmerksamkeit ist darauf zu achten, daß jener Kern von Genossen, der mit der Masse der Parteimitglieder in Berührung steht, sich die richtige parteipolitische Linie zu eigen macht.

e) In der Praxis ist die obligatorische Rechenschaftslegung der Parteiorgane vor der Körperschaft, von der sie gewählt wurden, und vor der breiten Masse der Parteimitglieder durchzuführen.

f) Die Erziehungsarbeit der Partei ist unter der gesamten Parteimitgliedschaft, besonders aber unter der Jugend und den Frauen zu steigern; zu vermeiden ist dabei jede instanzenmäßige Aufmachung.

g) Zu sorgen ist für den Austausch der Erfahrungen der Funktionäre verschiedener Arbeitszweige; sowohl beim ZK. wie auch bei den Provinzial-, Gouvernements- und Bezirkskomitees müssen unbedingt gemeinsame Konferenzen der verantwortlichen Funktionäre aller Arbeitszweige veranstaltet werden.

h) Die Information der Parteimitglieder mittels Presse und durch Reisen der Mitglieder des Zentralkomitees, der zentralen Kontrollkommission, der Provinzial- und Gouvernementskomitees, der Kollegiumsmitglieder, der Volkskommissariate usw. ist weiter auszugestalten.

i) Die Rubriken über das Parteileben in der periodischen Presse müssen mehr ausgenützt werden.

k) Auf dem nächsten Parteitag ist ein Antrag für die halbjährige Einberufung der Gouvernements- und Landesparteikonferenzen einzubringen.

Um die Durchführung aller oben erwähnten Maßnahmen zur Verwirklichung der Arbeiterdemokratie zu gewährleisten, muß von den Worten zur Tat geschritten werden, indem die unteren Parteizellen, die Bezirks-, Rayons- und Gouvernementsparteikonferenzen aufgefordert werden, bei den ordentlichen Wahlen den Parteiapparat von unten herauf systematisch zu erneuern und auf die verantwortlichen Posten solche Funktionäre zu stellen, die die innerparteiliche Demokratie in Wirklichkeit zu sichern fähig sind.

5. Über die Kontrollkommissionen.

a) Es wurde der Partei die wichtigste Aufgabe bereits bei der Verbesserung des Staatsapparates zugewiesen. Diese Arbeit erfordert eine lange Zeit, um wirkliche und merkbare Resultate zu zeigen. Die Hauptbedingung dafür, daß die Kontrollkommissionen und die Arbeiter- und Bauerninspektion an der Verbesserung und Säuberung des Staatsapparates mit Erfolg arbeiten können, ist die Mitwirkung der ganzen Partei und ihrer Organisationen und die Mitheranziehung der arbeitenden Massen zu dieser Arbeit. Eine viel engere Verbindung der Kontrollkommissionen mit den entsprechenden Parteikomitees und ein mehr aktiver Tätigkeitsbericht der Kontrollkommissionen und der Arbeiter- und Bauerninspektion vor der öffentlichen Meinung der Partei und der werktätigen Massen ist notwendig.

b) Die Erfahrung der letzten Monate bewies, daß außer der zentralen Kontrollkommission auch die Kontrollkommissionen der Provinz, die Gouvernements- und Provinzialkontrollkommissionen sich mit den Fragen des Staatsapparates beschäftigen müssen, daß also die Frage der Erweiterung der Funktionen der lokalen Kontrollkommissionen auf die Tagesordnung gesetzt werden muß.

c) Die Heranziehung der Werktätigen zum Studium und zur Arbeit an der Verbesserung des Staatsapparates kann in der Form von entsprechenden, zur Mitarbeit berufenen Zellen in den Betrieben und Staatsbehörden geschehen. Die Bildung dieser Zellen obliegt der Kontrollkommission und der Arbeiter- und Bauerninspektion, mit Hinzuziehung der Gewerkschaften. Die Parteizellen müssen in den Betrieben in enger Verbindung mit diesen Zellen arbeiten.

d) Eine besonders wichtige Aufgabe der Kontrollkommissionen ist gegenwärtig der Kampf gegen die bureaukratischen Auswüchse des Parteiapparates und der Parteipraxis; sie muß alle jene Parteifunktionäre zur Verantwortung ziehen, die die Durchführung des Prinzips der Arbeiterdemokratie in der Praxis der Parteiorganisationen hindern (Beeinträchtigung der Freiheit der Aussprache in den Organisationen, die in den Parteistatuten nicht vorgesehene Einschränkung der Wählbarkeit usw.).

e) Besondere Bedeutung unter den heutigen Verhältnissen kommt dem Kampfe der Kontrollkommissionen gegen die sogenannten „Extravaganzen" im Staatsapparat und bei einzelnen führenden Personen zu. Dem demoralisierenden Einfluß der negativen Seiten der neuen Wirtschaftspolitik auf die Mitglieder unserer Partei und besonders auf die einzelnen verantwortlichen Funktionäre muß die ganze Partei in der energischesten Weise entgegentreten.

f) Die Politik der Anwendung schärfster Parteirepressalien (Ausschluß aus der Partei) muß einer Revision unterzogen werden. Gegenüber den Arbeitern aus den Betrieben muß die größtmöglichste Nachsicht geübt werden, und die schärfsten Maßnahmen (Ausschluß aus der Partei) sollen hier nur in den wirklich notwendigen Fällen in Anwendung gebracht werden, das heißt, wenn die anderen Maßnahmen der parteimäßigen Beeinflussung erschöpft worden sind.

Notwendig ist endlich, daß die früher aus der Partei ausgeschlossenen Mitglieder, besonders wenn sie Industriearbeiter sind, eine wirklich kameradschaftliche Behandlung erfahren, wenn sie um ihre Rückaufnahme in die Partei ersuchen und wenn die Hoffnung besteht, daß sie die ihnen durch die Partei auferlegten Pflichten in richtiger Weise erfüllen werden.

6. Parteiorganisation und Wirtschaftsarbeit.

Ein großer Vorzug ist die Tatsache, daß wir in den Reihen unserer Partei über alle Kategorien von Arbeitern (sowohl in den Betrieben, wie unter den verantwortlichsten Führern der Wirtschaft) verfügen. Alle diese Funktionäre müssen und können bei einer richtigen Auffassung ihrer Aufgabe ihre außerordentlich vielseitige wirtschaftliche Erfahrung im Interesse der wirklich parteimäßigen Führung des Wirtschaftslebens nutzbar machen. Den Wirtschaftsfunktionären muß in ihrem Arbeitskreise genügende Unabhängigkeit gewährt werden, und die Partei muß ihnen vollkommene Unterstützung zukommen lassen. Die systematische parteimäßige Führung darf keineswegs zu Haarspaltereien aus zufälligen und nebensächlichen Anlässen ausarten.

Zu diesem Zwecke ist die Annäherung der kommunistischen Zellen an die Produktion erforderlich; Berichte und Informationen seitens der kommunistischen Wirtschaftsfunktionäre müssen regelmäßig erstattet werden; die Berichte müssen ihrem Wesen nach besprochen werden; notwendig ist die Veranstaltung systematischer gemeinsamer Konferenzen der Vertreter der Parteizellen von Unternehmungen, die eine größere wirtschaftliche Einheit (zum Beispiel Trust) bilden, und die Abhaltung wirtschaftlicher Parteikonferenzen; die Vertreter der Parteizellen müssen über diese Konferenzen in ihren Parteizellen Bericht erstatten. Es ist eine systematischere Berichterstattung über die Erfahrungen der unteren Parteizellen erforderlich.

7. Die Arbeit unter den Massen und die Heranziehung zur praktischen Aufbauarbeit.

Die Heranziehung der Massen zur praktischen Aufbauarbeit muß gerade im Hinblick auf die Gefahr der Loslösung des Staates von den Massen gesteigert werden. Daher muß die Berichterstattungs- und Informationspflicht der verantwortlichen Wirtschaftsfunktionäre auch gegenüber den Massen durchgeführt werden (Delegierten- und öffentliche Arbeiterversammlungen, Betriebskomitees, Konferenzen parteiloser Arbeiter und Bauern usw.).

Besondere Aufmerksamkeit muß auch der Annäherung der Gewerkschaften zur Produktion zugewendet werden. Notwendig ist die Stärkung des Einflusses der Gewerkschaften auf die Auswahl und Heranziehung neuer Leute für wirtschaftliche Posten, auf die Kontrolle der Tätigkeit der Wirtschaftsorgane (besonders

große Bedeutung hat auch die Kontrolle über die rechtzeitige Auszahlung und über die regelrechte Form des Arbeitslohnes usw.). Die Gewerkschaften müssen Industriekonferenzen nach Wirtschaftseinheiten (Trust) mit Beteiligung der Vertreter der Betriebskomitees und der Führer der Unternehmungen einberufen. Die Gewerkschaften müssen über ihre Arbeit in der Gewerkschaftspresse berichten. Die Gewerkschaftspresse muß verbessert und ausgebaut werden.

Die Institution der Arbeiterkorrespondenten muß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ausgebaut werden, es ist dabei jede Instanzenmäßigkeit und Bureaukratisierung zu vermeiden. Der periodischen Presse der Partei und den Räteorganen muß die Verpflichtung auferlegt werden, die seitens der Massen erhobenen Forderungen und Vorschläge mit dem größmöglichsten Feingefühl und Verständnis zu behandeln.

Bei den Sowjetwahlen muß mit der größten Sorgfalt die Heranziehung neuer Leute beachtet werden; außer den Parteigenossen sollen auch tatkräftige parteilose Arbeiter gewählt und zur aktiven Arbeit (in den einzelnen Sektionen der städtischen Sowjets, bei der Beratung der Sektionen und Exekutivkomitees mit Delegationen der Arbeiter und Bauern, in den Zellen für Mitarbeit an der Arbeiter- und Bauerninspektion usw.) herangezogen werden.

Die Praxis der breiten parteilosen Konferenzen muß eine Erweiterung erfahren; die Entwicklung der verschiedenen freiwilligen, selbsttätigen Kultur-, Aufklärungs-, Sport- usw.-Vereinigungen, besonders solcher Vereinigungen, die mit dem Familien- und gesellschaftlichen Alltagsleben der Arbeitermassen in unmittelbarer Verbindung stehen (Gemeinschaftsküchen usw.) ist zu fördern.

Unerläßlich ist die Erweiterung der Praxis der Einberufung von öffentlichen Versammlungen durch die Parteizellen und an Hand dieser öffentlichen Versammlungen die Auswahl eines Kaders aktiver parteiloser Hilfskräfte für unsere Partei.

Die Beschlüsse des 11. Parteitages der Kommunistischen Partei Polens.

** Vor einiger Zeit fand illegal der 11. Parteitag der KPP. statt. Am Parteitage beteiligten sich 49 stimmberechtigte Delegierte, und zwar die Vertreter folgender Bezirke: Warschau (8), Lodz (6), Dombrower Kohlenbecken (7), Oberschlesien (3), Radom-Kieltze (2), Woclawek (1), Ciechanow (1), Siedltze (1), Teschener Schlesien (1), Brest-Litowsk (2), Litauisch-Weißrussische Bezirke (3), Kommunistische Partei Ostgaliziens (4) und 9 Mitglieder des Zentralkommitees. Die Bezirksvertreter von Plotzk, Krakau und Posen konnten zum Parteitag nicht erscheinen. Außerdem beteiligten sich an dem Parteitage eine gewisse Anzahl Delegierter mit beratender Stimme. Ferner wohnten noch die Vertreter des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale und die Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands, Frankreichs, der Tschechoslowakei und Finnlands dem Parteitage bei.

Die Tagesordnung des Parteitages bestand aus folgenden Punkten: 1. Politischer und organisatorischer Bericht des Zentralkommitees. 2. Fünf Jahre der Kommunistischen Internationale. 3. Fünf Jahre der KPP. 4. Die politische Lage und die Parteitaktik. 5. Die Organisationsfragen der Partei. 6. Die Agrarfrage. 7. Die nationale Frage. 8. Die Gewerkschaften. 9. Die Arbeit unter der Jugend. 10. Die Arbeit unter den Frauen. 11. Wahlen des Zentralkommitees.

Der 11. Parteitag der KPP. war ein Ergebnis von gewaltiger Bedeutung für die weitere Tätigkeit der Partei. Er unterzog sämtliche Probleme der polnischen Revolution einer gründlichen Untersuchung, setzte die taktische Linie fest auf Grund genauer Kenntnis der Lage in Polen, in der ganzen Welt, und auf Grund der Erfahrungen sowohl der KPP. selber, wie auch der gesamten Kommunistischen Internationale. Er zeigte den Weg zur Ausnützung der gewaltigen Vorräte an revolutionärer Energie, die in der Arbeiterklasse Polens vorhanden sind, gab Losungen, die aus den Massen der landarmen und landlosen Bauernschaft einen Bundesgenossen der proletarischen Revolution machen sollen, sowie Losungen, die bestimmt sind, große Scharen der arbeitenden Intellektuellen in die Revolution hineinzuziehen. Er unterstützte vorbehaltlos die Freiheitsbestrebungen der Volksmassen derjenigen Nationalitäten, die von dem Polen der Bourgeoisie und der Agrarier unterjocht werden. Er paßte die organisatorischen Richtlinien der Partei den gewaltigen Aufgaben an, die ihrer harren.

Der 11. Parteitag der KPP. tagte am Vorabend großer geschichtlicher Ereignisse, in einer Zeit, wo der Feuerschein der proletarischen Revolution über Deutschland und ganz Mitteleuropa den Himmel zu färben begann.

Schon vor dem 11. Parteitage war die Kommunistische Partei Polens in allen wichtigeren Zentren Polens der Führer und Leiter der arbeitenden Massen in ihrem Kampfe. Der 11. Parteitag konsolidierte, stärkte und vervielfältigte die Kräfte und die Schwungkraft der Partei und erhob sie auf ein höheres Niveau.

Dies werden die Arbeiterklasse, ihre Bundesgenossen, aber auch ihre Feinde in den allernächsten Wochen und Monaten zu fühlen bekommen.

Die Diskussion über sämtliche Punkte der Tagesordnung war sehr lebhaft, es beteiligten sich an ihr fast sämtliche Kongreßteilnehmer. Die Beschlüsse und Resolutionen, die auf Grund der Ergebnisse der Diskussion von den Parteitagsausschüssen ausgearbeitet wurden, wurden dann dem Plenum des Parteitages vorgelegt und entweder einstimmig oder gegen eine unbedeutende Minderheit angenommen. Die Resolution über **„Die politische Lage und die Parteitaktik“**, die von großer internationaler Bedeutung ist, geben wir nachstehend auszugsweise wieder.

Resolution über: „Die politische Lage und die Parteitaktik“.

I.

Der Kampf um die Macht zwischen dem kapitalistischen Lager, an dessen Spitze der nationaldemokratische Generalstab steht, und dem Pilsudski-Block, in dem rings um den Kern der demokratischen Ideologen des Kleinbürgertums sich Bauern, ein Teil der Arbeiterklasse und der arbeitenden Intelligenz sowie verschiedene Gruppen des Bürgertums und des Gutsbesitzes scharen, endete im Mai dieses Jahres mit dem entscheidenden Siege des ersteren Lagers und mit der Bildung einer Regierung, die von der Bourgeoisie als ihre eigene betrachtet wird. Der Block Chjena-Piast, geschaffen unter der Losung der „polnischen Majorität,“ bringt das Bündnis des Großkapitals, des Großgrundbesitzes und des reichen Bauerntums zum Ausdruck; seine Front wendet sich gegen die Arbeiterklasse, gegen die Bauernmassen, gegen die arbeitende Intelligenz und gegen die nationalen Minderheiten.

Pilsudski und sein Lager, die sich als die Vertreter des demokratischen und völkerbefreienden Polens betrachten, erlitten einen völligen Bankrott. Das föderalistische Programm, in der Theorie verkündet, wurde durch die Art seiner praktischen Durchführung unter Pilsudski begraben. Statt den Völkern Freiheit zu bringen, brachte Polen in die annektierten Gebiete nationale Unterdrückung, Strafexpeditionen und Raub des Bauernlandes. Die feierlich vom Sejm angenommene demokratische Verfassung verwandelte sich in einen Fetzen Papier. Zur tatsächlichen, von sämtlichen Regierungen der Sejm-Linken angewandten Verfassung wurde der zaristische, österreichische und deutsche Kodex. Der letzte Zeitabschnitt des Regimes der Sejm-Linken, das Kabinett des Generals Sikorski, zeigte die völlige Unfähigkeit der radikalen Bauernpartei und der kleinbürgerlichen Arbeiterparteien zum Kampf gegen die extreme Reaktion. General Sikorski, der Führer des rein bürgerlichen Flügels des demokratischen Lagers, war bemüht, eine gemeinsame Front mit den Rechten zum Kampfe gegen den Kommunismus zu schaffen. Der nationalistischen Hetze der Nationaldemokraten gegen die nationalen Minderheiten wagte der Block der Linken nicht entgegenzutreten, ja er versuchte noch, die Nationaldemokraten im Nationalismus zu übertrumpfen, wodurch er die Unterstützung dieser Minderheiten verlor. Die „Befreiungs“-Partei und die PPS. wagten nicht, an die Klasseninteressen der Arbeiter- und Bauernmassen zu appellieren, um diese gegen die bürgerlich-faschistische Offensive zu mobilisieren, denn sie befürchteten die Entfesselung von Kämpfen, die sich zu einer revolutionären Massenbewegung entwickeln könnten. Nach der Machtergreifung durch Chjena-Piast vermochten die kleinbürgerlichen Parteien in ihrer Opposition nicht über parlamentarische Deklamationen hinauszugehen, so daß die Bourgeoisie die Möglichkeit erhielt, die Durchführung ihres ökonomischen und politischen Programms auf der ganzen Linie in Angriff zu nehmen.

Außer der Begrabung der Agrarreform — dieses Eckpfeilers des Bundes zwischen der Bourgeoisie und dem reinen Bauerntum — war es der Plan der Sanierung der Staatsfinanzen, der

den Hauptpunkt ihres Programms ausmachte und sofort den ganzen reaktionären Klasseninhalt dieses Programms an den Tag brachte. Denn dieser Plan ging darauf hinaus, der arbeitenden Bevölkerung gewaltige Lasten aufzuerlegen, die staatlichen Unternehmen und Güter in die Hände des Privatkapitals zu übergeben, die Ausgaben für Volksaufklärung, für die kulturellen und gesundheitlichen Bedürfnisse der breitesten Volksschichten möglichst zu verringern, um dafür einen gewaltigen militärischen und polizeilichen Apparat aufrecht erhalten zu können, der die Vorherrschaft der Grundbesitzer und Kapitalisten über die polnische Bevölkerung und über die unterjochten Nationen garantierte. Auf dem Gebiete der Politik bedeutet die Losung: „polnische Führung im polnischen Lande", unterstützt durch die Bildung faschistischer Kampfverbände und durch die Lobhudeleien auf Mussolini nichts anderes, als das Hinarbeiten auf eine Verfassungsänderung zum Zwecke der politischen Entrechtung der nationalen Minderheiten und des arbeitenden Volkes, der Errichtung einer nackten Diktatur des Kapitals in Polen.

Jedoch die wenigen Monate der Regierung des Kabinetts genügten, um die Unausführbarkeit dieses finanz-ökonomischen Programms klar zu zeigen. Der finanzielle Sanierungsplan scheiterte: 1. erwiesen sich die besitzenden Klassen als unfähig, sogar diejenigen materiellen Opfer zu bringen, die der erste Schöpfer dieses Planes, der Minister Grabski, von ihnen forderte; 2. vermochten sie nicht auf dem Wege der gewöhnlichen Steuern aus den arbeitenden Massen die notwendigen Mittel herauszupressen, um ihren Staatsapparat zu erhalten, und sie suchten dies durch das Raubsystem des Notendruckes zu erreichen, wodurch sie jedoch auf die Dauer ihre eigene Wirtschaft desorganisierten. Statt der vorgesehenen Einschränkung der Notenausgabe trat eine außerordentliche Beschleunigung ihres Tempos ein, die von einem schnellen Sturze der Polenmark, von einer immer stärkeren Preiswelle und, was damit verbunden ist, vom Zusammenschrumpfen der realen Steuereinnahmen begleitet wurde, was immer wieder neue Emissionen erforderte.

Solche Vertreter der Bourgeoisie, wie Rose, der Redakteur der „Wirtschaftlichen Revue", erklären selbst, daß der Staat sich ohne eine Herabminderung der militärischen Ausgaben aus eigenen Kräften nicht zu erhalten vermag; andererseits jedoch wissen sie, daß Polen als kapitalistisch-imperialistischer Staat, der fremde Nationen, Millionen von Arbeitern und polnischen Bauern versklavt, ohne einen gewaltigen Apparat der Militär- und Polizeimacht nicht in seinen gegenwärtigen Grenzen erhalten werden kann.

Daher sieht die Regierung nach dem Scheitern ihrer ersten finanziellen Sanierungsversuche die einzige Rettung in der Hilfe des ausländischen Kapitals. Sie plant einen weiteren Generalausverkauf der Reichtümer Polens. Im Osten und Süden werden die Waldbestände durch Raubwirtschaft verwüstet und nach dem Auslande exportiert, während der Bauer kein Bauholz bekommt. Nach der Auslieferung der Naphthafelder an das französische Kapital sucht der Staat auch die oberschlesischen Gruben und Hütten den ausländischen Finanzmagnaten zu verpachten und ist bereit, um eine amerikanische Anleihe von Morgan zu erhalten, dem amerikanischen Milliardär als Pfand das Tabakmonopol und die Zolleinnahmen zu überlassen und seine Finanzen und sogar seine Politik vollkommen und unmittelbar unter die Kontrolle des ausländischen Kapitals zu stellen. Sollten diese Pläne verwirklicht werden, so wird Polen ein zweites Österreich, das heißt, es wird im vollen Sinne des Wortes zu einer Kolonie der ausländischen Banken, in der die Regierung und der Sejm die Vollzieher der Befehle Morgans sein werden.

Aus der heutigen Lage, in der die Bevölkerung durch den fortgesetzten Notendruck ausgeplündert wird, die Preiswelle den realen Wert sämtlicher Arbeitslöhne auf ihre Hälfte herabdrückt, kleinbürgerliche Schichten proletarisiert werden, Hunderte von Menschen vor Hunger Selbstmord begehen und tausende heimatlos umherirren — aus dieser Lage weiß die Bourgeoisie nur einen einzigen Ausweg: die Verwandlung Polens in eine Kolonie des ausländischen Kapitals. Das bedeutet für die arbeitenden Massen eine Stabilisierung der Löhne auf dem Hungerniveau, die Aufhebung des achtstündigen Arbeitstages, das Streikverbot und die Begrabung der sozialen Versicherung, das Ende der industriellen Scheinkonjunktur und die Arbeitslosigkeit, außerordentliche Steuerlasten und die schrankenlose Willkür der Kapitalknechte. Der ausländische Kapitalist wird neben dem Gutsbesitzer zum tatsächlichen Herrn des bürgerlichen Polens werden und seine Repräsentanten werden sein: der Faschist, der Pfaffe, der Offizier, der Spitzel und der Gendarm.

II.

Die bisherige fünfjährige Tätigkeit der Regierung und der Bourgeoisie hat also dazu geführt, daß Polen nun ökonomisch vor der Gefahr steht, eine Kolonie des ausländischen Kapitals zu werden.

Politisch steht Polen an einem wichtigen geschichtlichen Scheidewege, wo sich sein Schicksal als unabhängiger Staat entscheiden wird. Nachdem es seine staatliche Unabhängigkeit wiedererlangt hatte, stützte Polen sein Bestehen auf dieselben Grundsätze der Annexionspolitik und der nationalen Bedrückung, deren Opfer es im Laufe von mehr als hundert Jahren war.

Die offizielle Anerkennung der polnischen Grenzen seitens der imperialistischen Großmächte, die gegen den Willen der von Polen unterjochten Nationen und entgegen dem Grundsatze des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen gegeben wurde, sanktionierte die bisherige Methode des polnischen Nationalismus, spornte die Regierung und die Verwaltung der Randgebiete zu einer noch schamloseren Mißachtung der Rechte und des Willens dieser Nationen an und verlieh der polnischen nationalen Ausrottungspolitik eine noch größere Schwungkraft. So wie sich Deutschland nach dem Kriege 1870/71 zu einem militärischen Staate entwickeln mußte, um sich nach zwei Seiten hin, gegen Rußland und Frankreich, zu sichern, so muß auch das bürgerliche Polen, in ständiger Angst um die geraubten Gebiete, zwischen Rußland und Deutschland immer mehr rüsten: es muß die militärische Reaktion pflegen und nach dem Vorbilde der Hohenzollernschen Monarchie ein militaristischer Staat werden, der sich ständig auf einen Krieg nach zwei Fronten vorbereitet. Diese Politik der Rüstungen und der ständigen Kriegsgefahr, die heute sowohl Polen wie auch das gesamte Nachkriegseuropa bedrückt, wird so lange anhalten, bis das polnische und europäische Proletariat durch seine Revolution den Rivalitäten und den kapitalistischen Gegensätzen ein Ende bereitet und das Fundament für ein freies und unabhängiges Dasein Polens im Bunde der Sozialistischen Republiken Europas legen wird.

Dieser entscheidende Augenblick naht. In Deutschland ertönt das erste Grollen der proletarischen Revolution. Der französische Ruhreinbruch und die Politik der deutschen Bourgeoisie, die einerseits die ganze Last der Okkupation auf die Schultern der Volksmassen abwälzt und anderseits die Kapitulation und die Auslieferung des ganzen Volkes in die Sklaverei vorbereitet, brachten Deutschland in eine derartige Zersetzung, brachten die Arbeiter und das Kleinbürgertum in eine derartige Verzweiflung, daß ständig wachsende Massen sich zum Kampfe gegen die Bourgeoisie erheben und ihre einzige Rettung im Sturze der Kapitalherrschaft erblicken.

Die deutsche Revolution reift. Sie wird jedoch von gewaltigen äußeren und inneren Gefahren bedroht. Es ist wohl möglich, daß Polen gemeinsam mit Frankreich das revolutionäre Deutschland überfallen wird. Das Proletariat der Räterepubliken wird dem Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Arbeiterrevolution nicht passiv zusehen können und wird die Pflicht haben, seine kämpfenden Brüder zu unterstützen.

Im Falle einer konterrevolutionären Intervention muß ein revolutionärer Krieg ausbrechen, ein Krieg auf Leben und Tod, in dem der Bund der Räterepubliken seine ganze Macht auf die Wagschale werfen muß, denn sein Kampf für den Sieg der deutschen Revolution wird gleichzeitig ein Kampf sein für seine eigene Existenz und für die Zukunft des internationalen Proletariats.

Das Polen der Bourgeoisie und der Junker, das seine Existenz auf die Bedrückung der Weißrussen, der Ukrainer, der Deutschen und anderen nationalen Minderheiten stützt und dadurch zum Horte des Militarismus und der Reaktion wurde, hat gleichzeitig sein Dasein mit dem Schicksal der Konterrevolution verknüpft. Jedoch der konterrevolutionäre Sieg, die Erdrückung der deutschen und russischen Revolution bedeutet die Überschwemmung Europas mit Arbeiterblut, Wiederaufrichtung des Rußland Nikolai Nikolajewitsch' und des Deutschland der Junker. Das bürgerliche Regime in Polen bedeutet eine tödliche Gefahr für die Unabhängigkeit Polens. Eine dauerndestaatliche Unabhängigkeit kann dem polnischen Volke nur durch den Sieg der polnischen Revolution gesichert werden.

In diesem historischen Augenblick muß das revolutionäre polnische Proletariat auf die Arena der geschichtilchen Ereignisse treten, nicht nur als Verfechter seiner eigenen Klasseninteressen, sondern auch als Führer und Vorkämpfer der In-

teressen der gesamten Nation. Das revolutionäre Proletariat Polens muß das Los des bedrohten Polen in seine Hände nehmen und die Vorherrschaft der Grundbesitzer und Kapitalisten stürzen. Es kann dies jedoch nur dann erreichen, wenn es verstehen wird, sich mit den polnischen Bauern, die um ihr Land kämpfen, und mit den weißrussischen und ukrainischen Bauern, die für die Befreiung aus dem Joche der polnischen Herren und für die Vereinigung mit der arbeitenden Bevölkerung der Räte-Ukraine und des Räte-Weißrußland kämpfen, auf Leben und Tod zu verbünden, wenn es ein brüderliches Bündnis mit den von der polnischen Bourgeoisie unterjochten Nationen eingehen, wenn es sich an die Spitze ihres Kampfes um das Land und um die nationale Befreiung stellen wird, um die Macht den Händen der Kapitalisten und der Junker zu entreißen, um das Polen der Arbeiter und Bauern zu erkämpfen und um seine Freiheit und Unabhängigkeit auf dem brüderlichen Bündnis mit sämtlichen angrenzenden freien Nationen zu stützen.

III.

Die beispiellose Schinderei und Bedrückung der arbeitenden Schichten in Polen seitens der bürgerlichen Regierung, die zur völligen Versklavung Polens durch das fremde Kapital führt, die Begrabung der Agrarreform, die nach vier Jahren betrügerischer Versprechungen den Millionenmassen der Bauernschaft die Hoffnung nimmt, den Grund und Boden auf friedlichem Wege zu erlangen, die Vergewaltigung und Plünderung der unterjochten Nationen nach den bewährten Mustern des zaristischen und des Bismarckschen Systems — dies sind die drei mächtigen Vulkane, die in Polen einen Zustand der ständigen Gärung schaffen und die früher oder später in Form der Arbeiter- und Bauernrevolution zum Ausbruch kommen werden.

Der Sieg der Revolution in Polen wird unter diesen Verhältnissen zehnfach leichter.

Jedoch nicht nur die Zukunft und das Schicksal der polnischen Proletarier und Bauern, nicht nur die Erhaltung der polnischen Unabhängigkeit hängt von diesem Siege ab. Davon, ob Polen die deutsche Revolution bekämpfen oder unterstützen wird, hängt in hohem Maße das Schicksal dieser Revolution ab. Der Sieg oder die Niederlage der deutschen Revolution ist eng mit der Stellung und mit der Kraft des polnischen Proletariats verknüpft — diese Revolution ist aber nicht nur eine deutsche Angelegenheit. Ihr Sieg wird der Sieg der proletarischen Revolution in ganz Europa und ein schnelles Vordringen der europäischen wirtschaftlichen Gemeinschaft zum Sozialismus bedeuten. Ihre Niederlage würde ein Zurückwerfen der Arbeiterklasse in Europa auf viele Jahre hin, würde die Befestigung der Vorherrschaft der schlimmsten kapitalistischen und militaristischen Reaktion in Europa bedeuten.

Von der Arbeiterklasse Polens, die auf einmal durch geschichtliche Fügung in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der ganzen proletarischen Welt rückt, kann unter Umständen das Schicksal des europäischen Proletariats abhängen. Nicht nur die Ehre des polnischen Proletariats, das im Laufe vieler Jahre der zaristischen Gewaltherrschaft immer in der ersten Reihe der kämpfenden revolutionären Armee schritt, sondern auch das unmittelbarste und wesentlichste Eigeninteresse jedes Arbeiters, jedes Bauers und des gesamten Polen erfordert, daß es in diesem geschichtlichen Augenblicke seine sämtlichen Kräfte in die Wagschale wirft, zum Siege der Revolution in Polen und zur Abwehr der Anschläge der polnischen Bourgeoisie auf die deutsche Revolution.

IV.

Der Generalangriff auf die Festung des Kapitals an der gesamten Front kann sich ergeben nur aus Hunderten von Teilkämpfen und Teilaktionen auf sämtlichen Abschnitten des Klassenkampfes, aus dem Kampfe immer neuer und immer breiterer Arbeiter- und Bauernmassen gegen jede Einzelerscheinung der Kapitalisten- und Junkeroffensive und der nationalen Unterdrückung.

Es ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei, unaufhörlich und unermüdlich, unter Anknüpfung an die Tagesinteressen und Erfahrungen der Massen, diese Kämpfe zu organisieren.

Die erste Voraussetzung des Sieges besteht darin, die Arbeitermassen den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Einflüssen zu entreißen und sie im Prozesse des Kampfes in einem proletarischen Lager zu sammeln.

Diesem Ziele dient vor allem der Kampf um die proletarische Einheitsfront.

Noch nie hatten die Arbeiter die Einheitsfront so dringend nötig, wie gerade heute. Je mehr die Reaktion sich konsolidiert und organisiert, je frecher die Faschisten auftreten, je größer die Gefahr, daß die polnischen Volksmassen in den Wirbel des Völkermordens im Dienste der Konterrevolution geworfen werden könnten, umsomehr wird die Kampfeinheit zur einzigen Rettung und zum einzigen Schutz des Proletariats.

Nachdrücklicher als je muß die Partei zur Schaffung dieser Einheit aufrufen. Die Losung der Einheitsfront darf keinen Augenblick von der Tagesordnung des Parteilebens, des Lebens in den Betrieben und in sämtlichen proletarischen Zentren verschwinden. Die Partei muß den Massen den organisatorischen Weg zur Verwirklichung dieser Losung weisen durch die Bildung der allgemeinen Arbeiterausschüsse, die sämtliche Arbeiteraktionen gegen die Offensive des Kapitals und des Faschismus führen müssen.

Die kapitalistische Offensive geht in der ganzen Welt zum Generalangriff auf die wichtigsten proletarischen Errungenschaften der Nachkriegszeit über und versucht, den Achtstundentag abzuschaffen. Um diese Errungenschaft zu verteidigen, muß das Proletariat alle seine Kräfte einsetzen.

Jedoch ist der Achtstundentag nur ein leeres Wort, solange der Arbeiter den Hungerlohn bekommt, der ihn dazu zwingt, Rettung in freiwilliger Überstundenarbeit zu suchen. Angesichts des ständigen Sinkens des Geldwertes, der die auch so schon niedrigen Arbeitslöhne in Bettlerlöhne verwandelt, wird die Verteidigung des Reallohnes zum wichtigsten und gemeinverständlichsten Postulat der Arbeiterklasse. Es muß ein System der Berechnung und Auszahlung der Löhne gefordert werden, das den Arbeiter vor den Verlusten durch die Geldentwertung schützt, also erstens eine wöchentliche Lohnfestsetzung, die die Steigerung der Teuerung berücksichtigt, und dann die Erhöhung der Lohnsätze wenigstens bis zum Vorkriegsniveau.

Zum Schutze vor dem Lebensmittelwucher und vor der Teuerung muß gefordert werden, daß ein Kontingent an landwirtschaftlichen Produkten vom Großgrundbesitz erhoben und zum Selbstkostenpreise den Städten und Abeitergenossenschaften unter Kontrolle der Arbeiterorganisationen übergeben werde.

Zum Schutze der Opfer der kapitalistischen Wirtschaft und des Krieges müssen die Arbeiter vom Staate die ausreichende Versicherung der Arbeitslosen, der Kriegsbeschädigten und der Arbeitsunfähigen fordern.

Im Kampfe gegen den Wohnungswucher, der den Arbeiter obdachlos macht und ihn in feuchte Kellerräume und Dachstuben vertreibt, muß die Aufrechterhaltung des Mieterschutzgesetzes, die Sicherung der Arbeiterwohnungen durch den Staat und die Gemeinden, sowohl durch den Bau neuer Häuser wie auch durch die Ausquartierung der Schieber und Parasiten und die Beschlagnahme eines Teiles der bürgerlichen Wohnungen gefordert werden. Zum Kampfe gegen die Offensive des Großgrundbesitzes müssen wir das Koalitions- und Streikrecht der Landarbeiter verteidigen, müssen wir um die Einführung des Achtstundentages, um die Ausdehnung der Arbeiterversicherung auch auf die Landarbeiter, um die Anerkennung der Gutsbetriebsräte und um Aufhebung der Zwangsräumungen kämpfen.

Jedoch kann der Kampf der Arbeiter nicht erfolgreich sein, solange den Arbeitern ihre Waffe — die uneingeschränkte Streik-, Wort-, Vereins-, Presse-, Versammlungsfreiheit — aus der Hand gerissen wird und solange Hunderte von proletarischen Kämpfern in Kerkern schmachten.

Die gesamte Arbeiterklasse muß für diese elementarsten demokratischen Rechte, für die Aufhebung der politischen Strafparagraphen aus des Zaren und des Kaisers Zeiten, für die Freilassung sämtlicher politischen Gefangenen kämpfen.

Die Arbeiterklasse darf es nicht zulassen, daß die sogenannte Sanierung der Finanzen auf Kosten der arbeitenden Massen, auf Kosten der Versklavung Polens geschieht. Um dem Abwälzen der ganzen Last der Staatsausgaben auf die Schultern der Volksmassen ein Ende zu machen, muß der Staat einen bedeutenden Teil der kapitalistischen Vermögen beschlagnahmen, muß er die Lohn- und Gehaltssteuern aufheben.

Dies kann auf dem Wege der Einführung der proletarischen Produktionskontrolle durch Betriebsräte durchgeführt werden, die das Zurückhalten der Waren seitens der Kapitalisten, die Betriebsstillegungen und Arbeiteraussperrungen verhindern müssen.

Es muß eine breite Agitation gegen die Spaltung der Gewerkschaften, gegen die Ausschlüsse einzelner Mitglieder wegen ihrer abweichenden politischen Gesinnung geführt werden; es muß für die Arbeiterdemokratie in den Gewerkschaften gekämpft werden, das heißt gegen die Ernennungen von gewerkschaftlichen Kongreßteilnehmern und für direkte Wahlen zu Kongressen und Konferenzen.

Im Kampfe gegen den Faschismus genügen Proteste und Demonstrationen nicht. Man muß agitieren für die Bildung von proletarischen Hundertschaften ohne Unterschied der Partei in allen Arbeiterzentren und in den Gewerkschaften, zwecks Selbstverteidigung vor faschistischen Banden.

Die Schaffung dieser Hundertschaften muß überall dort in Angriff genommen werden, wo die Massen durch eigene Erfahrung zum Bewußtsein ihrer Notwendigkeit gelangen, oder aber im Augenblicke großer Massenbewegungen der Arbeiterklasse.

V.

In seinem Kampfe gegen die Bourgeoisie um die Macht, das heißt um die Führung der Nation, kann das Proletariat nicht siegen, wenn es nicht sämtliche Schichten, die zwar von der Bourgeoisie ausgebeutet werden, jedoch bis jetzt noch unter ihrem Kommando und ihrem geistigen Einflusse stehen, mit sich reißt. Der Kampf um die Macht zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie ist in Polen ein Kampf darum, welche dieser beiden Klassen die Bauernschaft und die Massen der arbeitenden Intelligenz hinter sich haben wird.

Erklärung der Kommunistischen Partei Bulgariens.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Bulgariens (engherzige Sozialisten) erklärt, daß die Haltung, die der als Kommunist gewählte Abgeordnete Dr. Nikola Sakaroff in seiner Rede in der Parlamentssitzung vom 24. Dezember gelegentlich der Debatte über die Antwort auf die Thronrede eingenommen hat, mit der Stellungnahme der Kommunistischen Partei zu den berührten Fragen nichts gemein hat, sondern im Gegenteil, zu dieser im vollen Widerspruch steht.

Die Kommunistische Partei Bulgariens verbleibt weiter eine Sektion der Kommunistischen Internationale. Ihr Vertreter in der Internationale ist auch heute noch Genosse Wassil Kolaroff. Die Genossen Wassil Kolaroff und Georgi Dimitroff waren während der Septemberaufstände nicht auf eigene Faust, sondern als Mitglieder des Zentralkomitees und in seinem Namen, in vollem Einklang mit der Taktik der Partei, tätig. Die Kommunistische Partei leugnet nicht ihre Teilnahme an dem Septemberaufstande. Die Volksmassen waren provoziert und gezwungen worden, um ihrer Selbstverteidigung willen zu den Waffen zu greifen. Die Kommunistische Partei griff ein und stellte sich an die Spitze der Bewegung, um sie, so weit dies bei ihrem elementaren Charakter getan werden konnte, zu organisieren und ihr ein klares und richtiges Ziel zu geben: Sturz der bürgerlichen Staatsstreichregierung und Schaffung einer Arbeiter- und Bauernregierung. Die gesamte Verantwortung für die Provozierung des Aufstandes und für die darauf folgenden blutigen und barbarischen Untaten schreibt die Partei zur Gänze der Regierung zu.

Durch seine Rede gegen die Partei hat sich Dr. Nikola Sakaroff selbst außerhalb der Reihen der Kommunistischen Partei gestellt. Durch sein Verhalten hat er Verrat an der Partei und an den werktätigen Massen verübt. Daher schließt ihn das Zentralkomitee aus der Partei aus und fordert ihn auf, sein Abgeordnetenmandat, das ihm von den Wählern des Kreises Sistoff als Kandidaten der Partei anvertraut worden ist, niederzulegen.

Das Zentralkomitee erklärt, daß jeder Abgeordnete, der im Parlamente die Stellungnahme des Dr. Sakaroff oder andere parteiwidrige Anschauungen vertreten sollte, als aus der Kommunistischen Partei ausgetreten betrachtet werden wird.

Das Zentralkomitee der KPB.
(engherzige Sozialisten).

Faschismus

Der Faschismus in den Vereinigten Staaten

Von Earl R. Browder (Chicago).

** Gewaltanwendung gegen die Arbeiterbewegung ist nichts Neues in den Vereinigten Staaten. Seit den ersten Anfängen der Gewerkschaftsbewegung sind außergesetzliche bewaffnete Kräfte von den Unternehmern dazu verwendet worden, die wachsende Macht der Arbeiter zu bekämpfen. „Homestead", „Pullman", „Ludlow" „Mc Kees Rocks", „Lawrence", „Mesaba Range", „Der Stahlstreik", „Herrin" sind nur besonders hervortretende Ereignisse einer andauernden und unnachgiebigen Kriegführung. Der Name Pinkerton, des Organisators von Streikbrecherarmeen, ist schon seit Jahren eine internationale Bezeichnung für Gewaltanwendung gegen Arbeiter geworden. Diese Tradition ist von einem Dutzend würdiger Nachfolger fortgeführt worden, wie Thiel, Burns und anderen. Der Boden Amerikas ist durch Generationen hindurch mit der Vorbereitung der faschistischen Bewegung fruchtbar gemacht worden, die im geschichtlichen Zeitalter des Zusammenbruches des kapitalistischen Systems, den außergesetzlichen Kampf, der gegen die Arbeiterklasse gerichteten Kräfte, zu einer Massenbewegung ausbauen will.

Der Faschismus hat sich im amerikanischen Klassenkampf bisher noch nicht als eine gesonderte Einrichtung bemerkbar gemacht, da es trotz des erbitterten Klassenkampfes noch nicht zu einer weitausholenden und grundlegenden Krise des kapitalistischen Systems gekommen ist und der amerikanische Kapitalismus noch stark, jung und mit seinen Produktivkräften im Wachsen begriffen ist. Die Arbeiterbewegung im allgemeinen ist aber noch völlig von einer Bureaukratie ohne die geringste Spur von Klassenbewußtsein beherrscht, die Ideologie der Gewerkschaftsbewegung ist durchaus mit bürgerlichem Einfluß durchsetzt und stellt auch nicht die geringste Bedrohung des Kapitalismus dar. Die objektive Stärke des Kapitalismus, zusammen mit der subjektiven Schwäche der Arbeiterbewegung, macht noch eine derartige Krise unmöglich, die eine wohlorganisierte und streitbare faschistische Bewegung, vergleichbar den klassischen Banden Mussolinis, hervorbringen würde.

Dennoch ist die Gefahr des Faschismus vorhanden und unter dem Einflusse von Mussolinis Erfolgen im Wachsen. Zweigstellen von Mussolinis eigener Partei werden unter der eingewanderten italienischen Bevölkerung gebildet. Der Ku-Kux-Klan blüht besonders im Süden und mittleren Westen und reicht von seinen Hochburgen, den rückständigen Agrargebieten, bis in die Kreise des Mittelstandes in den Städten. Die amerikanische Legion, ehemalige Soldaten unter der Führung bürgerlicher ehemaliger Offiziere, ist gleichfalls ein mächtiger Vertreter faschistischer Ideologie, trotzdem ihre Entwicklung in dieser Richtung etwas aufgehalten wurde. Die „Minute Men of the Constitution" (ständige Bereitschaft für die Verfassung), die neueste Erscheinung auf dem Gebiete der aufblühenden faschistischen Organisationen, verspricht eine streitbare arbeiterfeindliche Bande auserlesener Mitglieder der Bourgeoisie zu werden. Der Faschismus paßt sich den nationalen und örtlichen Eigenarten entsprechend an und stellt in Aussicht, daß die Arbeiterbewegung herausgefordert wird, ehe noch revolutionäre Vorgänge das Gesellschaftsleben in Amerika erschüttert haben. Die Gegenrevolution in diesem Lande organisiert ihre Kräfte in weitem Vorsprunge vor der Revolution.

Die amerikanischen Arbeiter haben noch keine klare Vorstellung davon, was der Faschismus für die Arbeiterbewegung bedeutet; die kapitalistische Klasse aber hat mühelos den Faschismus als ihren Bundesgenossen erkannt. Richter Gary vom Stahltrust besuchte in diesem Jahre Mussolini und verherrlichte nach seiner Rückkehr ihn und sein Werk. Die Arbeiterbewegung verhält sich mehr zögernd. Gegen die unmittelbaren Zweigstellen von Mussolinis Partei war sie gezwungen, Stellung zu nehmen. Dank der eifrigen Gegenaktion der Gewerkschaften mit starker italienischer Mitgliedschaft, besonders im Kleidungsgewerbe in der Stadt New York, wurde der Antifaschistenbund geschaffen, größtenteils auf Drängen und unter Führung der Kommunisten. Der Antifaschistenbund hat durch seine Propaganda die Faschistenpartei neutralisiert und die amerikanische Arbeiterbewegung wachsam gegen den Faschismus gemacht. Doch bedeutete dies nicht Aktion gegen die Faschistenbewegung amerikanischer Herkunft und amerikanischer Marke.

Welche Verwirrung in den Köpfen der Arbeiter herrscht, zeigte der Kongreß der A. F. of L. in Portland, wo, ohne daß weitere Kreise von Arbeitern den Widerspruch erkannt hätten, der Faschismus an einem Tage in aller Form verurteilt wurde, während am nächsten Tage der Kommandant der amerikanischen Legion eine lange Ansprache hielt, die mit Beifall aufgenommen wurde, und der Kongreß ein förmliches Bündnis mit der Legion guthieß. Auf dem Kongreß der Federation of Labour von Illinois in Decatur im September 1923 stellte deren Vorsitzender, John H. Walker, in seinem Berichte die faschistische Bewegung als eine bloße Erweiterung des wohlbekannten Feldzuges der Kapitalisten für „open shop" (Zulassung Unorganisierter in die Betriebe) hin und forderte zugleich zur Bildung von Stützpunkten der amerikanischen Legion in den Gewerkschaften auf.

Die amerikanische Legion besteht aus ehemaligen Soldaten und wird von ehemaligen Offizieren des amerikanischen Expeditionskorps in Frankreich geleitet. Sie entwickelt sich immer mehr in faschistischer Richtung, hat in zahllosen Städten Streikbruch und Gewalttaten gegen die Arbeiterbewegung verübt und sich bei den Arbeitern verhaßt gemacht. Sie hat Mussolini eingeladen, auf ihrem Kongresse in San Francisco im Oktober 1923 ihr Gast zu sein. Den Gewerkschaften gegenüber hat sie aber frühzeitig ihre Haltung geändert und ihre Politik auf die „Aushöhlung von innen" eingestellt, wobei sie trotz der Behinderung durch den Haß der einfachen Gewerkschaftsmitglieder den Erfolg erzielte, daß der Kongreß der A. F. of L. in Cincinati im Juni 1922 ein offenes Bündnis zwischen der Legion und der Gompers-Bureaukratie schloß. Jetzt, ein Jahr darauf, hat die Legion bereits feste Stützpunkte in den Gewerkschaften dank der Mithilfe der Gewerkschaftsbureaukraten, unter denen sich ohne Zweifel, wie in Italien, künftige Führer der Faschistenpartei heranbilden.

Die „Minute Men of the Constitution" wurden erst im Jahre 1923 organisiert und werden vom Brigadegeneral Charles G. Dawes, dem „Hölle und Maria"-Dawes, geführt, der neben seiner militärischen Würde ein ehemaliger Budgetexperte in der Verwaltung von Harding und ein Bankier ist, der mit der Central Trust Company in Chicago in Verbindung steht. Die Minute Men sind eine auserlesene Gesellschaft im Gegensatze zur Legion, die, wenngleich von bürgerlichen Elementen geführt, doch mehr Massencharakter hat und daher in ihrer Entwicklung zu einer völlig faschistischen Organisation behindert wurde. Um ihre Massengefolgschaft zu erhalten, war sie gezwungen, einen Kampf um die „Soldatenprämie" vorzutäuschen, woraus aber die klassenbewußte Bourgeoisie die Schranken faschistischer Ausnützung dieser Organisation ersah und daher zur Bildung der Organisation der Minute Men als Sturmtruppen der Gegenrevolution schritt.

In vieler Beziehung von ganz anderer Art ist der Ku-Kux-Klan, die am reinsten einheimische Organisation von 100%igen Amerikanern. Er hat seinen Ursprung und seine Hochburgen in den Agrargebieten, wo er hunderttausende Mitglieder gewann, und wirbt jetzt unter den Handelsangestellten, kleinen Beamten, städtischen Angestellten und anderen Mittelstandselementen besonders in den mittleren Weststaaten, hat aber auch Erfolge bei vereinzelten Gemeinschaften von Arbeitern wie bei Kohlenbergleuten. Er ist nicht nur theatralisch aufgemacht, sondern sehr streitbar und von wachsendem politischen Einflusse. Im Staate Oklahama, der vorwiegend agrarisch ist, aber auch eine große, neu entwickelte Petroleumindustrie und 70.000 Quadratmeilen Grundfläche (mehr als sechsmal soviel wie Belgien) umfaßt, sind Streitigkeiten zwischen dem Klan und dem Gouverneur Walton so weit gediehen, daß der Gouverneur auf mehrere Wochen Ausnahmszustand erklären und mehrere Zehntausende von Soldaten mobilisieren mußte. Im Staate Oregon soll der Klan hinter einer Bewegung zur Abberufung des Gouverneurs stehen, die eine ähnliche Entwicklung zu nehmen verspricht. In vielen Staaten, besonders im mittleren Westen und Süden, wird der Klan zu einem bestimmenden Faktor im politischen und gesellschaftlichen Leben. Der K. K. K. ist eine eigenartige Mischung von Überlieferung, Mummenschanz, Rassenhaß, Provinzialismus und Fanatikertum, erhalten und weitergetrieben durch die ungelösten wirtschaftlichen Fragen breiter Massen und geschickt organisiert, um den verschiedensten privaten und Gruppeninteressen zu dienen. Zur Überlieferung aus der Zeit nach dem Bürgerkriege, als der Klan als eine Waffe zur Niederhaltung der kurz vorher aus der Sklaverei befreiten Neger entstand und aus der er Namen, Ritual, Trachten, Flammenkreuz usw. ableitet, ist nun noch eine wilde antisemitische, antikatholische, „fremden"feindliche, 100%ige amerikanische Propaganda dazu getreten, durchwebt von einem streitbaren, wenn auch nicht genau bestimmten antikommunistischen Geist, der in der Praxis direkt gewerkschaftsfeindlich wirkt.

Trotzdem der K. K. K. dem Namen nach eine zentralisierte Organisation ist, ist er tatsächlich nicht einheitlich und vielfach zersplittert, in einer Gegend scharf für die Prohibition und in der anderen ebenso gewaltsam gegen diese, in einem Gebiete für die Kleinbauern und Kleinpächter, in einem anderen gewalttätig gegen Pächter und Landarbeiter, überall aber von der üblichen faschistischen Gewaltsamkeit, die jedoch im Gegensatz zu der kühnen und offenen Gewalt, deren sich die Faschisten Italiens rühmen, unter der weißen Tracht und Kapuze heimlich ausgeübt wird.

Trotz vieler örtlicher Gegensätze und mancher Widersprüche — die Gompers-Bureaukraten sind für die amerikanische Legion, aber gegen die Faschisten und den K. K. K., viele Abteilungen der Legion sind öffentlich gegen den Klan, Sektionen der Arbeiterbewegungen sind gegen die Legion — zeigt sich doch ein einheitlicher faschistischer Geist. Die Gewerkschaftsbureaukratie spielt bei der Entwicklung des Faschismus eine immer wichtigere Rolle. Auf dem Kongresse der A. F. of Labour in Portland im Oktober 1923 wurde das grundlegende Programm des Gompers-Apparats von Major George L. Berry, Vorsitzendem des Verbandes der Zeitungsleute und hervorragendem Mitglied der amerikanischen Legion, wie folgt, bekanntgegeben:

„Wir von der A. F. of L. treten für vier Hauptgrundsätze ein, die die Industrie beherrschen sollen. Diese sind: Privateigentum, entsprechendes Eigentum für Investitionen, entsprechendes Einkommen der Industrie für Abnützung, und daß alle Arbeiter einschließlich der Betriebsleiter anständig entschädigt werden für das, was sie in die Industrie hineinstecken."

Diese Kundgebung hat begeisterte Zustimmung der Unternehmer und die Billigung arbeiterfeindlicher Organe, wie „Chicago Tribune" und „Journal of Commerce", gefunden. Die Beamten des Vereinigten Verbandes der Bergarbeiter sagten am Schlusse einer Artikelreihe gegen die „rote Gefahr": „Es ist eine Lage, die nicht nur die organisierten Arbeiter, sondern ebenso auch jeden Unternehmer herausfordert. Dies ist eine Gelegenheit, wo der Arbeiter und der Unternehmer einander sehr gut die Hände reichen und zusammen kämpfen können statt gegeneinander." Viele Handlungen sind in diesem Geiste schon unternommen. Berry hatte knapp vor dem Kongreß von Portland einen Streik der einfachen Mitglieder seiner Gewerkschaft in New York gewaltsam gebrochen, der Kongreß schloß Wm. F. Dunne, einen kommunistischen Delegierten, aus, die Beamten der Bergarbeiter haben mit der „British Empire Steel Corporation" zusammen den Streik in Nova Scotia gebrochen; dieselbe Bande hat die heldenhaften Bergarbeiter von Herrin (Illinois) wegen ihres Widerstandes gegen die bewaffneten Kräfte während des großen Streiks im Jahre 1922 denunziert und vorgeschlagen, der Regierung bei deren Bestrafung behilflich zu sein, obgleich die Angeklagten schon von den kapitalistischen Gerichten freigesprochen waren. Die „sozialistischen" Verbände schließen sich dem großen Feldzuge an, und der von der SP. geleitete Internationale Damenkleiderverband folgt am stärksten den Spuren von Gompers; die Kommunisten werden hinausgeworfen und ganze Verbände mit Vernichtung bedroht, wenn sie sich nicht der faschistischen Diktatur beugen.

Angesichts dieser Vorgänge und der wüsten Hetze gegen die Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale haben wir allen Grund anzunehmen, daß mit dem Wachsen der revolutionären Bewegung in Europa und dem Steigen der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrise, mit der Verschärfung des Klassenkampfes und der Zunahme der Macht der Roten Internationale in den Reihen der einfachen Gewerkschaftsmitglieder — die amerikanischen Faschisten bald Wirklichkeit und in bezug auf Gewalttätigkeit und Roheit mit den klassischen Vertretern des Faschismus in Italien in erfolgreichen Wettbewerb treten werden.

Aus dem faschistischen Italien

Brief aus Italien.

Von G. Masci (Rom).

** In der Konferenz, die am 19. Dezember auf unmittelbare Veranlassung und in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Mussolini zwischen dem Generalstabe der italienischen Industrie und den wichtigsten Führern des faschistischen Syndikalismus

abgehalten wurde, wurde offiziell das vollständige Mißlingen der faschistischen Programme und Praxis auf gewerkschaftlichem Gebiete festgestellt.

Die angestrengten Versuche der Faschisten, vor und nach ihrer Machtergreifung, um eine ihnen genehme Gewerkschaftsbewegung zu schaffen, sind wohl bekannt. Bekannt ist aber auch, wie diese Versuche, während sie unter der Landwirtschaft einen beträchtlichen Erfolg hatten, unter der Industrie gänzlich fehlschlugen. Es war den Faschisten bei den Lebens- und Arbeitsbedingungen der armen Bauern und Landarbeiter, die in einer großen Anzahl von Dörfern ohne Verbindung mit Gewerkschaften zerstreut lebten, unter Anwendung körperlicher Gewalt und wirtschaftlichen Boykott ein leichtes, die Massen auf dem Lande zu zwingen, in die faschistischen Zünfte einzutreten. Anders erging es ihnen in der Industrie. Ausgenommen bei den Eisenbahnern, die unter staatlichem Zwang und der immerwährenden Drohung der Entlassung standen, und den Hafenarbeitern, die schon früher eine streng zunftmäßige Organisation hatten (bestimmt durch die Lage im italienischen Hafenvekehr, der sich sprungweise entwickelt, je nach der Stellung der Ausfuhr zur Einfuhr und in Abhängigkeit von den großen, periodischen Getreide-, Kohlen- und Kaffeekampagnen).

In den großen Industriestädten gelang es den Faschisten, nur unbedeutende Gruppen zu organisieren, die fast immer aus Arbeitslosen oder aus verbrecherischen Elementen bestanden, denen die faschistische Mitgliedskarte die Straflosigkeit der Sabotage, des Diebstahls im Betriebe und der Gewalttätigkeit gegen die Werkmeister sicherte.

Und doch war es für die faschistische Politik notwendig, um jeden Preis die Massen zu erobern. Die faschistische Regierung kann sich an der Macht nur insolange halten, solange sie das Bestehen der nichtfaschistischen Organisationen unmöglich macht. Mussolini stützt seine Macht auf breite Schichten des Kleinbürgertums, das wirklich glaubt, daß der Klassenkampf eine „teuflische" Erfindung der Sozialisten und Kommunisten sei. Die sogenannte hierarchische Auffassung des Faschismus hängt damit zusammen.

Für den Faschismus ist es unbedingt notwendig, daß keine unabhängigen, klassenmäßigen Organisationen bestehen, sondern daß das gesellschaftliche Leben in einer Reihe kleiner Zünfte organisiert werde, die der faschistischen Elite, als dem konzentrierten Ausdrucke aller Vorurteile und utopischen Träume des Kleinbürgertums, unterworfen und von ihr kontrolliert werden. Daher die Notwendigkeit des integralen Syndikalismus, der ein revidierter Begriff des christlich-demokratischen Syndikalismus ist, wobei die religiöse Idee durch die zur Gottheit erhobene Nation ersetzt erscheint.

Dieses Programm wurde von den Industriellen entschieden bekämpft, die sich weigerten, in die faschistischen Zünfte einzutreten, das heißt sich von den verschiedenen Rossoni und Comp. kontrollieren zu lassen. Die Faschisten haben vor einigen Monaten gegen die Abwehr der Industriellen einen demagogischen Kampf eingeleitet, der bis zur Ankündigung und großzügigen Propaganda eines Generalstreiks der Metall- und Textilarbeiter gedieh. Die Kampagne gegen die Industriellen erreichte ihren Höhepunkt unmittelbar nach dem Besuche Mussolinis in den Fiat-Werken in Turin anläßlich des Jahrestages des faschistischen Marsches auf Rom. Die Arbeiter der Fiat-Werke (6000 bis 7000), die gezwungen wurden, eine Rede Mussolinis im Hofe der Fabrik anzuhören, bereiteten dem Führer der Faschisten einen feindseligen Empfang. Die Faschisten schoben die Schuld daran den Turiner Industriellen zu und behaupteten, daß sie den antifaschistischen Geist fördern und lieber mit den reformistischen Organisationen verhandeln als mit den faschistischen; daß sie die faschistischen Arbeiter aus den Werken entließen und so die Entwicklung der Zünfte verhinderten usw.; sie gingen so weit, den Chef der Fiat, den Senator Giovanni Agnelli, in einem Kaffeehause tätlich anzugreifen.

Die Lage wurde sowohl für die Industriellen wie für die Regierung sehr ernst. Das kommunistische Gewerkschaftskomitee griff in die Agitation ein und forderte die Arbeitermassen auf, an dem Kampfe gegen die Industriellen teilzunehmen, auch wenn die ersten im Kampfe die Faschisten gewesen waren, und die Bewegung auszuweiten. Diese Agitation wurde von den Führern der Zentrale der Fasci abgewürgt, und es wurde die Zusammenkunft einberufen, die am 19. Dezember stattfand. In seiner dort gehaltenen Rede gesteht Mussolini, daß es unmöglich ist, in einer und derselben Gewerkschaft Arbeiter und Industrielle zu organisieren. Der integrale Syndikalismus kann, nach Mussolinis Worten, nur auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion angewendet werden. Die Faschisten müssen die organisatorische Selbständigkeit der Industriellen achten und nur darauf hinarbeiten, daß keine Klassenkonflikte entstehen. Der Sinn dieser Worte ist klar. Die Faschisten verzichten nicht nur auf die Erscheinungsformen eines Kampfes gegen die Industriellen, sondern auf jeden Versuch, unter ihrer entscheidenden Kontrolle die Interessen der Klassen ins Gleichgewicht zu bringen. Sie stellen sich, wie sie selbst eingestehen, nur die Aufgabe: die Arbeiter zu organisieren, um sie, an Händen und Füßen gefesselt, den Kapitalisten auszuliefern. Das ist der Anfang vom Ende des faschistischen Syndikalismus. Sogleich nach der Zusammenkunft haben viele Grundbesitzer lauten Protest gegen die verschiedenartige Behandlung erhoben, die der Faschismus der Industrie und der Landwirtschaft angedeihen läßt. Sie geben Gewalttaten bekannt, die die faschistischen Gewerkschaftsorganisationen zum Schaden der Grundbesitzer begangen hätten, um sie zu zwingen, Arbeitsverträge zu achten, die sie natürlich für unsinnig und gegen das nationale Interesse erklären, und sie fordern, wieder den Allgemeinen Verband der Landwirtschaft errichten zu dürfen, der von den faschistischen Zünften verdrängt worden ist. In Parma haben die Agrarier sich schon in unmittelbaren Gegensatz zum Faschismus gestellt und damit eine ganze Reihe von Zwischenfällen und Zusammenstößen herbeigeführt. In Reggio Emilia ist der Abgeordnete Corgini, ehemals Unterstaatssekretär der Regierung Mussolini, aus dem Fasci ausgeschlossen worden und führt jetzt eine wütende Kampagne für die Selbständigkeit der Organisation der Grundbesitzer.

Es verdient bemerkt zu werden, welch vollen Erfolg die von unserer Partei angewendete Taktik erzielte, die faschistischen Gewerkschaftsführer vor den Massen zu entlarven, die sich gegen die Industriellen das Maul vollnahmen. Man hat allerdings den Faschisten die Befriedigung verschafft, Versammlungen mit vielen Tausenden von Arbeitern zu haben, aber es ist erreicht worden, sie an die Wand zu drücken, ihnen offiziell alle Behauptungen, die sie gemacht hatten, vorzuhalten und sie so vor dem rückständigen Teile der Arbeitermassen und Angestellten zu diskreditieren. Wenn diese Taktik verallgemeinert und auch auf das landwirtschaftliche Gebiet ausgedehnt werden würde, so könnte man um vieles den Zerfall des Faschismus und damit die Reorganisierung der revolutionären Kräfte beschleunigen. Aber gegen diese Taktik siend sowohl die reformistischen wie auch die maximalistischen Sozialisten, die die legalen Gewerkschaftszentralen und die einzigen Zeitungen proletarischen Charakters, die noch in Italien erscheinen, in Händen haben. Sie zeigen damit wieder einmal, daß sie den Faschismus nicht wirklich bekämpfen wollen. Sicherlich begegnet man vielen Gefahren, wenn man den Faschismus angreifen will, um ihm im Innern seiner eigenen Gewerkschaftsorganisationen oder bei den Agitationen, die er manchmal in Szene setzt, die Kontrolle und die Leitung der Massen streitig zu machen, die in die Bewegung eintreten. Es ist übrigens sicher, daß breite Schichten nicht nur von Landarbeitern, sondern auch von Fabriksarbeitern, die keine andere Kampfesmöglichkeit gegen die Bourgeoisie haben, sich bei diesen Agitationen in den Bannkreis der faschistischen Demagogie ziehen lassen, da sie hoffen, auf diese Weise aus den Unternehmern etwas herauszuholen. Die Unversöhnlichkeit, die die Herren Reformisten und Maximalisten zur Schau tragen, ist in Wahrheit nicht Unversöhnlichkeit gegen den Faschismus, sondern gegen den ärmsten und rückständigsten Teil der Arbeiter, und begeht überdies das große Unrecht, sich nicht immer gleich zu sein, und den Faschisten, die an der Herrschaft sind, die mannigfaltigsten Zugeständnisse zu machen.

Weißer Schrecken

Die Herrschaft des Mordes.

Von Charles Rappoport (Paris).

** Es ist noch nicht zu spät, um über den Freispruch der beiden Mörder des Sowjetgesandten Worowski, Konradi und Puskin, zu reden. Denn sowohl die revolutionäre wie die konterrevolutionäre russische Presse beschäftigt sich noch lebhaft mit ihm. Die „Istwestija" veröffentlicht berechtigt empörte Erklärungen unseres Freundes Tschitscherin, des Volkskommissärs für auswärtige Angelegenheiten. Herr Miljukow billigt in seinem in Paris erscheinenden Blatte in zynischer Weise den Freispruch der Mörder. Jetzt erfahre ich soeben durch ein konterrevolutionäres Schmutzblatt in russischer Sprache, das sogar einen Alexinski mit Ekel erfüllte, daß der blöde Renegat Hervé, dieser einst ehrliche Mann, den der von Grund aus unehrliche und

unmenschliche Nationalismus nicht verrückt gemacht hat — denn er war es immer — wohl aber ihn auf die Stufe einer erbärmlichen Kanaille herabdrückte, ich erfahre also soeben, daß dieser Schandkerl anläßlich des Lausanner Prozesses eine tatsächliche Aufforderung zum Meuchelmord veröffentlicht hat.

Ich werde mir das Original dieses Schandartikels besorgen, um es auszugsweise zu veröffentlichen, damit wir den Strolch in den Bereich unserer Fußtritte bekommen für den Fall, daß seine Mordaufforderungen befolgt werden sollten.

Ich füge hinzu, daß das fragliche Schandblatt, das die blutrünstige Prosa des Schandkerls veröffentlichte und diese natürlich noch mit eigenen Gemeinheiten schmückte, ebenfalls in Paris erscheint. Die Regierung des Herrn Poincaré, die selbstverständlich jede in Frankreich in russischer Sprache erscheinende bolschewistische Zeitung verbieten würde, gestattet, ja, ermutigt sogar die Veröffentlichung der konterrevolutionären Schmutzkübel. Diese blöde reaktionäre Regierung erlaubt den überlebenden Lakaien des rasputinischen Zarismus, die Lichtstadt Paris zu ihrer Kloake herabzuwürdigen. Es wird sogar unter Anführung von Tatsachen behauptet, daß die Polizeipräfektur ein ganzes Rudel zaristischer Polizeispitzel regelmäßig beschäftigt. So wird das zaristisch-französische Bündnis in Frankreich wieder hergestellt. Den kommunistischen Vertretern im Pariser Gemeinderat erwächst die Pflicht, eines Tages dem Herrn Polizeipräfekten in dieser Angelegenheit ein paar recht indiskrete Fragen vorzulegen.

Doch kommen wir zum Fall Konradi und Genossen zurück. Es wäre zweifellos ungerecht, wenn man die gesamte Schweiz für den Justizskandal des Freispruches verantwortlich machen wollte. Jedenfalls ist die deutsche Schweiz, die den größten Teil des Landes ausmacht, nicht Schuld daran. Kein einziger deutsch-schweizerischer Zeuge hat vor Gericht seinen Geifer gegen das unter der Sowjetherrschaft lebende russische Volk verspritzt. Ebensowenig soll man die Mehrheit der von Grund auf reaktionären welschen Schweiz unmittelbar beschuldigen. Die Mehrheit der Geschwornenbank hat sich bekanntlich für die Verurteilung der Mörder ausgesprochen. Der Skandal des Freispruches wurde vielmehr vorbereitet durch einen kleinen reaktionären Klüngel, der glaubt, die französische Reaktion nachäffen und womöglich noch übertreffen zu müssen, durch die gesamte französische, schweizerische bürgerliche Presse, die monatelang, mit dem „Journal de Genéve" und der „Tribune de Lausanne" an der Spitze, eine niederträchtige Verleumdungs- und Provokationskampagne gegen den Ermordeten getrieben hat. Und die schweizerische Bundesregierung hat das Verbrechen ruhig geschehen lassen, aus Furcht vor den hochmächtigen reaktionären Gewalten. Schließlich hat der Staatsanwalt, Herr Bact, der in einer mehr als lächerlichen Anklagerede, statt die Mörder als solche zu brandmarken, im Gegenteil alles getan, um ihre Opfer herabzuwürdigen, die volle Verantwortung für den erfolgten Freispruch zu tragen.

Gewiß hat dieser Herr Bact, als er die Schmach eines Freispruches vorauszuahnen begann, sich ein wenig selbst zu korrigieren versucht, indem er nach Beantragung wahrhaft freundschaftlicher Strafen für die Mörder den Nachweis führte, daß der in Lausanne gegen die russische Revolution geführte Prozeß jeder Autorität und Objektivität ermangelte. Allein da war es bereits zu spät. Die unmoralische Atmosphäre des Freispruches war bereits geschaffen. Und so haben die welsche Presse und Herr Bact Worowsky zum zweiten Male gemeuchelt, indem sie die Mörder mit der ausdrücklichen Ermächtigung zu neuen Mordversuchen in Freiheit setzen ließen. Es wird sogar behauptet, daß Herr Bollodnini sich zurzeit frei in Paris herumtreibe. Er macht hier höchstwahrscheinlich mit seinem Mordbruder Villain, dem Mörder von Jean Jaurés, der ebenfalls freigesprochen worden ist, Bekanntschaft. Die Gegenrevolution ist sich vollkommen bewußt, daß sie endgültig erledigt ist, ihre Ziele auf alle Zeiten in Frage gestellt sind. Das gesamte russische Volk hat sie angespien. Da sie Rußland selbst nicht zu erdolchen vermochte, suchte sie jetzt die wirklichen Freunde Rußlands, die der Befreiung der Arbeiter und Bauern ihr ganzes Leben weihen, ohne jemals die Macht für ihre persönlichen Ziele zu benutzen, durch individuellen Mord aus der Welt zu schaffen.

Ich habe in Lausanne an der Hand von Tatsachen den Nachweis geführt, daß unsere russischen Genossen, selbst nachdem sie zur Macht gelangt sind, im Gegensatze zu den Überlieferungen aller bisherigen Regierungen niemals die Vorteile der Staatsmacht für sich ausnutzen. Im Gegenteil, sie verbrauchen ihre ganze Kraft, ja ihre Gesundheit im Dienste der Revolution. Sie arbeiten sich buchstäblich zu Tode. Ebenso wie die ruhmbedeckten Mitglieder der Pariser Kommune sind sie keine Nutznießer, sondern nur die Arbeiter der Revolution. Alles, was man in der kapitalistischen Presse über ihr Leben zusammenschmiert, ist weiter nichts als Niedertracht und plumpe Verleumdung.

Ihr Banditen und Mordgesellen, ihr Anzettler und Vorbereiter neuer nationaler Völkergemetzel und Länderverheerungen, ihr werdet niemals unsere Freude begreifen können, daß wir der Revolution nicht nur durch unser Leben, sondern, wenn es sein muß, auch durch unseren Tod dienen dürfen. Es wird uns viel leichter fallen, auf unserem Kampfposten zu sterben, als gezwungen zu sein, euch mit euren eigenen Waffen, die einzigen, die ihr versteht und die ihr respektiert, niederzukämpfen. Für den einen ermordeten Worowsky werden Hunderte neue erstehen, um derselben unsterblichen Sache ihre Dienste zu weihen.

Aufrufe

Vergesset nicht Mateu und Nicolau!

Zwei Unschuldige, die von der spanischen Reaktion zur Todesstrafe verurteilt wurden, Nicolai und Mateu, warten in ihren Zellen darauf, daß ihnen das internationale Proletariat in letzter Stunde zu Hilfe kommt.

Während des Prozesses haben die Arbeiter aller Länder ihnen die Gefühle ihrer Solidarität kundgegeben; der abscheuliche Schuldspruch der spanischen Reaktion hat überall empörte und eindringliche Proteste hervorgerufen.

Dieses Todesurteil ist noch nicht ausgeführt, es ist noch nicht zu spät, unsere beiden tapferen Genossen zu retten!

Genossen! Das gesamte Proletariat ist an der Befreiung von Mateu und Nicolau interessiert. Anarchisten, Syndikalisten, Sozialisten und Kommunisten haben die Pflicht, in gemeinsamem Vorgehen einmütig die Befreiung der beiden Unschuldigen zu verlangen.

Die spanische Justiz rechnet darauf, sie im Verborgenen zu töten. Amerikanische Methode. Erinnert Euch an Sacco und Vanzetti! Auch sie hofft man im Verborgenen umbringen zu können.

Proletarier! Genossen! In den letzten Jahren hat die Reaktion eine Anmaßung bekundet, die vorher nicht erreicht war. Sie glaubt, das Spiel gewonnen zu haben. Der Augenblick scheint ihr gekommen, Eure Organisationen zu zerstören.

Arbeiter, Ihr müßt Euch zur Wehr setzen! Bildet gemeinsame Aktionskomitees, fordert die Freilassung Eurer Eingekerkerten! Weckt die Eingeschlafenen, fordert von Euren Führern, daß sie handeln! Bedeckt die Wände mit Plakaten, bringt Eure Aufrufe in die Massen!

Das Proletariat kann nicht mehr die straflose Hinmordung seiner besten Söhne dulden!

Angesichts der Offensive der reaktionären Diktatur richtet die Einheitsfront des revolutionären Proletariats auf!

Für Mateu und Nicolau, für Sacco und Vanzetti, die in ihren Zellen eingemauert sind, die nur die Hoffnung auf die internationale Solidarität der Arbeiterschaft haben! Für die Tausenden von Gefangenen, die die Revolution erwarten! für die Weltrevolution!

Moskau, Dezember 1923.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Buchbesprechungen

Die Greueltaten der faschistischen Regierung an den Volksmassen in Bulgarien.*)

Von R. A.

** Herr Zankoff, Haupt der Regierung des reaktionären Blocks in Bulgarien, Freund von Mussolini, anerkannt von allen großen und kleinen Mächten, hat sich die Macht am 9. Juni so angeeignet, wie die Einbrecher des Nachts nach sorgfältigen Vorbereitungen einen Kassenschrank sprengen. Die Ermordung seines Vorgängers Stambulijski und einige außergesetzliche summarische Hinrichtungen haben das Werk vollendet, jedoch fühlte sich auch dann die neue Regierung noch immer nicht in Sicher-

*) Aufstellung vom bulgarischen Auslands-Hilfskomitee über die verübten Greueltaten und Massenmorde während und nach dem Septembervolksaufstand in Bulgarien.

heit. Eine mächtige Kommunistische Partei bewahrte im Lande alle ihre Kräfte unversehrt.

In der Nacht vom 11. auf den 12. September ließ Herr Zankoff plötzlich mehr als 2000 Kommunisten verhaften, alle Parteilokale sperren, ihr ganzes Vermögen beschlagnahmen. Dieser zweite Gewaltstreich sollte ihm anfangs weniger gelingen als der erste. Die bulgarische KP. rief die Massen auf, die sich bereits in Gärung befanden. In einigen Tagen erfaßte die Erhebung der Arbeiter und Bauern fast ganz Bulgarien. Es muß festgehalten werden, daß die revolutionierten Massen keinerlei Ausschreitungen begingen, und daß es kein einziges Beispiel einer großangelegten Volkserhebung gibt, die gegenüber ihren Feinden so viel Mäßigung und Großmut an den Tag gelegt hat. Verschiedene taktische Fehler der Aufständischen, vor allem aber die militärische Unterstützung der Streitkräfte der Regierung durch die Bourgeoisie von Sofia, durch die mazedonischen Banden und die Soldaten Wrangels führten schließlich dazu, daß der Reaktion der Sieg zufiel.

Die Unterdrückung, die darauf folgte, läßt sich mit ihrer Bestialität, ihrer Wildheit und ihrem Umfange nur mit den Massenschlächtereien vergleichen, die von der Bourgeoisie nach der Kommune von Paris im Jahre 1871, nach der Revolution in Finnland im Jahre 1918 und nach dem Sturze der Sowjetregierung in Ungarn im Jahre 1919 verübt worden sind. Aus diesen wiederholten Tatsachen drängt sich die Schlußfolgerung auf: der weiße Terror, der zum Zweck hat, den Lauf der Geschichte nach rückwärts zu wenden und eine Herrschaft der Ausbeutung und der Gewalt zu bewahren, ist unendlich blutiger, Kulturwerte zerstörender und grausamer als der rote Terror, zu dem die proletarischen Revolutionen in den Stürmen der größten Gefahr zu greifen genötigt waren.

Das Ausland-Hilfskomitee für die Opfer des weißen Terrors in Bulgarien (Dr. W. Awranoff, G. Najdenoff, W. Dodoff) hat über die von der bulgarischen Reaktion verübten Grausamkeiten eine kurze aber erschütternde Aufstellung von Dokumenten veröffentlicht, denen wir auszugsweise folgende Tatsachen entnehmen.

* * *

Die Städte Ferdinand und Berkowitza wurden lange Zeit nach ihrer Räumung bombardiert. In Ferdinand hat man 150 Gefangene ermordet. Man hat die im Spital vorgefundenen Verwundeten niedergemacht, den Doktor St. Ilieff, mehrere Krankenpflegerinnen und einen Geistlichen getötet. Ilieff wurden Nase und Ohren abgeschnitten, bevor er den Gnadenstoß erhielt. (Die kleine Stadt Ferdinand hat nur 6000 Einwohner.)

An verschiedenen Orten sind massenweise Aufständische, die sich den Behörden gegen das formelle Versprechen der Amnestie ergeben hatten, niedergeschossen worden.

In Prewala und Gorna-Luka metzelten die Wrangelleute 22 Bauern nieder, in Tschiprowtzi 35, in Wlaschko-Selo 13..... Die Mehrzahl der Hinrichtungen fand auf öffentlichen Plätzen statt, vor den Augen der Einwohner, nachdem jeder Widerstand aufgehört hatte.

In Beli-Mel bei Ferdinand werden 33 junge Leute niedergeschossen, in Gaganitza 42 junge Leute abgeschlachtet.

In Lom, einer bedeutenden Stadt, deren gesamte Arbeiterbevölkerung am Aufstande teilgenommen hatte, wurden 2000 Verdächtige verhaftet und unter grausamen Bedingungen auf Kähnen gefangen gehalten. 30 bis 40 Hinrichtungen finden dort jeden Tag statt. Die Leichen werden in die Donau geworfen. Man kennt nicht die Gesamtzahl der Opfer, die sich auf mehrere Hunderte belaufen muß.

In Borowan wird der Direktor des Gymnasiums Kosta Petroff sadistisch gemartert, man bindet ihn an ein fahrendes Automobil. Sein Leichnam ist unkenntlich.

Im Dorfe Gorna Gnojnitza werden fünf Tage nach der Beendigung der Aufstandsbewegung mehr als hundert Morde gemeldet.

In Bregowo 300 Hinrichtungen.

In Philippopel werden 300 Personen, die vor dem Aufstande verhaftet worden waren, gemartert und erschossen. Außerdem zählt man mehr als 200 „spurlos" Verschwundene.

In Brazigowo sind mehr als 200 Aufständische, die sich ergeben hatten, niedergeschossen worden.....

Die Aufstellung des Hilfskomitees weist nicht weniger als 64 Rubriken dieser Art auf. Man findet darin Fälle von mittelalterlichem Schrecken. In Slawowitza zum Beispiel hat man den Lehrer buchstäblich zerstückelt. Wir stellen dabei fest, daß der weiße Terror besonders gegen die fortschrittlichen Intellektuellen, ländlichen Geistlichen, Lehrer, Rechtsanwälte, Kommunisten- und Bauernführer wütete. Man könnte leicht mehr als fünfzig Namen von solchen anführen. Wir erwähnen den Ingenieur Kurteff in Elissejna, den Popen Ignatoff in Medkowetz, einen der Führer des Aufstandes in dieser Gegend, der heldenhaft gestorben ist; den kommunistischen Abgeordneten Titorenkoff und den Rechtsanwalt Kamenoff, die in Belogradtschik ermordet wurden; den kommunistischen Abgeordneten Zistoff, der in Bregowo ermordet wurde, nachdem er gezwungen worden war, der Vergewaltigung seiner Frau beizuwohnen; den früheren Bürgermeister von Warna, Kondoff, den Hauptmann Weltscheff und den Rechtsanwalt Stoiloff, die in Stara Zagora getötet wurden; den ehemaligen kommunistischen Abgeordneten Arsen Wassiljeff und den bekannten Organisator Azeff in Gorna Djumaja; den wohlbekannten Abgeordneten Boris Sotiroff und die Rechtsanwälte Kosta Petrunoff und A. Maltscheff in Samokoff, die alle vor dem Aufstande verhaftet worden waren und getötet wurden, nachdem man ihnen Zunge, Nase und Ohren abgeschnitten hatte; den Bürgermeister von Ichtiman, Miltscheff, der erschossen wurde, ebenso wie zwei Lehrerinnen seiner Stadt, die Intellektuellen Sineff, Kiradjieff, Schischkoff, Sawow, Herschkowitsch, Galaboff, alles Notabeln von Philippopel; den alten Markowski, einen angesehenen Politiker, der im Lazarett vergiftet wurde; den Redakteur des Organs der jungen Bauern, Radoslaw Moteff.....

Halten wir uns die folgenden Geständnisse der Regierungspresse des Herrn Zankoff vor Augen: „Narod" (Das Volk, sozialdemokratisch), schreibt am 13. Oktober: „In den Orten, wo das Volk aufgestanden ist, sind Tausende von Verhafteten, in die in Gefängnisse umgewandelten Schulen eingekerkert worden." „Utro" (Der Morgen, Regierungsorgan), vom 8. Oktober, stellt dieselbe Tatsache fest. Der „Radikal" vom 23. Oktober sagt: „Unverzeihliche Dinge sind passiert, auch dort, wo es keinen Zusammenstoß gab, und da, wo er schon lange vorüber war", und „Die Empörung und der Abscheu über die durch nichts zu rechtfertigenden Greueltaten ist allgemein". „Mir" (Die Welt), vom 13. Oktober, schätzt die Zahl der Getöteten auf 3 bis 5000. Der „Mir" vom 17. Oktober (mehr als 15 Tage nach dem Ende des Aufstandes) ruft aus: „Genug Blutvergießen!" Drei Tage darauf muß dieselbe Zeitung nochmals darauf bestehen: „Genug, genug!" „Nesawissimost" (Die Unabhängigkeit, nationalliberal), stellt am 18. Oktober fest, daß „neun Zehntel von den Getöteten nicht im offenen Kampfe gefallen sind". Diese Zeitung unterstützte die Forderung der Sozialdemokraten nach einer Untersuchung der Greueltaten.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

-

u
e
l
S
A

u
i
s

r
li
e
li
s
s
k
l
F
A
e
ti
w
C
p
F

E
fi
w
g
z
C
V
v
s
k
S
k
R
d
P
,
l
g
V
n
a
r
a
w

s
g
s
i
j
b
w
H
d
M
h
tr
b
g
si
Z
V
v
d
ol
d

N
d
li
d
ih
Si
b